

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 75 Pfennig, jährlich 3 Mark 50 Pfennig.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsausgabe 'Soll und Sein' mit 'Gedanken und Kleinigkeiten' sowie der Wochenausgabe 'Unterhaltung und Wissen' und 'Frauenbeilage' 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, 'Kleine Anzeigen' das festgesetzte Wort 10 Pfennig (außer bei festgesetzten Worten, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Schlusswörter das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig, Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte, Kommissionsanzeigen für Abonnenten 50 Pfennig pro Monat).

Kassieren für die nächste Nummer mittags bis 4 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293, Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 1. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Verlagskonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Reichsbank der Deutschen Reichsbank, Postfach 10000, Berlin SW. 68

Präsidentenwahl und Preußen.

Das Zentrum hält an Marx fest. - Höpfer-Aischoff preussischer Ministerpräsident. - Die Landtagsauflösung rückt näher.

Der gestrige Tag hat zwei wichtige politische Ereignisse gebracht. Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat in vorsichtiger Form - den Beschluß gefaßt, auch im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl an Marx festzuhalten. Sodann hat der Landtag am Nachmittag den Demokraten Höpfer-Aischoff zum Ministerpräsidenten gewählt, der sich über die Annahme der Wahl noch nicht erklärt hat.

Ueber die Haltung seines Reichsparteivorstandes in der Frage der Reichspräsidentenwahl erklärt das Zentrum folgende parteioffizielle Kundgebung:

Heute mittag hatten sich im preussischen Landtag die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichsparteivorstandes der Deutschen Zentrumspartei zu einer Besprechung über die Reichspräsidentenwahl versammelt. Die Mitglieder waren einmütig der Auffassung, daß Reichskanzler a. D. Marx auch der Präsidentschaftskandidat für die Wahl am 26. April sei. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die notwendigen Vorbereitungen treffen soll.

Das Zentrum hat auf diese Weise zu erkennen gegeben, daß es für eine bürgerliche Sammellandidatur gegen die Sozialdemokraten nicht zu haben ist. Auf der anderen Seite läßt sich der Beschluß auch so auslegen, daß das Zentrum für eine republikanische Sammellandidatur gegen den Jarres-Block nur dann zu haben ist, wenn Marx Sammellandidat wird. Schließlich läßt sich aber diese Mitteilung auch so kommentieren, daß der Reichsparteivorstand überhaupt noch keine feste Haltung einnimmt, sondern daß es sich nur um einen Stimmungsvorbericht handelt.

Die Mitteilung läßt also auf alle Fälle darauf schließen, daß das Zentrum innere taktische Schwierigkeiten hat, was ja kein Geheimnis ist.

Wäre dem nicht so, dann wäre einfach gemeldet worden, daß das Zentrum bereit sei, mit Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam gegen den Jarres-Block vorzugehen, und alles andere wäre den zu diesem Zweck einzuleitenden Verhandlungen überlassen worden.

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen steht die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten. Es war der Plan ausgetauscht, sich auf die Person des Genossen Otto Braun zu einigen. Hätte das Zentrum diesem Plan zugestimmt, so hätte es damit zum Ausdruck gebracht, daß es mit Sozialdemokraten und Demokraten in eine Kampfgemeinschaft gegen rechts eintrete. Allerdings hätte diese Wahl Otto Brauns nur einen provisorischen Charakter gehabt, denn solange nicht entschieden ist, ob Braun auch im zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl kandidiert, ist auch in Preußen eine endgültige Stabilisierung der Regierungsverhältnisse unter Braun nicht möglich.

Somit war aber klar: Bei der Wahl des Zentrums der Sozialdemokratie die Ministerpräsidentenschaft, wurde Braun zum Ministerpräsidenten gewählt, dann ergaben sich vom Zentrum aus ohne weiteres bestimmte Aussichten für die Reichspräsidentenwahl. Es ergab sich dann vom Zentrum aus die Konzeption: In Preußen Weimarer Koalition mit Braun, im Reich Weimarer Koalition mit Marx.

Vor der Ausführung dieses Gedankens schreckte jedoch die preussische Zentrumsfraktion zurück. So kam es, daß man sich im Plenum zur Wahl des preussischen Finanzministers, des Demokraten Höpfer-Aischoff, zum Ministerpräsidenten zusammensand.

Herr Höpfer-Aischoff ist ein entschiedener Anhänger der Weimarer Koalition, ein guter Demokrat, ein Mann, der für das Amt gute Eigenschaften mitbringt. Wäre es richtig, daß er, wie behauptet wird, über seine Wahl selber nicht besonders glücklich ist, so wäre das nur ein weiterer Beweis für sein gesundes politisches Urteil. Denn es ist notwendig, Klarheit zu schaffen! Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren bis in die allerletzten Tage hinein ihre Bereitschaft bewiesen, mit anderen Parteien zusammen ein gemeinsames Ziel zu verfolgen - je es auch nur das Ziel, ein Ueberhandnehmen der Klasseninteressen und hinterlistig-ostentatrischen Reaktion abzuwehren. Aber Voraussetzung für jede Gemeinsamkeit ist Gleichberechtigung. Der gemeinsame Kampf gegen das Ueberhandnehmen der Reaktion kann nur dann erfolgreich geführt werden, wenn die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Bedeutung und Stärke an ihm mitwirkt. Er kann - wir sprechen damit eine Selbstverständlichkeit aus, der sich kein wie immer gearteter Politiker verschließen kann - nicht so ge-

führt werden, daß entrum und Demokraten dabei die Offiziere, die Sozialdemokraten aber die Mannschaften stellen. Mit anderen Worten: Rechnet man mit einer Stabilisierung der preussischen Verhältnisse gegen die rechtsparteilich-kommunistische Zerstörungsbau, dann muß der Sozialdemokratie dabei auch die Rolle zufallen, die ihrer Stärke und Bedeutung entspricht.

Die Opposition von rechts und links wird stets ihre Intrigen spinnen, um die Mitte auseinander zu manövrieren. Einmal wird die Sozialdemokratie wegen ihrer Bescheidenheit verhöhnt, das anderemal werden ihr „maßlose Herrschaftsansprüche“ vorgeworfen und wird den anderen Parteien gesagt, sie befänden sich in einer demütigenden Abhängigkeit von ihr. Solche Intrigen dürfen ihren Zweck nicht erreichen. Desto notwendiger ist, daß zwischen den Parteien, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, die gegenseitige Bereitwilligkeit besteht, berechnete Ansprüche anzuerkennen. Und von diesem Grundsatz ausgehend, muß man die allgemeine Anerkennung dafür erwarten, daß die augenblicklich in Preußen gefundene Lösung nur eine provisorische sein kann.

Die Sozialdemokratie, die eben erst aus der Wahl vom 29. März gestärkt hervorgegangen ist, weiß was sie will, und das Wahlergebnis hat gezeigt, daß sie von ihren Wählern verstanden wird. Sie will die sozialen Forderungen der wertvollen Massen vertreten, und zu diesem Zweck will sie vor allem den Boden, auf dem das am besten möglich ist, den Boden der demokratischen Republik sichern. Die Sozialdemokratie weiß, was sie will - es scheint Parteien zu geben, die einigen Grund haben, sie darum zu beneiden!

Ohne einen festen Kurs geht es in dieser Zeit nicht. Wir wollen einen festen Kurs in Preußen gegen die reaktionäre Staatszerstörung und daselbe wollen wir bei der Präsidentschaftswahl im Reich. Darum werden die berufenen Instanzen unserer Partei morgen mit größter Gewissenhaftigkeit die Frage prüfen, wie ein Sieg des Killinger-Kandidaten Jarres bei der Präsidentschaftswahl am sichersten zu verhindern ist. Darum fordert unsere preussische Landtagsfraktion, daß man im Kampf gegen die reaktionäre Staatszerstörung vor einer Auflösung des preussischen Landtags nicht zurückweicht.

Ueber die Vorgänge, die sich gestern im Preussischen Landtag abspielten, erfahren wir:

Der Reichsterrat trat gestern um 1 Uhr mittags zusammen. Er beschäftigte sich mit einem Antrag der Kommunisten, die Auflösung des Landtags sofort - noch vor Vornahme der Ministerpräsidentenwahl - zu beschließen. Die Antragsteller blieben allein.

Inzwischen war um 11 Uhr vormittags der interfraktionelle Ausschuß zusammengesetzt. Die Sozialdemokraten schlugen Otto Braun als Ministerpräsidenten vor, die Demokraten stimmten zu, die Zentrumsdirektoren erklärten, erst ihre Fraktion hören zu müssen.

Die Zentrumsfraktion beriet dann bis gegen 4 Uhr. Dann neue interfraktionelle Besprechung. Die Zentrumsdirektoren brachten zum Ausdruck, daß sich ihre Fraktion für Braun nicht entscheiden könne und schlugen den Demokraten Höpfer-Aischoff vor. Die Sozialdemokraten bestanden auf Braun und fanden bei den Demokraten Unterstützung.

Eine Einigung kam nicht zustande. Die sozialdemokratische Fraktion trat dann knapp vor 5 Uhr zu einer neuen kurzen Sitzung zusammen. In der Absicht, einen Bruch im Plenum zu vermeiden und unter der Berücksichtigung des Umstandes, daß gegen die Person des Herrn Höpfer-Aischoff keine Bedenken vorliegen, beschloß sie, zunächst für Höpfer-Aischoff zu stimmen. Eine endgültige Lösung der preussischen Regierungsfrage ist jedoch damit, wie an anderer Stelle schon ausgeführt, nicht erfolgt.

(Landtagsbericht siehe 2. Seite.)

Dr. Höpfer-Aischoff.

Der von der Mehrheit des Preussischen Landtages gestern zum Ministerpräsidenten gewählte demokratische Abgeordnete Dr. Hermann Höpfer-Aischoff ist erst 42 Jahre alt. Er stammt aus Herford in Westfalen und schlug die Richterlaufbahn ein. Seit 1921 ist er Oberlandesgerichtsrat in Hamm. Kurz vor dem war er zum ersten Male für Westfalen-Süd demokratischer Landtagsabgeordneter geworden. Er trat im vorletzten Abgeordnetenhaus des öfteren als Sprecher der kleinen demokratischen Fraktion hervor und zeichnete sich vor allem im Hauptausschuß durch seine

gründlichen Kenntnisse der finanziellen Fragen aus. Seine Wahl zum preussischen Finanzminister bei der Bildung der Regierung Marx Ende Februar wurde in den Kreisläufen eben angehängt dieser guten Eigenschaften allgemein begrüßt.

Ratschläge des 'Lokalanzeigers'.

Zeltfame Wandlung zwischen Freitag und Dienstag.

Die Hugenberg-Presse weiß, daß das Zustandekommen einer republikanischen Einheitskandidatur im zweiten Wahlgang für Jarres den Tod bedeutet. Darum versucht sie jetzt, innerhalb der Sozialdemokratie Unfrieden zu säen und die 'Linke' der Partei gegen den 'Vorwärts' auszuwässern. Mit weichen plumphen Mitteln sie dieses Geschäft betreibt, zeigt folgendes Zitat aus dem 'Berliner Lokalanzeiger' vom Dienstag abend, das unsere Leser mit ungetrübter Heiterkeit genießen werden:

Was ist Demokratie?

Da ist die Sozialdemokratische Partei mit ihren fast 8 Millionen Stimmen. Reinsten Ausdruck demokratischen Willens, nicht wahr? Darüber sind Freunde und Feinde einig. Diesen 8 Millionen lacht püffig eine kleine Clique, die am Zentralorgan der SPD, tätig ist, die Entscheidung aus der Hand zu nehmen. Sie dekretiert, daß man Braun, den Erwählten der 8 Millionen, notfalls auch in der Verlesung verschwinden lassen müßte. Denselben Braun, für den landauf landab die Stimmen damit geworden worden sind, daß die SPD, allen Versuchungen zum Trotz, ihren 'proletarischen' Grundsätzen treu geblieben und jeder Versuchung einer Koalition mit 'Bürgerlichen' standhaft ausgehalten sei. (?) Die 'Vorwärts'-Clique weiß ganz genau, daß die Verstärkungen, die Braun aus dem kommunistischen Lager zugeflossen sind, automatisch wieder abgestoßen würden bei einer 'republikanischen' Kompromißkandidatur; sie weiß ferner, daß dem linken Flügel in der eigenen Partei eine solche untragbar wäre. Ist das was? Aber gar nichts! Der sozialistische Wählerfolg trotz der zum Himmel sinkenden Barnard-Standale, erweist, über wie geduldetes Stimmvieh die SPD verfügt. Die Clique rechnet, ihrer Geschäftigkeit werde es auf jeden Fall gelingen, hinreichend viel dafür in Gehörum auch für eine Kandidatur Marx & B. erhalten zu können, um dieser die Mehrheit in der zweiten Wahlrunde zu sichern. Und die Rechnung mag, soweit es das Unstörliche angeht, gar nicht einmal falsch sein. Daß den statumäßig zuständigen SPD-Instanzen die Entscheidung über den Kopf hinweg genommen wurde, ist zu häufig der Fall gewesen, als das gleiche Spiel nicht auch diesmal sollte gelingen können.

Dazu ist ganz kurz zu bemerken, daß die 'Vorwärts'-Clique unter Berücksichtigung der Beratungen, die im Parteiausschuß vor der Aufstellung des Genossen Braun gepflogen wurden, zwar allerdings für die erfolgreichste Art, Jarres zu bekämpfen, eingetreten ist, die Personfrage aber bisher offen gelassen hat.

Anders der 'Berliner Lokalanzeiger'. Er hat schon am Freitag, also vor der Wahl, die Eventualität einer Sammellandidatur Marx in Aussicht genommen und sich dazu folgendermaßen geäußert:

Wenn Herr Marx Reichspräsident würde, was hätten wir zu erwarten? Durch den Zentrumsmann eine geradlinige Fortsetzung der Politik des Sozialdemokraten Eberl. Genau das gleiche Speeren gegen die Rechtsentwicklung, die Herrn Marx so wenig paßt, wie sie Herrn Eberl gepaßt hat. Genau das gleiche Aussehen der vielen Möglichkeiten, die die Verfassung der deutschen Republik dem Reichspräsidenten dafür in die Hand gibt, und die studieren zu können, wie unter dem ersten Reichspräsidenten mehr als hinreichend Gelegenheit gehobt haben: die politische Entwicklung zugunsten der Parteiüberzeugungen des Auswärtigen zu verewaltigen.

Herr Marx ist sicher für keine Person ein ehrenwerter Mann. Aber Herr Marx ist zugleich ein durch nichts befehlbarer Politiker. Daß die Sozialdemokratie mitregieren müsse, ist sein Axiom... Marx wählen hieße, einen zähen und geschickten Bundesgenossen der Sozialdemokratie auf den Reichspräsidentenstuhl setzen; hieße, daß alles geschehen würde, um immer wieder der Sozialdemokratie ins Regiment zu helfen. Darum also nicht und unter keinen Umständen Marx! Also darum, unter keinen Umständen Marx! Und darum die Unterstellung, die 'Vorwärts'-Clique hätte sich schon auf Marx festgelegt. Darum der plumpe Versuch, die

Sozialdemokraten durcheinander zu hegen! Darum die Sorge um die Demokratie. Darum die Beschimpfung der Sozialdemokraten für den Fall, daß sie Marx wählen würden, als Stimmvieh!

Der „Vokalanzeiger“ ist das Blatt des dummen Kerls von Berlin. Aber kann der dumme Kerl wirklich so dumm sein, nicht zu bemerken, daß man ihm am Dienstag das genaue Gegenteil von dem erzählt, was man ihm am Freitag erzählt hat? Und ist der „Vokalanzeiger“ selber so dumm, nicht zu bemerken, wie schrecklich dumm er sich anstellt? Heute lügt er rechts rum, morgen lügt er links rum. . . Und glaubt, keiner würde das merken! Es ist die richtige Jarrefeile! Die politische Unfähigkeit der Rechtsleute, durch ihre Presse dokumentiert!

Vertagte Einigkeit.

Rechtsblock, Jarres und der zweite Wahlgang.

Kurz vor der Präsidentenwahl am Sonntag gab der Voebell-Ausschuß die Erklärung ab: Jarres wird auch in zweiten Wahlgang vom Rechtsblock aufgestellt. Der erste Wahlgang ist vorüber. Der Rechtsblock hat sich eine Schluppe geholt. Wird er sein Versprechen halten? Wird Jarres auch der Kandidat des Jarres-Blocks im zweiten Wahlgang? Die Voebellanten tagten gestern. Die „Vertreter der Verbände und Parteien“ waren anwesend, wie es im amtlichen Bericht heißt. Der Erfolg? Der Ausschuß ging auseinander, ohne Beschlüsse zu fassen. Erst sollen noch „die maßgebenden Instanzen der Parteien und Verbände beraten“, besagt der Bericht lakonisch. Weshalb umständliche Beratungen, da der Ausschuß doch schon beschlossen hat, auf der Kandidatur Jarres sitzen zu bleiben; weshalb diese merkwürdige Vertagung der Einheit?

Die Rechtspresse schweigt sich aus. Sie spielt den toten Mann. Nur die „Deutsche Zeitung“, das Schreckenskind aller regierungshungrigen Deutschnationalen, tanzt aus der Reihe. „Treiberien gegen Jarres“ schreibt sie und magt über die Heimtücke der Linkspresse, die zwecks Irreleitung der deutschnationalen Schäflein die Nachricht ausstreut, Jarres werde im zweiten Wahlgang vom Jarres-Block fallen gelassen. Die „Deutsche Zeitung“ irrt. Sie ist über die Intrigen im deutschnationalen Lager weniger gut unterrichtet als sonst. Sie wird sich, wie schon einmal die Rechtspresse vor kurzer Zeit, vom „Vorwärts“ über die Vorgänge im eigenen Lager belehren lassen müssen. Vielleicht wendet sie ihre Aufmerksamkeit einmal den vertraulichen Berichten des auch ihr nicht ganz unbekanntem Josef Sonntag zu, der nicht nur ein bewährter Margifistentier ist, sondern in jüngster Zeit auch die „nationale“ Parole ausgibt, die Wirtschaft kann nicht einseitig national sein. Dieser Josef Sonntag läuft gegen die Kandidatur Jarres im zweiten Wahlgang Sturm. Er wird sehr deutlich. Die Sympathien des Auslandes gehen uns bei einem Wahlsieg der Rechten flöten, sagt er, wir brauchen Herrn Gessler zum mindesten als Feigenblatt. Stellen wir Jarres auf, so ist der Sieg der Republikaner von vornherein besiegelt und es ist so gut, als ob wir gar keinen Kandidaten aufgestellt hätten.

Es ist daher selbstverständlich, daß trotz aller feierlichen Bekundungen des Herrn von Voebell und seines Ausschusses in den ihm angeschlossenen Kreisen und namentlich in solchen, die bei der Finanzierung des Wahlkampfes nicht das letzte Wort zu sagen haben, der Gedanke an eine neue Kandidatur im zweiten Wahlgang sehr ernstlich erwogen wird.

Josef Sonntag stand einmal im Brennpunkt der völkisch-deutschnationalen Bewegung. Er hält sich heute mehr im Hintergrund. Aber er wird gern bemerkt, wenn es sich um Ständele und Intrigen handelt. Von welcher Seite in diesem Fall der Wind weht, deutet Herr Sonntag an. Gewisse Stellen, die bei der Finanzierung des Wahlkampfes nicht das letzte Wort zu sagen haben, drohen mit dem Lieferstreik, wenn Jarres nicht verschwindet. „Heimtücke der Linkspresse“ sagt die

„Deutsche Zeitung“. Die vaterländischen Verbände lassen bombastisch erklären, daß sie einmütig an der Beibehaltung der Kandidatur Jarres festhalten. Wir wollen abwarten, wie lange die Einmütigkeit währt. Wir wollen abwarten, wie die deutschnationalen „Treue morgen und übermorgen aussieht.“

Duisburg, 31. März. (U.) Oberbürgermeister Dr. Jarres muß infolge der Grippeerkrankung, die er sich auf seiner Vortragareise als Präsidentschaftskandidat zugezogen hat, noch immer das Bett hüten. Es ist fraglich, ob er bei der morgigen Staatsberatung im Stadterordnetenkollegium den Vorsitz führen kann.

Ministerpräsidentenwahl in Preußen.

Höpfer-Archoff mit 213 gegen 177 Stimmen gewählt.

Präsident Bartels eröffnet die gestrige Landtagsitzung um 2 Uhr 15 Minuten und teilt den Vorschlag des Vizepräsidenten auf Vertagung der Plenarsitzung bis 5 Uhr mit.

Abg. Pled (Komm.), von den Sozialdemokraten mit dem Rufe „Der Sieger vom Sonntag“ begrüßt, widerspricht der Vertagung. Wenn es bis jetzt noch nicht gelungen sei, einen geeigneten Mann und ein regierungsfähiges Kabinett zu finden, so würde es in einer Notfrist von drei Stunden auch nicht gelingen. Man solle endlich diesen Landtag nach Hause schicken. Die Politik der Weimarer Koalition werde durch die Neuwahl eine herbe Kritik erfahren. Auch die „monarchistischen Republikaner“ seien auf nichts anderes als auf die Unterdrückung der breiten Massen bedacht. Seine Partei verlange sofortige Auflösung des Landtags. (Anhaltende Heiterkeit und ironischer Beifall im ganzen Hause.)

Hierauf tritt das Haus gegen die Kommunisten dem Vorschlage des Vizepräsidenten auf Vertagung bis 5 Uhr bei. Schluß 2 Uhr 30 Minuten.

Die Wahl des Ministerpräsidenten.

Präsident Bartels eröffnet die zweite Sitzung um 5 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten, die ohne Aussprache zu erfolgen hat. Es wird sofort in die Wahlhandlung eingetreten, die mit dem Namensaufruf beginnt. Die Rechtsparteien (Deutschnational, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Völkische Vereinigung) stimmen für den früheren Entwaffnungskommissar Dr. Peters. Die Kommunisten stimmen wieder für Pled. Die Fraktionen der Weimarer Koalition für Höpfer-Archoff (Dem.).

Um 6 Uhr 10 Minuten verkündet Präsident Bartels das Ergebnis des ersten Wahlganges. Es wurden abgegeben 436 Stimmen. Unbeschrieben waren 6 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 216. Es haben erhalten

Dr. Höpfer-Archoff (Dem.) 211 Stimmen,
Dr. Peters (Rechtsparteien) 176 Stimmen,
Pled (Komm.) 43 Stimmen.

Es muß also Stichwahl zwischen Dr. Höpfer-Archoff und Dr. Peters stattfinden.

Die zweite Wahlhandlung nimmt sofort ihren Anfang. Kurz vor 7 Uhr teilt der Präsident Bartels das Ergebnis des zweiten Wahlganges mit. Es wurden 435 Stimmen abgegeben. Unbeschrieben waren 2 Stimmzettel. Es haben erhalten

Dr. Höpfer-Archoff (Dem.) 213 Stimmen,
Dr. Peters (Rechtsparteien) 177 Stimmen.

Dr. Höpfer-Archoff ist also zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. (Beifall in der Mitte.)

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Kleine Vorlagen.
Schluß nach 7 Uhr.

Das steuerfreie Einkommen.

Der Finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde beschloffen, das steuerfreie Einkommen auf 1200 M. festzusetzen. Nach dem Ausschlußbeschlusse beträgt die Steuer für die ersten 8000 M. 10 Proz., für die weiteren 8000 M. 12 Proz., für die weiteren 8000 M. 15 Proz., für die weiteren 24000 M. 20 Proz., für die weiteren 30000 M. 25 Proz., für die weiteren 100000 M. 30 Proz., für die weiteren 100000 M. 33 Proz. und für alle weiteren Beträge 40 Proz.

daß die Gehirnapazität dieses Geschöpfes tief unter der der Plattfüßler stand. Aus dieser Haltenkreuzung entsprang wiederum ein männliches Wesen, das wunderbarerweise dem Ängst von der Wissenschaft geahnten Typus des Affenmenschen gleichkam. Sein Gehirn ist kleiner als das eines durchschnittlichen deutschen Universitätsprofessors, während sein Unterkiefer den seines Großvaters um ein Viertel übertrifft. Mit fünf Jahren trank der Affenknabe bereits fünfzehn Liter Paulanerbräu täglich. Er kann sich nicht mehr der menschlichen Sprache bedienen. Die einzigen Laute, die er hervorzubringen vermag, sind: „hurra, hurra, hurra.“

Ein Fertiger und eine Suchende. Iril Gadesow, der im Blüthner-Saal einen Tanzabend gab, gehört zu den ganz Fertigen, die alle Ausdrucksmittel meistern, deren Routine so sicher und reibungslos arbeitet, daß sie fast automatenhaft wirkt. Er ist ein tänzerischer Schauspieler, nicht im Sinne des Pantomimischen, sondern der Verwandlungsfähigkeit. Er tanzt Rollen, schlüpft in allerhand Charaktere, maskiert sich mit fremden Zeiten und Nationen. Seine Tänze sind ganz unpersönlich. Man hat den Eindruck, daß ein anderer sie für ihn schuf. Oder vielleicht eine andere. Denn es sind weibliche Tänze, die von einem männlichen Tänzer mit durchaus männlichen Ausdrucksmitteln produziert werden. Alles technisch vollkommen, sehr amüsan, völlig lebenslos.

Im Steglitzer Schlosspark-Theater tanzte Dorothea Knoppe. Eine Suchende, die ihren Weg noch nicht gefunden hat. Der früheren Erscheinung nach für heroischen, kultischen Stil gehalten. Gestaltet zarte Lyrik in weicher, milder Geste und sanft gleitenden Schwingen. Die Kompositionen, der rechten Oberleitung und Steigerung entbehrend, zerfallen daher leicht in der Wirkung. Reinteknik wenig kultiviert, störend vor allem die Steifheit des meist gekrümmten Armes und im Schritt ein stereotypes Wippen auf der Fußspitze. Technik der Arme und des Oberkörpers sehr gepflegt und zu schönen, ganz persönlichen Ausdrucksformen entwickelt. Die wertvollste Gabe, als Komposition und als Produktion, das „Intermezzo“ im klaren Aufbau des Anbetens, des seelischen Ausschwingens und der geläuterten Hingebung, im gehaltenen Pathos klarer Bewegung, in der eigenartigen, erregenden Schlussatmosphäre. Gesamtcharakter der künstlerischen Leistung: Ernst und vornehm. Eine Suchende, von der man hoffen möchte, daß sie ihren Weg bald findet.

Männerchor „Heidenrölein-Siemensstadt“. Der Musikwinter neigt sich allgemach seinem Ende zu. Die zahlreichen Chöre machen nochmals alle Anstrengungen, zu Werke zu kommen und nachdrücklich zu wirken. Aber doch scheint zwischen Freudigkeit im Konzertveranstalten und der Fähigkeit des Hörens eine Differenz sich herauszubilden. Das Konzert des Männerchors „Heidenrölein-Siemensstadt“ unter A. A. Josephs Leitung sah am Sonntagabend einen nur zur knappen Hälfte besetzten Hochschulfest. Die Müdigkeit bei den Zuhörern und Ueberfütterung mit Chorveranstaltungen, oder die Auswirkung wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die sich beim Interesse an der Kunst ja immer am ersten auswirken? Vielleicht ist es das eine mit dem anderen. Vielleicht ist es auch die Tatsache, daß es nicht so sehr nötig ist, das ge-

Der jauchzende Blaustift . . . als Helfer in der Not.

Man erlebt wundervolle Dinge, wenn man regelmäßig die Zeitungen der Rechten liest, was ja nicht immer eine sehr angenehme Beschäftigung zu sein pflegt. So weißlichweiß und geschwätzig die Blätter des Jarres-Blocks auch zumeist sind, wenn es sich um die Verleumdung der Sozialdemokratie handelt, so schmeigeln können sie sein, wenn ihre Parteien oder Austraggeber einen Reizfall erleben. Da muß sogar der jauchzende Blaustift helfen, um unangenehme Stellen in allgemeinen Berichten auszumerzen.

Im Magdeburger Bericht hatte am Dienstag der Zeuge Krause Mittelungen über die Unglaubwürdigkeit des Kron- und Koch-zeugen Sprig gemacht. Darauf spielte sich folgende Szene ab: R. A. Martin: Herr Krause, sind Ihnen von der S. P. D. Vorteile versprochen worden?

Zeuge: Nein, gestern kam ein Herr von der Deutschnationalen Volkspartei und fragte, ob ich nicht in die Partei eintreten wolle? Ich habe mich hier freiwillig gemeldet, weil man den Sprig hier nicht schwindeln lassen kann, daß sich die Bäume biegen.

Diese nach mehr als einer Richtung interessante Episode sucht man in den sämtlichen Rechtsblättern vergebens! Die Hugenberg-Plantagen wie des Agrarierblatts und die „Arbeitszeitung“ benutzen dergleichen Blaustift. In ihren Berichten, die derselben Gerichtskorrespondenz entstammen wie der „Vorwärts“, Bericht ist gerade diese Abfuhr des deutschnationalen Verteiligers mit peinlicher Korrektheit weggelassen worden!

Was allerhand zu denken gibt!

Deutschland und Polen.

Zu den Berliner Wirtschaftsverhandlungen.

Seit einigen Wochen verhandelt in Berlin eine deutsche und eine polnische Abordnung über einen Handelsvertrag, der die vorläufigen Abkommen ersetzen soll, von denen das letzte vom 13. Januar d. J. bestimmte, daß die jetzigen Verhandlungen bis zum 1. April beendet sein sollen und daß bis dahin Kampfmaßnahmen der beiden Staaten unterbleiben sollen. Der Abschluß der Verhandlungen bis zum 1. April war unmöglich, wird vielmehr noch verschiedene Monate brauchen; das sollen auch die Polen eingesehen haben. Die deutsche Wirtschaft braucht, so betont man an informierter und zuständiger Stelle, nicht zu fürchten, daß nun Polen einen Zollkrieg in irgendeiner Form eröffne.

Das Kernproblem der deutsch-polnischen Verhandlungen ist die ostoberschlesische Kohlenfrage. Der Zwang der Verhändler und Genfer Bestimmungen, daß Deutschland die ostoberschlesische Kohlenproduktion zollfrei hereinlassen muß, endet am 15. Juni 1925. Polen verlangt daher den Abschluß der Verhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt oder daß Deutschland auf die Ausübung dieser Freiheit verzichte.

Der unerwartete Kohlenbedarf ist infolge der Entwicklung der deutschen Braunkohleneinnahme und -anwendung, des Ausbaus von Wasserkraften (Bavern) und des Rückgangs der deutschen Stahlerzeugung auf ein Drittel der Vorkriegshöhe stark zurückgegangen. Im Jahre 1924 mußte Deutschland 68 Millionen Tonnen ostoberschlesische Kohle hereinlassen, obwohl in Westoberschlesien Feierschichten gemacht werden mußten. Dieses Einfuhrquantum entspricht einer Belegschaft von mindestens 30000 bis 35000 Arbeitern!

In Ostoberschlesien wurde im Dezember 1924 die Arbeitszeit verlängert und nach dem großen Streik die Belegschaft vermindert durch Nichtwiedereinstellung besonders auch deutscher Arbeiter, von denen wenigstens 25000 nach Deutschland herübergedrückt wurden, wo sie arbeitslos sind.

Bei seiner geringen Industrieentwicklung und seiner ganzen Wirtschaftslage ist Polen darauf angewiesen, jährlich 11 bis 12 Millionen Tonnen Kohle auszuführen; davon kann Deutschland nur 2 1/2 Mill. Tonnen, Rumänien 1 Mill. Tonnen, Südbavarn auch nicht mehr, Ungarn 800000 Tonnen aufnehmen und die Tschechen haben sich nur verpflichtet, monatlich 6000 Tonnen abzunehmen! Schon jetzt wird ostoberschlesische Steinkohle in Gleiwitz,

Ein Triumph der Wissenschaft.

Aus Kansas City kommt eine Aufsehen erregende Nachricht: Den unermüdeten Bemühungen des deutsch-amerikanischen Professors Tiefenschurfer — der große Gelehrte vollendet am heutigen 1. April sein neunzigstes Lebensjahr — ist es gelungen, die von der Forschung bisher vergeblich gesuchte Zwischenstufe zwischen Affen und Menschen wissenschaftlich herzustellen! Er ging den umgekehrten Weg, den die Natur beschritten, und bildete in mehreren Generationen seine Menschenexemplare zurück, bis sie die hinter dem Neandertalbewohner liegende Zwischenstufe erreicht hatten. Wozu die Natur Hunderttausende von Jahren gebraucht, das erreichte Tiefenschurfer in etwas mehr als sechs Jahrzehnten!

Nach einer telegraphischen Meldung aus Kansas ging Professor Tiefenschurfer folgendermaßen vor. Auf einer Fußwanderung, die der Gelehrte seinerzeit als Student der Medizin durch das bei München gelegene Dadauer Moos gemacht hatte, lernte er den „Smonteppen“ Alois Niederhuber kennen. Der Wortschatz dieses merkwürdigen Moosbewohners bestand aus höchstens fünfundzwanzig Wörtern. Auf Fragen antwortete er meist mit den Sätzen: „gehua“ oder „teffini“, die nach den Forschungen des Professors den Sprachwurzeln gewisser Eingeborenen Sprachen, der der Plattfüßler und der Lipputipps auf Borneo nahe kommen. Seine Lieblingswörter waren: „guffa“ und „teifi-teifi“. Dieses höchst interessante Individuum, das auf der niedrigsten Stufe des mitteleuropäischen Keltogermanentums zu stehen schien, kreuzte der nachmalige Professor mit dem Bärenweib Wamba Jambilla, das auf dem Münchner Oktoberfest damals seinen behaarten Körper zeigte. Der unter allerhand Schwierigkeiten schließlich geglückten Paarung entsproh ein Wesen männlichen Geschlechts, Laver genannt. Der bereits erfreulich mächtigen Intelligenz dieses Individuums, das mit seinem Reorderaktierer sechs Lebertrüffel auf einmal bewältigte, entsprach eine sorgfältig beschränkte Erziehung, die ein Münchener Studienfreund Tiefenschurfers übernommen hatte. Das Begriffsfeld Lavers wurde aufs äucherste eingengt. Er befand sich meist in einem Zustand völliger Apathie. Wenn man die Sätze: „saupreff“ aussprach, schloß er die Zähne, ließ ein markerschütterndes Gebrüll aus und ergriff den nächstbesten Gegenstand, womit er auf einen eingebildeten Feind losging. Auf das Wort: „An!“ winkte er demütig, senkte die Augen und kniete wie ein Hebermesser den massigen Leib zusammen. Als er neunzehn Jahre alt war, suchte ihn der huzulische Aus Amerika nach Europa zurückgekehrte Professor eine Gefährtin, die er nach vielen Mühen in Sachsen in der Tochter eines Oberstudienrates entdeckte. Dieses Wesen schweifte im Sommer nach gleichaltrigen Männern in den sächsischen Urwäldern umher, sprang durch angezündete Feuer und verehrte die heidnischen Gottheiten durch tierähnliches Gebrüll. Professor Tiefenschurfer stellte durch exakte Messungen fest,

wohnte Konzerte in diesen Kreisen aufzuführen, als vielmehr zu neuen Formen der Musikdarstellung und des Musikerlebens zu kommen. So lang der Chor größere und kleinere Kompositionen, Volkslieder, auch ein niedliches und nettes kleines Werkchen eines Dirigenten und zwischendurch mit Reinhold Joseph am Flügel Schuberts „Waldesgespräch“ und „Nachtgesang im Walde“, bei denen die unangenehme Tatsache, daß der indifferente Klavierklang sich so gar nicht dem Chorgesang amalgamiert, wieder Erleichterung wurde. R. A. Joseph spielte mit Robert Zeller (Belge) und Max Zeldler (Cello) Dvoraks Dumky-Trio, diese stark raffinierte, aber dabei doch recht vergnügliche Musik, deren großartigste Kundante so recht ihren geistigen Ursprung verrät: Mooserepigonentum neben Volksmelodien, beide unvereinbar und auch hier nicht zur Einheit verschweiselt. Die beiden Solisten spielten im zweiten Teil Solostücke mehr leichten und unterhaltenden Charakters. E. G.

„Die Hebe deutsche Kleinplastik im Spiegel der Kunst“, heißt das dankbare Thema, über das Dr. v. Leszel in der Urania sprach. Es galt ein sehr reiches Stoffgebiet zu behandeln, was dem Redner im Vortrag recht gut gelang. Er versetzte das Publikum nicht nur in eine Rothenburg-a.-T.-Stimmung, sondern darüber hinaus skizzierte er noch die Entstehung der Städte. Es wurde das Wirken der Klöster lebendig, denen u. a. Mech. Juda, St. Gallen ihre Entstehung verdanken. Bei den Kirchenbauten steht man, durch bestimmenden Einfluß der Klöster, den Übergang vom romanischen zum gotischen Baustil. Er ist das Dokument einer Zeit, die den Sinn auf's Jenstets richtete, weshalb in der Baukunst die Säule zum Baum und die Halle zum heiligen Hain wurde. Die Städtegründungen erfolgten rings um die königlichen Pfälzen und bischöflichen Residenzen. Als ehemaliges Marktscheun bewahrten viele Städte bis in die heutige Zeit das Kreuz, den Roland oder das Marienbild. Von größter Bedeutung waren bei der späteren Entwicklung des Städte die Tore. Darum ist es auch kein Zufall, daß 70 deutsche Städte ein Tor in ihrem Wappen führen. Selbst Berlins erstes Wappen war ein Tor. Manche Stadt hat eine über 1000jährige Geschichte. In ihr wirkt alles Alte verflärt. Ein vorzügliches Bildmaterial erfreute Auge und Herz. In dem Bestreben recht viel zu bieten, war der Vortrag mit melodramatischem Beiwerk verfeinert. Für die „Haus“-Szenen waren die Darsteller nicht geeignet.

Druckfehlerberichtigung: In dem Gedicht „Teutonische Niederlagenfeier“ (Nr. 152) muß es zu Beginn und am Schluß „zu honorariger (nicht homeriger) Stunde“ heißen.

Jeans-Dienstag. In dem am Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal anläßlich des 60. Geburtstages unseres unvergesslichen Franz Diederich stattfindenden Konzert wirkten Frau Brillen (Soprano), Julius Fabke (Klavier), A. Kroemer (Violine), Walter Schütz (Cello) und F. S. Müller (Geigist) Horn.

Der Vortragabend der Gen. Maria Junk, der wegen der Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten vertagt wurde, findet am 2. April, 8 Uhr abends, in der Segelton, Kurfürstendamm 202, statt.

Die Kunsthandlung Victor Hartberg, Schönberger Ufer 41, eröffnet ihre Räume am 1. April mit Ausstellungen von Gemälden von Prof. Ernst Deger und Skulpturen von Walter E. Wittendorff.

Wilhelm Speck, Verleger siegelanter Romane, ist, 63 Jahre alt, in Hoff g e l o r d e n.

Beuten usw. für 2 M. pro Tonne angeboten, während Waldenburger Kohle (noch ohne Kapitalverzinsung) 16 M. kostet.

So sehr also Deutschland davon interessiert ist, nicht allzu viel polnische Kohle hereinzulassen, so nimmt andererseits Polen etwa 5 Proz. der deutschen Gesamtexport auf, nämlich im letzten Jahr für 400 Millionen Goldmark.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen gestalten sich recht schwierig, auch dadurch, daß Polen in der sog. personellen Reichsbegünstigung, d. h. der Niederlassungs- und Arbeitsfreiheit für Reichsdeutsche nicht entgegenkommen und höchstens beschränkte und norddeutsche Ausnahmen für einige Wenige von dem jegigen allgemeinen Verbot gewähren will.

Der Kern der Anleiheaufwertung.

Die Deutschnationalen wieder gegen ihre Anträge.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages kam gestern vormittag zunächst zur Beratung der ursprünglich vom Abg. Dr. Best (Dnal.) beantragte Artikel 3 des Gesetzes über die Verlängerung der Fristen, der vom Plenum an den Ausschuß zurückverwiesen worden war. Es handelt sich um die Bestimmung, wonach der Wiederherstellung eines gelöschten Rechts zum Zwecke der Aufwertung der öffentlichen Gläubiger des Grundbuchs nicht entgegensteht, wenn ein nach der Löschung eingetragenes Recht nach dem 1. April 1925 begründet worden ist. Mit dieser Vorschrift soll den Wucherschloßern begegnet werden, die darauf ausgehen, noch rasch vor dem Zustandekommen des neuen Aufwertungsgesetzes an Stelle der alten gelöschten neuen Hypotheken eintragen zu lassen. Von der Regierung wurde dem Entsch. einer solchen Gesetzesbestimmung wieder mit der größten Schärfe widersprochen, weil angeblich damit alle Grundlagen der Kreditnahme erschüttert würden. Es wurde empfohlen, die Entscheidung über diese Frage bis zur Reuregelung der ganzen Aufwertungsfrage zurückzustellen.

Abg. Keil (Soz.) nahm jedoch den Antrag Best wieder auf und begründete ihn damit, daß jede neue Belastung von Grundstücken, die an Stelle gelöschter Hypotheken trete, auf Kosten der verarmten alten Gläubiger geschehe. Die wirtschaftlichen Folgen einer Sperrvorschrift, wie der beantragten, würden von Seiten der Interessenten übertrieben.

Der Standpunkt der Regierung wurde unterstützt von Vertretern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Dr. v. Richthofen (Dem.) erkannte an, daß eine Warnung im Sinne der beantragten Gesetzesvorschrift notwendig sei, hielt es aber für genügend, die einmütige Meinung des Ausschusses dahin kundzugeben, daß bei der Regelung der Rückverpflichtungen im künftigen Gesetz Belastungen, die jetzt noch vorgenommen werden, keine Beachtung finden. Der Ausschuß beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Entscheidung über den Antrag Best zurückzustellen. In Verbindung damit wurde festgestellt: Der Ausschuß sei sich darin einig, daß alle Geschäfte im Grundbuchsverkehr die darauf abzielten, das Ergebnis der künftigen Aufwertung hinsichtlich der Rückwirkung zu vereiteln, ihren Zweck verfehlen werden.

Entgegen der Absicht der Ausschlußmehrheit, sich nunmehr zu neigen, wurde vom Abg. Keil (Soz.) beantragt, in einer am Mittwoch gemachten mit dem Steuerauschuß abzuhaltenen Sitzung über folgenden Antrag zu beraten:

„Die Regierung zu ersuchen, zum Zwecke der Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung der öffentlichen Anleihen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Vermögen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben, einer Sonderbesteuerung unterworfen werden, wobei die Vermögen, die eine bestimmte Grenze nicht übersteigen, freizulassen sind.“

Zur Begründung wurde von dem Antragsteller betont, die Regierungslage über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen habe in der breiten Öffentlichkeit die größte Enttäuschung hervorgerufen. Wenn die Regierung die Dringlichkeit ihrer Vorlage damit begründe, daß es an den Geldmitteln zu einer besseren Aufwertung fehle, so müßte sie vom Reichstag auf die Quellen verweisen werden, die zum Zwecke der Aufwertung erschlossen werden können. Die Forderung, daß die Vermögensbesitzer, die aus der Inflation Gewinne gezogen haben, oder wenigstens ihr Vermögen erhalten konnten, zugunsten der verarmten Gläubiger Opfer bringen müssen, werde im Volke allgemein als berechtigt anerkannt. Eine verschärfte Belastung der Reichen müsse ausnahmslos durchgeführt werden. Sollte aber die Lösung der Aufwertung nicht weiter verzögert werden, dann müßte die Regierung sofort zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzentwurfs aufgefordert werden.

Aus dem weiteren Verlauf der Debatte ergab sich deutlich, wie unbehaglich der Antrag Keil den Regierungsparteien war. Während sie in der letzten Sitzung den sozialdemokratischen Vorschlag auf sofortige Beratung des Reichstages aufwertungsamtlich abgelehnt hatten, versuchten sie jetzt, eine allgemeine Debatte über die Frage aufzurollen, ob die individuelle oder schematische Methode bei der Aufwertung privater Schulden vorgezogen werden soll. Auf den nachdrücklichen Einspruch der Regierung gegen eine sachliche Beratung der Materie, solange die Entwürfe nicht offiziell dem Reichstag zugegangen sind und die Erörterungen im Reichsrat schweben, wurde der Vorschlag einer Generaldebatte für diese Woche aufgegeben. Staatssekretär Joel teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die Beratungen des Reichsrats vor dem 15. April auf keinen Fall zum Abschluß kommen werden.

Das Ergebnis der weiteren Erörterungen war ein Beschluß des Ausschusses, wonach spätestens am Freitag dieser Woche gemeinschaftlich mit dem Steuerauschuß eine Sitzung zur Beratung des Antrages Keil abgehalten werden soll.

Analphabeten als Sprachforscher.

Die „Rote Fahne“ macht sich das unschuldige Vergnügen, uns der Fälligkeit eines Sinowjew-Zitates zu beschuldigen. Wir hatten in der Abendausgabe vom 24. März in einem Artikel „Die Weltrevolution von Moskau abgelehnt“ den Inhalt eines Artikels wiedergegeben, den Sinowjew vor der Eröffnung der erweiterten Erklärungsitzung in Moskau in der „Pravda“ veröffentlichte und in der, laut einer telegraphischen Meldung des Ost-Express, schon in der vorhergehenden Nummer des „Vorwärts“ wiedergegeben hatten. Schon aus der Fälligkeit der Meldung ging hervor, daß es sich nicht um ein wörtliches Zitat, sondern um die inhaltliche Wiedergabe des Sinowjew-Artikels handelte. Den Analphabeten in der „Rote Fahne“ muß man dies erst nach besonders auseinanderlegen. Jetzt reichen sie aus dem Artikel einen Satz heraus und erklären triumphierend, daß dieser Satz anders laute, als die entsprechende Stelle in unserer Meldung. Dabei unterlagern sie die Tatsache, daß die Meldung des Ost-Express den Inhalt des Sinowjew-Artikels vollkommen korrekt wiedergegeben hat.

Es ist übrigens merkwürdig, daß die kommunistischen Sprachforscher in der „Rote Fahne“ den Anfang des erwähnten Artikels, in dem von der Ablehnung der kommunistischen Bewegung, dem

Stillsand, dem Kleinmut, den Ueberläufern usw. gesprochen wird, ebenso mit Schweigen übergehen, wie den in derselben Nummer der „Pravda“ veröffentlichten Artikel Stalins, in dem ausdrücklich erklärt wird, daß die Periode der revolutionären Bewegung im Zentrum Europas, in Deutschland, zweifellos zum Abschluß gelangt sei. Warum sind die Herrschaften von der „Rote Fahne“, die sonst nicht genug Schwindelgeschichten aus Rußland bringen können, in diesem Punkte so schweigsam?

Phrasen und Wirklichkeit.

Ein Nachwort zu den Kundgebungen im Sportpalast.

An zwei aufeinanderfolgenden Tagen vor der Wahl hielt die Sozialdemokratie und die kommunistische Partei in Groß-Berlin eine Wahlkundgebung im Sportpalast ab. Der Saal war jedesmal bis zum letzten Platz gefüllt. Der Sportpalast enthält 16 000 Sitzplätze. In den Gängen können 4000 Leute stehen. An jeder dieser Kundgebungen nahmen also rund 20 000 Besucher teil.

Für die Sozialdemokratie war es eine Selbstverständlichkeit, daß sie bei einer Wahlkundgebung im Sportpalast den Saal bis zum letzten Platz füllen würde. Sie hat in Groß-Berlin fast eine Million Wähler. Es war für uns selbstverständlich, daß wir davon 20 000 und noch mehr zu einer Wahlkundgebung zusammenbringen würden. Wir haben uns über den prächtigen Verlauf in dieser Wahlkundgebung freuen, und die ausgezeichnete Stimmung der Massen ohne Ueberhöhung feststellen dürfen.

Anderer die Kommunisten! Sie haben in Berlin ungefähr den dritten Teil der Stimmen, die die Sozialdemokratie mußte. Es war zu erwarten, daß es natürlich auch ihr gelingen würde, den Sportpalast zu füllen. Aber die „Rote Fahne“ nahm diese Selbstverständlichkeit als Vorzeichen eines kommenden großen Sieges. Sie überschlug sich in phrasenreichen Prophezeiungen. „Die Revolution marschieren!“ Billiger hat sie es nicht gegeben.

Darin liegt der Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Bewegung und der der Kommunisten. 20 000 Wähler im Sportpalast! Das ist viel. Aber seit dem 4. Mal des vergangenen Jahres hat die Sozialdemokratie in Groß-Berlin 18 mal soviel Wähler gewonnen, als an der Wahlkundgebung im Sportpalast teilnahmen. Die kommunistische Partei aber hat genau sechsmal so viel Wähler verloren, als sie im Sportpalast versammelte.

Das ist die Tatsache, die der kommunistischen Phrasen vom bevorstehenden Sieg einer kommunistischen Revolution nachgefolgt ist. Die kommunistische Niederlage und unser stürmischer Vormarsch, unsere realistische Beurteilung der Sportpalast-Kundgebung und das phantastische Geschrei der „Rote Fahne“, kommunistische Bewegung und Sozialdemokratie — Phrasen und Wirklichkeit!

Zentrum gegen Geldsackblock.

Die „Kölnische Volkszeitung“ zur Präsidentenwahl.

Köln, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt am Dienstagabend zur Reichspräsidentenwahl: „Wenn die „Kölnische Zeitung“ im Interesse des gesamten Bürgertums heute die Wahl eines von sozialistischen Einflüssen unabhängigen Reichspräsidenten verlangt, dann kann man mindestens mit dem gleichen Recht Sicherheit für die Wahl eines Reichspräsidenten fordern, der von einseitig kapitalistischen oder extrem nationalistischen Einflüssen unabhängig ist. Wir verlangen als Reichspräsidenten in der Tat eine Persönlichkeit, die Gewähre bietet für eine sachliche Politik, frei von einseitigen Interessen.“ Das offizielle Kölner Zentrumblatt, die „Rheinische Volkszeitung“ wird noch deutlicher, indem sie gegen die Lebensverwundungen des rechtsliberalen Blattes schreibt: „Die Wahlberechtigten haben das Recht zu fordern, daß aus ihrer Willensentgebung vom Sonntag die gegebenen Forderungen für die Realisierung vor dem 28. April und für den zweiten Wahlgang gezogen werden. Die gegebene Forderung ist aber nicht die, einen rechts herum nicht erreichten Erfolg des Geldsackblocks jetzt andersherum suchen zu lassen. Die Niederlage des Reichsblocks, der ja nur ein Rechtsblock ist, muß am 28. April endgültig besiegelt werden. Das ist Sinn und Wille des Volksentscheids vom 29. März. Demersprechend sind jetzt die Forderungen für die richtige Sammelkandidatur zu ziehen.“

Pariser Stimmen zum zweiten Wahlgang.

Paris, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussichten der deutschen Linken im zweiten Wahlgang werden hier günstig beurteilt unter der Voraussetzung, daß es gelingt, sich auf einen wirklich populären Kandidaten zu einigen und die Manöver der Reaktion rechtzeitig zu durchkreuzen. Man gibt sich in vollem Umfang davon Rechenschaft, wie schwer es für die sozialdemokratische Partei, die eigentliche Siegerin im ersten Wahlgang, sein wird, ihren Kandidaten zugunsten eines bürgerlichen Politikers zurückzugeben. Man hält dieses Opfer aber für unumgänglich notwendig, da Braun unter keinen Umständen auf die gesamten Zentrumswähler rechnen könne und da bei einer sozialistischen Kandidatur der Linken zweifellos die Stimmen der Bayerischen Volkspartei verloren gehen würden, falls die Kandidatur Marx als gesichert betrachtet werden.

Wie groß die außenpolitische Bedeutung der Wahl ist, zeigt die Erklärung des „Temps“, daß bei einem nach links orientierten Deutschland die Pläne zur Lösung des Sicherheitsproblems, die augenblicklich den Gegenstand des internationalen Meinungsaustausches bilden, Aussicht auf Erfolg hätten, nicht aber, wenn die Reaktion triumphieren sollte. Hier liegt das Hauptinteresse, das des Auslands an der Neuwahl des deutschen Präsidenten. Wenn man sich auch keiner Illusion darüber hingeben dürfe, daß die deutsche Linke nach einer Revision des Versailler Vertrages und vor allem nach einer Änderung der Grenzen im Osten strebe, so müsse man doch wenigstens versuchen, mit der deutschen Demokratie zu einem Abkommen über die Sicherung des europäischen Friedens zu kommen.

Abkommen mit Italien.

Verlängerung der Wirtschaftsregelung.

Rom, 31. März. (W.B.) Da der am 10. Januar d. J. zum Zwecke der vorläufigen Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Italien geschlossene Modus vivendi heute abläuft, und die Verhandlungen über den Abschluß des an die Stelle dieses provisorischen Regimes tretenden Handels- und Schiffsverkehrsvertrages noch nicht zu Ende geführt sind, haben die deutsche und die italienische Regierung eine Verlängerung dieses vorläufigen Regimes für die Dauer der Verhandlungen vereinbart, die voraussichtlich innerhalb nicht sehr langer Frist zu einem günstigen Abschluß gelangen werden. Unter Berücksichtigung einiger sehr dringlichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben beide Regierungen eine Beschränkung der Lizenzen jener Waren vereinbart, die bisher nach dem Modus vivendi vom 10. Januar von der Restbegünstigung ausgeschlossen waren. Infolgedessen werden außer den schon bisher nach dem Grundlag der Restbegünstigung behandelten Waren vom 1. April an in Deutschland italienische Tomaten, Tafeltrauben sowie Schiefer und Kalksteine und in Italien deutsche Bolzen und Schrauben aus Eisen und Stahl sowie Möbelbezüge zu den meist begünstigten Zollätzen zur Einfuhr zugelassen. Das Abkommen ist heute durch einen Notenwechsel abgeschlossen worden.

Das Bürgerversteherkollegium von Hannover wählte den bisherigen Bürgerpoetischen-Vorführer Senator Menge (Ordnungsblock) im zweiten Wahlgang zum Oberbürgermeister.

Ungeföhnter Mordmord.

Ein bayerischer Freispruch.

Der beim Schwurgericht München hin- und verschlossenen Türen geführte Mordprozeß, in dem die beiden rechtsradikalen Reuzgeri und Hall (beides ehemalige Offiziere) der Mittäterschaft an der Ermordung des Kellners Hartung angeklagt waren, ist nach sieben-tägiger Verhandlung zu Ende gegangen. Der Staatsanwalt Erhard sah den Beweis für die Schuld der beiden Angeklagten als vollständig erbracht und beantragte gegen beide die Todesstrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Das Urteil lautete aber für beide auf Freisprechung mit sofortiger Aufhebung des Haftbefehls. In der Begründung des Urteils heißt es: Im Frühjahr 1921, in dem die Mordtat begangen wurde, war eine große Empörung im Volke darüber, daß die Einwohnerwehr, die zum Schutze gegen die Wiederkehr der spartanistischen Unruhen ins Leben gerufen wurde, aufgelöst werden sollte. Es ist kein Geheimnis mehr, daß ein gewisser Kreis von Leuten, die sich um den Leutnant Braun scharten, bestrebt war, die Einwohnerwehr zu erhalten und ihre Waffen zu verstecken. Dieser Kreis junger Leute hatte die Geheimhaltung dieser Vorgänge als patriotische Pflicht betrachtet und sich u. a. zur Aufgabe gemacht, jeden, der diese Geheimnisse an die Entente-Kommission verrate, unglücklich zu machen. Auch Hartung gehörte zu diesem Kreis. Er wandte sich aber in jener Zeit wiederholt mit Selbstverurteilungen an Leutnant Braun, widerlegte seine Kenntnisse über die Waffenverstecke der Entente-Kommission verrate. Hartung wurde nun in der Nacht vom 3. auf den 4. März 1921 ermordet und kurz darauf in der Nar als Leiche gefunden. Er war durch drei Revolverkugeln getroffen und keine Leiche mit Wassersteinen besetzt. In dieser Nacht fuhren die beiden Angeklagten mit einem Lastkraftwagen und einem Anhänger von München nach Ulm. Sie gaben an, daß auf der Strecke zwischen Augsburg und Ulm ein schweres Personenauto mit großen Scheinwerfern ihnen vorgefahren sei. Beide Angeklagte leugnen auch nicht, daß sie dem Kreis, der sich um die Einwohnerwehr mühte, angeschlossen und daß sie durchaus die Innjustiz billigten; sie behaupten aber, daß sie selbst sich zu einer solchen Tat niemals bereuen hätten. Es ist kein Zweifel, so heißt es in der Begründung, daß beide Angeklagte durch das vorgelegte Material des Staatsanwalts schwer belastet sind und daß es sich bei dem Mord um ein wohlüberlegtes Unternehmen handelte. Gleichwohl erachtet das Gericht den Indizienbeweis als nicht vollständig erbracht, da weder die Kleider der Beklagten noch der Lastkraftwagen Blutspuren aufwiesen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Hartung von den Insassen des erwähnten Personenautos befreit wurde. Anhaltspunkte dafür, daß ein Nachhaft von kommunistischer Seite vorliegt, sind nicht gegeben.

Plaidoyers in Schweidnitz.

Der Staatsanwalt beantragt Gefängnisstrafe.

Breslau, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Schweidnitzer Prozeß gegen 39 Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hielt der Staatsanwalt seine Anklagerede. Er beantragte für die beiden hauptangeklagten Reichsbannerführer, die Genossen Müller und Geburt zwei Jahre bzw. acht Monate Gefängnis, für 28 weitere Reichsbannermitglieder Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre zwei Monaten Gefängnis. Für neun der Angeklagten mußte der Staatsanwalt auf Grund der Beweisaufnahme selbst Freispruch beantragen. Er billigte mildernde Umstände zu, da diese Nachrichten über gewalttätige Pläne des Stahlhelms und über den Waffenbesitz und die Ausschreitungen dieser Organisation an anderen Orten wenigstens subjektiv glaubhaft hätten, wobei es auf die objektive Richtigkeit nicht so sehr anläge. Der Staatsanwalt mußte einen großen Teil seiner Rede der Verteidigung seines eigenen höchst parteiischen Vorgehens widmen und zu erklären suchen, warum kein einziger der an dem Zusammenstoß zahlreich beteiligten Stahlhelmsleute auf die Anklagebank gebracht wurde. Er behauptete, keiner von ihnen hätte namentlich festgestellt werden können und dem Stahlhelm sei doch außerdem zugute zu halten, daß er an diesem Tage eine Feler hatte, die ihm gestört worden sei, während das Reichsbanner nicht der Veranstalter des Deutschen Tages war, wobei er allerdings verschwiegen, daß dieser Deutsche Tag eine einzige große Ausschreitung und Verletzung der amtlichen Vorschriften war.

Nach den Ausführungen des Staatsanwalts begann Genosse Otto Landsberg als erster der Verteidiger sein Plaidoyer, in dem er Einseitigkeiten der Anklage scharf kritisierte und nachzuweisen suchte, daß der vom Staatsanwalt angenommene Landfriedensbruch keinesfalls den angeklagten Republikanern vorgeworfen werden könne. Ob in der Abwehr der eine oder andere Reichsbannermann vielleicht eine leichte Körperverletzung begangen hätte, überließ Landsberg der Prüfung seiner Mitverteidiger. Das Urteil dürfte am Donnerstag gesprochen werden.

Ein energischer Unterrichtsminister —

In Frankreich.

In Paris fanden in letzter Zeit Studentenkrawalle in der juristischen Fakultät statt. Reaktionen Studenten versuchten durch wüsten Kadav die Vorlesungen eines neuernannten Professors, Georges Scelle, über Völkerrecht zu verhindern, weil dieser bei ihnen als positivistisch verfahren ist. Am Sonnabend fand eine regelrechte Schlacht im Universitätsviertel statt, wobei zahlreiche Schulleute und Studenten verletzt wurden. Der Dekan (Rektor) der Fakultät, der reaktionäre Professor Barthélemy, hatte den nationalistischen Studenten freie Hand gegeben.

Jetzt hat der Unterrichtsminister François Albert den Rektor von seinem Amte entbunden und die Fakultät bis auf weiteres geschlossen.

Amerika / England / Pazifik.

Washington, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Coolidge hatte am Dienstag mit dem neuen Außenminister Kellogg und dem Senator Borah eine längere Unterhaltung über die Aufstellung des Programms für die geplante Abrüstungskonferenz. Senator Borah erklärte nach der Besprechung, daß die Gerüchte, die Regierung sei entschlossen, der antirussischen Politik weiterhin zu folgen, nicht der Wahrheit entsprechen. Mit dieser Erklärung Borahs ist allerdings nicht dementiert, daß England und Amerika ein formelles Abkommen für ein künftiges gemeinsames Auftreten ihrer Flotten im Stillen Ozean treffen wollen.

Washington, 31. März. (Associated Press.) Präsident Coolidge empfand keine Veranlassung, den Vorschlag der Anerkennung Sowjetrußlands jetzt in Erwägung zu ziehen, da die Lage sich nicht geändert hat.

Die Universität Jerusalem wird am 1. April d. J. eröffnet. Sie hat zunächst nur drei Fakultäten — die medizinische fehlt noch — und die Sprache der Hochschule ist hebräisch. Lord Paletot — der als britischer Außenminister im Weltkrieg jene festsitzende Deklaration abgegeben hat, auf der die atomistische Kolonialpolitik beruht, ist zur Eröffnung in Jerusalem eingetroffen, wogegen die Kräfte durch Streik und Trauerläuten demonstrieren. England als Mandatmacht hat viel Militär zur Sicherung der Ruhe aufgedoten.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsbahn und Privatindustrie.

Neues Gesicht an die Privatindustrie.

Das wird geschrieben: Die Privatindustrie hat schon seit Jahren ihre Kopienarme nach lahmenden Objekten ausgestreckt. Nachdem sie sich loben die angeblich nicht kaufmännisch arbeitenden „Deutschen Werke“ zu einem erheblichen Teil einverleibt, wird ihr von den schwerindustriellen Mitgliedern des Verwaltungsrats gleichzeitig ein neuer, fetter Bissen, in Gestalt eines großen Teils der bisher bahneigenen Werkstätten zugeführt.

Bisher wurde die Ausbesserung von Lokomotiven und Wagen zum größten Teil von bahneigenen Werkstätten ausgeführt, während ein kleiner Teil den Privatwerken zugeführt werden mußte, da die Schweißarbeiten für den gewöhnlichen Umfang der Reparaturen nicht umfangreich genug waren. Zum Zwecke möglichst wirtschaftlicher Betriebsführung geht die Hauptverwaltung jetzt daran, wieder einen erheblichen Teil der Werkstätten zu schließen und die gesamten Belegschaften, deren Stärke man mit 20—25 000 Mann gewiß nicht zu hoch beziffert, zu entlassen.

Ueber die neue Form des Werkstättenbetriebes ist sich die Hauptverwaltung selbst nicht im Klaren. Sie spricht fortgesetzt von „wissenschaftlicher Betriebsführung“ (Zapfenlösen) und Normalisierung und Typisierung der Betriebsmittel. Daß die Unjazziffern seit Einführung der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ schon erheblich gestiegen sind, kann nicht abgelehnt werden. Eine Normalisierung der Betriebsmittel an Lokomotiven und Wagen der Eisenbahnen ist infolge ganz verschiedener Beanspruchung des rollenden Materials nicht möglich; eine Typisierung könnte bis zu einem gewissen Umfange in Frage kommen, wenn die Eisenbahnwerkstätten neue Lokomotiven und Wagen herstellen würden. Das tun sie aber nicht, da es sich nur um Reparaturwerkstätten handelt. Damit ist aber der von der Hauptverwaltung angegebene Zweck der wirtschaftlichen Betriebsführung der Werkstätten ad absurdum überführt. Kurz gesagt, man will die Werkstätten schließen, um der Privatindustrie einen größeren Reparaturenanteil zuzuschicken, trotzdem sich die Reparaturpreise der Privatindustrie jetzt schon erheblich teurer stellen, als diejenigen der bahneigenen Werke. Außerdem möchte man so nebenbei einige lauland gewerkschaftlich organisierte Metall- und Holzarbeiter los sein. Die rigorose Haltung der Hauptverwaltung bezweckt so bei dem letzten Streik der Güterbodenarbeiter eigentlich, die Werkstättenarbeiter in den Sympathiestreik zu zwingen; denn hätte man ohne viel Aufhebens die Werkstätten geschlossen und die Belegschaften entlassen. Nachdem die Werkstättenarbeiter der Verwaltung diesen Befehl nicht taten, muß man ja schon so tun, als wenn man soziales Verständnis entwickeln wollte.

Man bewilligt also den vom Abbau betroffenen Arbeitern ein Übergangsgeld, das bei verheirateten Arbeitern, die wenigstens 21 Jahre alt sind und wenigstens ein Jahr lang ununterbrochen bei der Verwaltung beschäftigt waren, die Lohnsumme für 12 Tage, und steigert dieses Übergangsgeld bis zum Lohnbetrage für 78 Tage bei solchen Arbeitern, die mindestens 30 Jahre ununterbrochen in den Diensten der Verwaltung standen. Da die Eisenbahn früher nur Leute einstellte, die ihre Militärdienstzeit abgedient hatten, kann man sich leicht ausrechnen, daß die mit dem höchsten Übergangsgeld bedachten Arbeiter fast alle das 55. Lebensjahr überschritten haben und infolge ihres Alters eine Stellung in der Industrie nicht mehr erhalten werden. Sie können also, nachdem das Übergangsgeld ausgezahlt ist, glatt verhungern.

Retürlich tut die Verwaltung so, als ob sie sich um die Unterbringung „besonders leistungsfähiger und bewährter Arbeiter, auf deren Beibehaltung aus sachlichen Gründen Wert zu legen ist“ den Kopf zerbricht, da sie verfügt, daß solche Leute „notigenfalls unter Entlassung weniger leistungsfähiger Arbeiter“ in andere Dienstzweige übergeführt werden können. Diese Leute haben dann aber da sie nicht zu den Belegschaften der aufgelösten Werkstätten gehören, keinen Anspruch auf das Übergangsgeld. Bei der Verpflanzung von Arbeitern haben die Betriebsräte natürlich kein Mitwirkungsrecht, da es sich um Schließung von Betrieben handelt. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß hier die Lücke ist, die Bedingung vor der Entlassung zu schützen.

Die Verwaltung macht in ihrem Erlass vom 26. Februar 1925 „besonders darauf aufmerksam, daß den Arbeitern bei den Entlassungen, die durch gänzliche, oder teilweise Stilllegung eines Betriebes erforderlich werden... ein Einspruchsrecht an das Arbeitsgericht

nicht zusteht“ sagt aber dennoch: „Sollte trotzdem ein Gewerbegericht... der Reichsbahn die Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigung auferlegen, so sind die Übergangsgelder auf die Entschädigung anzurechnen.“ Viel Vertrauen scheint die Verwaltung also in ihre soziale Einsicht und rechtliche Auslegung der BVB, selbst nicht zu legen.

Nachdem dieser neue Abbau der Werkstättenarbeiter im Gegenzug zu dem Wort des Staatssekretärs Bogi, nach welchem der Abbau erledigt war, beendet ist, will man erneut einen starken Anstoß bei dem Betriebspersonal vornehmen. Zu diesem Zwecke überführt man neuerdings große Teile betriebsdienlichfähiger Beamten aus dem Verkehr in den Betriebsdienst zu dem Zwecke, die hier diensttunenden Hilfsbeamten und Arbeiter entbehrlich zu machen und sie nach Beendigung der diesjährigen Reisezeit abzubauen. Dann wird der 16-Stundenweg der Eisenbahner wenigstens ausgenutzt.

Im Betriebe der Reichsbahn geht man, nachdem die Siemens und Konsorten im Verhandlungsrot sitzen, schweren Kämpfen entgegen, die nach dem von der Hauptverwaltung bewiesenen nicht guten Willen, ausgefochten werden müssen. Jedem Beamten und Arbeiter ist daher im eigenen Interesse dringend zu raten, sich schleunigst gewerkschaftlich zu organisieren, damit er in diesen Kämpfen nicht allein und wehrlos dasteht.

Streik der Töpfer.

Die Töpfer Berlins hatten durch ihre Organisation den Unternehmern die Forderung unterbreitet, die Löhne um 30 Proz. aufzubessern, den sehr im argen liegenden Arbeitsnachweis und die Lehrlingsangelegenheiten tariflich zu regeln. Bei den Verhandlungen ergab sich in bezug auf den Arbeitsnachweis Uebereinstimmung darüber, daß in dieser Woche noch die Satzungen dem Gesetz angepaßt werden. In der Lehrlingsfrage wollten sich die Unternehmer durchaus nicht dreinreden lassen; sie erklärten die Lehrlingsausbildung und -erziehung als ihre alleinige Angelegenheit. Den Lohn wollte man von 1,15 M. auf 1,25 M. für die Stunde erhöhen. Eine Neuregelung des Akkordtarifs wurde abgelehnt. Da auch in den fortgesetzten Verhandlungen die Unternehmer auf ihrem Vorstoß bestehen blieben, wurde schließlich der Schlichtungsausschuß angewiesen, der unter Vorbehalt des Gewerberat's Hörner folgenden Spruch fällte: Der Lohn beträgt ab 1. April 1,25 M.; der Akkordtarif wird von 105 auf 113 Proz. erhöht, die Lehrlingsfrage an die Parteien zurückverwiesen.

In einer Versammlung der Töpfer berichtete gestern abend Kemnik vom Bauernbundes über das Ergebnis. Er teilte mit, daß die Lohnkommission den Spruch sofort abgelehnt hat und daß sie im Einverständnis mit der Verbandsbezirksleitung den Streik empfiehlt. In geheimer Abstimmung wurde der Streik gegen wenige Stimmen beschlossen. Den Unternehmern werden nach der Arbeitsniederlegung folgende Forderungen unterbreitet werden: Lohn 1,40 M., Akkordtarif 140 Proz., Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises, unschriftliche Anerkennung dieser Forderungen bis zum 1. Juli. Die Streikenden, die Mitglieder des Bauernbundes sind, müssen sich heute, Mittwoch, früh 10 Uhr, im Restaurant Lehmann, Engelwer Ede Adolfsstr. 10 melden.

Der Tapeziererstreik geht weiter.

Am Montag nahmen die Vertrauensleute den Situationsbericht der Streikleitung entgegen. Nachdem alle von den Unternehmern gemachten Versuche, die Arbeiten der Streikenden durch Kleinmeister, durch Heranziehen von Streikbrechern von auswärtig, durch Vergeben der Arbeiten nach auswärtig usw. nichts genützt haben, mehrten sich die Versuche der bestreikten Firmen, namentlich der größeren, mit den Streikenden zu verhandeln. Dabei zeigt sich immer deutlicher, daß die Unternehmer sehr schlecht beraten worden sind. Es möchte sich daher notwendig, auch unsererseits nachmals, die Ursachen des Streiks richtigstellen.

Die Unternehmer machen in ihren Angaben den Streikenden gegenüber so widersprechende Angaben, daß nochmals festgestellt werden muß, daß der Streik durch das ablehnende Verhalten der Unternehmer, mit uns zu verhandeln, entstanden ist. Die Angabe, daß die Forderungen noch nie Dogmatisches darstellen, ist falsch. Wegen den alten am 15. August 1923 abgelaufenen Tarifvertrages ist eine Erhöhung der Ferien (die bisher von drei Tagen nach einem halben Jahr stiegen auf sieben Tage nach vier Jahren) gefordert worden von vier Tagen nach einem halben Jahr, steigend auf 12 Tage nach drei Jahren. Spielen, die lange vor dem Kriege in festen Beträgen für Arbeiten außer dem Hause gezahlt wurden, sollen mit 15 Proz. festgesetzt werden. Akkordarbeit, bei der bis jetzt der Mindestlohn garantiert war, soll in vernünftiger Weise ge-

regelt werden. Da bisher noch immer jeder Arbeiter das Werkzeug selbst kaufen muß, wird verlangt, dem Arbeiter das Werkzeug zu liefern. Anerkennung der Vertrauensleute neben den Betriebsräten und die Lehrlingsfrage bilden den Schluß. Dabei sei betont, daß die letztere Frage ein Tarifbestandteil war und von den Unternehmern 1922 aus dem Tarif gestrichen worden ist.

Das sind die Forderungen der Tapezierer, und man darf wohl behaupten, daß selbst in Verbindung mit der Lohnforderung von 1,20 M. Mindestlohn für ältere Gesellen diese berechtigten Forderungen in keiner Weise das Verhalten der Unternehmer rechtfertigen lassen, durch Ablehnung jeder Verhandlung den Streik zu provozieren. Es sei festgestellt, daß selbst nach dem Streikbeschluss die Arbeiter einen Vermittlungsvorschlag in den Betrieben machten, den alten Tarif anzuerkennen, was von den Unternehmern nicht aufgezogen wurde.

Von den Arbeitern ist also alles geschehen, um Verhandlungen vor dem Streik zustande zu bringen. Die Herren werden sich wohl oder übel eines besseren besinnen und die Organisation der Arbeiter als mitbestimmend für die Arbeitsbedingungen anerkennen müssen. Noch nie konnten sich die Unternehmer entschließen, einen Tarifvertrag ohne Streik abzuschließen. Die Streikenden wissen das sehr genau. Die Diskussion, an der sich alle maßgebenden Betriebe beteiligten, zeigte, daß es keine andere Lösung gibt als auszuhalten, bis der Starrsinn der Unternehmerratskommission gebrochen ist. Eine Abstimmung brachte einstimmiges Vertrauen für die Streikleitung und ihre Tätigkeit zum Ausdruck.

Verkehrsstreik in Hamburg.

Hamburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Hoch- und Straßenbahnen haben am Dienstag in Urabstimmung zum Schiedsspruch der Schlichterkammer, der unter Beibehaltung der neunstündigen Arbeitszeit auf ein Jahr eine Lohnerhöhung um 3 Proz. pro Stunde opricht, Stellung genommen. Die Gegenforderung war die Wiedereinführung des Achtstundentages. Die Urabstimmung ergab Ablehnung des Schiedsspruchs mit 5767 gegen 411 Stimmen. Damit ist die erforderliche Dreiviertelmehrheit für Streik weit überschritten. Am Dienstagvormittag fanden auf Veranlassung von Bürgermeister Dr. Petersen neue Verhandlungen statt, bei denen sich die Arbeitshemer auf Anregung des Senatsvertritters zu einem Entgegenkommen in der Tarif- und Arbeitszeitsfrage bereit erklärten. Die Hochbahndirektion hielt aber an der neunstündigen Arbeitszeit fest. Am Dienstagabend beschloß die Vertrauensmännerversammlung, sofort Anweisungen für die Durchführung des Verkehrsstreiks zu geben. Der Streik legt am Mittwoch morgen ein. Das ablehnende Verhalten der Direktion hat infolgedessen scharfend gemerkt, als nicht nur der Hoch- und Straßenbahnverkehr und die Histerichiffahrt stillgelegt wird, sondern auch der Verkehr auf den Lungenharner und Walddörfer-Bahnen. Auch der Autobusverkehr wird eingestellt.

Lohnraub im Ruhrbergbau.

Bochum, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband veröffentlicht folgende Erklärung: Auf verschiedenen Zeichen des Ruhrgebietes sind von den Jeschenverwaltungen Bekanntmachungen für die Lokalarbeiter erlassen worden, in denen angekündigt wird, daß laut Vereinbarung der Tarifparteien für sieben verfahrens Schichten nur 6 1/2 Schichten bezahlt werden. Wir erklären dazu, daß eine derartige Vereinbarung zwischen den Tarifparteien nicht getroffen worden ist. Die Ankündigung einer solchen Bezahlung stellt vielmehr einen einseitigen willkürlichen Akt der Jeschenverwaltung dar, der im Ueberarbeiterschiedsspruch vom 3. Februar 1923 keine Stütze findet.

Abteilung, Stein- und Kalkträger des Bergewerksverbandes! Am Mittwoch, den 1. April, gleich nach Feierabend, findet im Hotel von Knack, Berlin SO., Abends 7 Uhr, eine sehr wichtige Versammlung aller Stein- und Kalkträger statt. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen über den Abschluss eines Akkordtarifvertrages. Wir ermahnen alle Träger und Bauarbeiter, die Stein- und Kalkträger, sowie die Helfer im Bergewerksverband organisiert sind, auf die Versammlung blausam zu kommen. Der Vorstand.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Schriftföhrer: Kultur Sekretariat Gewerkschaftsbewegung; J. Steiner; Korrespondent: Dr. John Göttschall; Zeitschriften- und Buchvertrieb: Köpcke & Co., Berlin; Druck: Verlags- und Buchdruckerei von Carl Ziemer & Co., Berlin; Druck: Verlags- und Buchdruckerei 2, Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikaufträge

Überlegt man nur dem Nachhaken des Deutschen Musiker-Verbandes Berlin O 37, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310), Geschäftszeit 9-5, Sonntag 10-2 Uhr. Auf Wunsch Bestellerbuch

Ad Israel

GEGR. 1815 · BERLIN O · SPANDAUERSTRASSE · KÖNIGSTRASSE

Vorteilhafte Angebote!

Möbelstoffe

- Gobelinstoff **5.40**
- Muster, 130 cm Mtr.
- Dekorationsstoff **5.25**
- Kunstseide, 130 cm Mtr.
- Rips **3.90**
- römisch gestreift, 130 cm breit Mtr.
- Moketteplüsch **9.25**
- klein gemustert, 130 cm breit... Mtr.
- Alpaka **2.75**
- in modern, Farben, 120 cm Mtr.

Möbelkretons

- Möbelkreton in flüchtigen Mustern **1.60**
- 80 cm Mtr., 130 cm Mtr. **2.50**
- Möbelsatin **1.80**
- 80 cm Mtr., 130 cm Mtr.
- Baumwollstoff **1.90**
- beut gemustert, 130 cm Mtr.
- Granit doppelseitig **3.60**
- bedruckt, 130 cm Mtr.
- Kissengarnitur **3.50**
- für Korbmöbel, 1 Sitz- u. 1 Lehnenkissen aus buntgemustertem Kreton
- Kissen **4.90**
- buntfarbig, handgemalt, m. Pflanzenfaserfüllung ca. 40x60 cm **3.90**

Deutsche Teppiche

- Marke Mossul Halbbares **35.-**
- Plüschgewebe, Amsterdamer 135x200 cm.
- 170x240 **51.-**
- 240x300 **76.-**
- 250x300 **110.-**
- 350x400 **160.-**
- Tournay-Velours **198.00**
- schwere, durchgewebte Qualität 200x300 cm.
- 250x300 **285.-**
- 300x400 **396.-**

Mottled-Vorleger

- 60x90 **3.90**
- 90x120 **9.75**

Gardinen und Vorhänge

- Halbvorhang **1.80**
- Etamine m. gew. Fries
- Halbvorhang m. handgearbeit. Fries **6.90**
- Halbvorhang mit Filet-antique Fries u. Spitze **9.75**
- Tüll-Garnitur **3.65**
- gewebt
- Etamine-Garnitur **3.90**
- mit gewebtem Zwischenatz

Velours-Teppiche

- vorzögl. Qualität, mit Franzen **52.-**
- 170x240 **75.-**
- 200x250 **112.-**
- 230x300 **170.-**
- Bettvorleger **12.-**
- Velours mit Franzen 80x120 cm.
- 80x150 **15.75**
- Axminster-Vorleger **12.90**
- besonders groß 67x150 cm.
- Tournay-Velours **33.00**
- schwere Qualität, 70x140 cm.

Etamine-Garnitur

- mit handgearbeit. antiken Motiven **14.75**
- Etamine-Garnitur **4.65**
- buntfarbig
- Madrasstoff **2.95**
- alt. franz. 120 cm Mtr.
- Tüll-Gardine **0.90**
- gewebt, 80 cm Mtr.
- Tüllstoff **1.40**
- kl. gemust. gute Qualität, Mtr.

Decken

- Diwandecke Gobelin-gewebe m. Franzen **21.50**
- 150x300 cm
- Diwandecke schwere Qualität mit Franzen **29.50**
- 150x300 cm
- Tischdecken Verdure oder Persermuster mit Franzen, 150x180 **14.75**
- Kochellein-Tischdecke **3.90**
- bunt bestickt, zum Aussehen Serie I **5.40**
- 130x150 **3.90**
- 160x180 **5.40**

Steppdecken

- Steppdecke auf beiden Seiten aus einfarb. Satin, Handarbeit, 90x200 **19.75**
- Steppdecke auf beiden Seiten aus schwarzem einfarb. Satin, 150x200 cm **24.-**
- Daunendecke auf beid. Seit. aus vorzögl. einfarb. Satin, mit weiß. Gänsedaunen gefüllt, 150x200 cm **92.-**
- Daunendecke aus buntgedrucktem Satin mit einfarb. Rückseite, 150x200 cm **94.-**

Fortsetzung des großen Konfektions-Verkaufs zu besonders vorteilhaften Preisen

Bettwäsche

- Deckbettbezug aus Linon zum Knöpfen **7.90**
- 130x200 cm
- Kissenbezug dazu passend, 80x80 cm **2.10**
- Laken aus Haustuch **4.75**
- 140x220 cm
- Laken aus Daulas **7.50**
- 160x245 cm
- Garnitur aus gestreiftem Satin, Deckbettbezug 130x200 **19.50**
- 2 Kissenbezüge 80x80 cm
- Garnitur aus Damast, 1 Deckbettbezug 130x200 cm, 2 Kissenbezüge 80x80 cm **21.-**
- Überschlaglaken Linon mit 3 Reihen Hohlsaum **11.25**
- 150x260 cm
- Kissenbezug dazu passend, 80x80 cm **3.90**
- Kissenbezug mit reich gestickt. Muster, 80x80 cm **3.50**

Rouleauxstoffe

- Doppelkörper creme **1.50**
- Breite 80 100 150 160 cm **1.90 2.50 3.60**
- Damast gold oder creme **1.85 2.20 3.00**
- Damast gold, creme, mode **2.25 2.80 3.80 4.75**
- Satin in vielen Farben, 60 cm breit **1.35**

Bettstellen

- Eisenbettstelle braun lackiert m. doppeltem Spiralfederboden, 80x185 cm **13.50**
- Eisenbettstelle weiß oder schwarz lackiert, Pfeilerstärke 33 mm stark, mit Patent-Matratze 80x120 **19.-**
- 185 cm **22.-**
- Kinder-Bettstelle Eisen, weiß lackiert, 1 Seite abklappbar, 70x140 cm **19.50**
- Wäsche- u. Kleiderschrank weiß lackiert, Japanlack, Breite 100 cm, Höhe ca. 200 cm **90.-**
- Breite 120 cm, Höhe ca. 200 cm **100.-**
- Bettfedern und Daunen **100.-**
- Nur gut gereinigte Qualitäten besonders preiswert

Wäschestoffe

- für Leib- und Bettwäsche
- Wäschetuch **0.65**
- 80 cm Mtr.
- Hemdentuch **0.75**
- starkfädig, 80 cm Mtr.
- Batist-Madapolam **0.85**
- 80 cm breit
- Mako-Batist **1.05**
- echt ägyptische Baumwolle, 80 cm breit
- Linon starkfädig **1.45**
- 80 cm 130 cm Mtr. **0.85**
- 140 cm Mtr. **1.65**
- Haustuch für Laken **1.65**
- 140 cm breit

Besonderes Möbel-Haus Vier Stockwerke Möbel Ständige Ausstellung eingerichteter Zimmer

Friedrich-Ebert-Straße in Berlin.

Die Stadtverordnetenversammlung zur Erhöhung der Magistratsgehälter.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer gestrigen Sitzung unter anderem Stellung zu nehmen zu dem aus dem Ausschuss zurückkommenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der zur Erinnerung an den verstorbenen Reichspräsidenten eine Friedrich-Ebert-Straße für Berlin vorschlägt. Ein Beschluss wurde noch nicht gefasst (gestern wurden alle wichtigen Beschlussfassungen auf die nächste Sitzung verschoben), aber die meisten Fraktionen gaben zustimmende Erklärungen ab. Daß die Kommunisten ablehnen würden, war vorauszusehen und verstand sich von selbst. Vielleicht kann man nächstens mit dem Vorschlag einer „Moskowitzerstraße“ ihren Beifall erringen. Der andere sozialdemokratische Antrag, den vom Reichstagsgebäude bis zum Potsdamer Bahnhof führenden Strahenzug (Sommerstraße und Budapester Straße) zur Friedrich-Ebert-Straße zu machen, fand nicht allgemeine Unterstützung. Die rechtsstehenden Fraktionen möchten die Auswahl der Straße dem Magistrat überlassen, von dem sie wohl erwarten, daß er sich für eine an möglichst unauffälliger Stelle liegende Straße entscheiden wird. — In derselben Sitzung gab zur Erhöhung der Magistratsgehälter die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Heimann eine Erklärung ab, die ihre Zustimmung begründet. Es handelt sich in erster Linie um die unvermeidliche Erhöhung des Kammerergehälts, die automatisch zu einer Erhöhung auch der Gehälter des Oberbürgermeisters und des Syndikus führt. Die Fraktion wünscht im Interesse der Stadt einen Wechsel in der Besetzung des Kammererpostens vermeiden zu sehen. Ohne Erhöhung seines Gehalts will aber der Kammerer nicht in Berlin bleiben.

Die gestrige außerordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordneten eröffnete der Vorsteher Genosse Hoff kurz nach 6 Uhr mit einer Kundgebung der Trauer um die Opfer, welche der Einsturz der Pontonbrücke über die Oberweser unter den Mitgliedern der Reichswehr gefordert hat. Die Versammlung hörte die Beileids Worte des Vorstehers lebhaft an.

Ueber die Stellenpläne und Stellenveränderungen des Rechnungsjahres 1924 berichtete namens des Ausschusses für Besoldete Dr. Caspari (D. Sp.). Die Ausschussbeschlüsse wurden mit großer Mehrheit angenommen. — Dann setzte man die zweite Beratung des Antrags der Wirtschaftspartei fort, der sich gegen die „unlautere Konkurrenz“ der „Gemeinnützigen G. m. b. H.“ der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter richtet. Genosse Kayser: Die typischen Mittelstandsarbeiter treten immer wieder mit Forderungen und Anträgen auf, die den ausführenden Zweck verfolgen, das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung rückwärts zu drehen. Durch die Selbsthilfeorganisation, die sich die städtischen Bediensteten geschaffen haben, sehen die Kräfte ihre heiligsten Güter in Gefahr; der Magistrat soll einschreiten. Im Kriege und seit dem Kriege haben sich

zwischen Großhandel und Verbraucher eine Menge Zwischenglieder ohne jeden volkswirtschaftlichen Nutzen eingeschoben.

Die nur verdienen, viel verdienen wollen. Wenn man auch die Bedeutung des Handels voll anerkennt, so hat deshalb noch lange nicht jeder Händler das Recht auf einen besonderen obrigkeitlichen Schutz. Früher liefen die Mittelstandsarbeiter Sturm gegen den sozialistischen Magistrat, weil er den Mittelstand zerstöre; jetzt laufen sie Sturm aus demselben Grund auch gegen den bürgerlichen Magistrat! Die Einwände gegen die „Gemeinnützige G. m. b. H.“ bedürfen einer ersten Widerlegung nicht; wir lehnen den Antrag ab. Die Kellerräume, die der Magistrat der „Einkaufskommission“ überlassen hat, läßt er sich sehr gut bezahlen. Hieran schloß sich eine Aussprache. Die Abstimmung wird am Donnerstag erfolgen. — Es folgte die zweite Beratung der Anträge unserer Genossen, betr. die Umbenennung von Straßen und Plätzen und betr. die Benennung einer Verkehrsstraße als „Friedrich-Ebert-Straße“. Auch hier war Dr. Caspari (D. Sp.) Referent. Der Ausschuss hat den letzteren Antrag ohne

Debatte angenommen; im übrigen gehen seine Vorschläge dahin, den Magistrat zu ersuchen, Mittel für die dringlichsten Umbenennungen von Straßen und Plätzen in den Haushaltsplan 1925 einzustellen, weiter: mit der Oberpostdirektion in Berlin in Verbindung zu treten wecks Umorganisation und Anpassung der Postämter an die Einheitsgemeinde Berlin. Ferner spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß der Magistrat sowohl bei der Oberpostdirektion wie bei der Handelskammer eine Anfrage dahin richtet, ob es wünschenswert erscheint, die zahlreichen Straßen mit Doppelbenennung umzubenennen. —

Die Sozialdemokraten haben den weiteren Antrag eingebracht, die Budapester und Sommerstraße in Zukunft Friedrich-Ebert-Straße zu benennen.

Genosse Palkov: Auch Polizei und Post müssen ja ein Interesse daran haben, daß Doppelnamen verschwinden und unzweckmäßige Benennungen zu ändern. In unserem heutigen Antrage bedarf es wohl keiner Begründung; wir sind es unserem verstorbenen Reichspräsidenten schuldig, eine die Budapester und Sommerstraße vor. — Hildebrand (Dem.) trat dem Vorschlage Palkovs bei. — Ober (Komm.) lehnte natürlich diesen Antrag ab, während Hallensleben (D. Sp.) ebenfalls Bedenken dagegen hatte, die Budapester und die Sommerstraße zu einer „Friedrich-Ebert-Straße“ zusammenzuziehen. Anton Schmidt (Z.) stimmte dem Antrag zu. Genosse Löwy hob Hallensleben gegenüber hervor, daß die Einbeziehung der Sommerstraße wegen der unmittelbaren Nähe des Reichstages der Friedrich-Ebert-Straße auch eine politische Bedeutung gibt. — Die Abstimmung wurde ebenfalls auf Donnerstag verschoben. — Der Antrag unserer Genossen wegen

Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter (10prozentige Lohnzulage) kam ohne Aussprache zur Annahme. Der Magistrat soll bereits zugestimmt haben.

Zur Verhandlung gelangten ferner die Anträge unserer Gen. und der vereinigten Dem., Nat., D.Vp. und Wp. auf Erhöhung der Gehälter der leitenden Magistratsmitglieder. Der Haushaltsausschuss schlägt folgende Beschlusfassung vor: Die Versammlung entsendet die Gehälter der Magistratsmitglieder vom 1. April 1925 wie folgt festzusetzen: Oberbürgermeister Einzelgehalt V, sowie freie Dienstwohnung und Dienstauswandsentschädigung, Bürgermeister, Stadtkammer Einzelgehalt IV, Stadtsyndikus Einzelgehalt III, und ersucht den Magistrat, diesem Beschlusse beizutreten. Der Antrag Heimann, der nur das Kammerergehalt erhöhen wollte, soll damit als erledigt gelten. — In der Aussprache hierüber gab Genosse Heimann folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Fraktion ist der Überzeugung, daß es im Interesse der Stadt Berlin und ihrer Bevölkerung gelegen ist, einen Wechsel in der Besetzung des städtischen Kammerers zu vermeiden. Das ist ohne die im Ausschussantrag vorgesehenen Erhöhungen nicht möglich. Da ferner die Gehälter der Magistratsmitglieder in Berlin hinter den Gehältern anderer Groß- und Mittelstädte zurück stehen, zum Teil sehr erheblich, stimmt die sozialdemokratische Fraktion dem vorliegenden Antrag zu. — Gabel (Komm.) und Hildebrand von den drei U.S.P. protestierten gegen die Bevorzugung der „Prominenten“, während die Vertreter der übrigen Fraktionen dem Ausschussantrag zustimmten. Die namentliche Abstimmung wird am Donnerstag vorgenommen werden. —

Weiter begründete Vorschläge (Sp.) Anträge seiner Partei auf einheitliche Fernsprechtarife für Groß-Berlin und auf Ausdehnung des Stadtbahnjondertarifs auf die Berliner Außenbezirke; auch hier wurde die Abstimmung ausgesetzt. — Den Angriffen, die Dör (Komm.) gegen den Magistrat richtete, weil er bei der Vergabe der Wohnungen im Hause Friedrichstraße 129 reiche Leute begünstigt habe, trat Gen. Stadtrat Wuhly mit ausführlichem Material entgegen. Er kündigte zugleich den baldigen Eingang einer Vorlage an, die durch Inanspruchnahme der Haussteuer den Bau von Häusern bzw. die Erhellung von Wohnungen auch für mit Glaskütern nicht Geseignete ermöglichen soll.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Leere Fenster.

... Und des Himmels Wolken schauen hoch hinein! An diese bekannten Schillerschen Worte denkt man unwillkürlich, wenn man jetzt einen Gang durch die Straßen macht. Kaum ein Fenster, an dem man Gardinen sieht, überall können des Himmels Wolken hindurchsehen, können Mond und Sterne hineinsehen, überall greifen sie einemachen zum festlichen Empfang der Ostertage. Die Hausfrau, und sei ihr Hausstand auch noch so klein und ihre Wohnung auch noch so beschränkt, versäumt nicht die Pflicht, den Winter gewissermaßen aus der Wohnung zu kehren und Generalräuberung vorzunehmen. In diesem Jahre aber und vor diesem Osterfest ist man mit besonderem Eifer und in besonders großem Ausmaß überall bei der Osterreinigung am Werk. Als man im verflochtenen Jahre Ostern feierte, war die fürchterliche Zeit der Inflation noch nicht lange vorüber, man war noch unsicher, man wußte nicht, ob die Geldverhältnisse stabil bleiben würden und man fürchtete, die Geldentwertung würde noch einmal kommen. Die Hausfrauen und namentlich die tausende mit dem bleiernen und schmalen Geldbeutel, wagten nicht recht, Geld auszugeben für die Generalreinigung, die allerhand Anforderungen an das Portemonnaie stellt und so mancherlei Anschaffungen für die Wohnungsreinigung notwendig macht. Heute aber hat sich das alles wesentlich geändert. Man ist nicht mehr so zaghaft und zaudernd beim Einkauf und man riskiert wohl auch den Kauf von neuen Gardinen und Vorhängen, die längst schon „fällig“ waren und durch andere hätten ersetzt werden müssen. Und so ist jedes Haus, jede Wohnung und jede Familie fast in Aufregung und wie bei einem Umzug. Der brave Hausvater findet nichts am gewohnten Platz und verläßt, seine Schmeißelworte und Liebesworte auf den Lippen, die unwirklichen Räume.

Aber dieses allgemeine Großräubern vor Ostern hat auch noch eine andere und man möchte sagen soziale Bedeutung. Sehr viele Familien können sich heute keine Haushilfe leisten. Die Hausfrau macht alle Arbeiten selbst, und nur jetzt, da sich die Arbeiten häufen und überstürzen, nimmt man eine Hilfe. Die Reine-machfrauen haben alle Hände voll zu tun und können im Hinblick auf den höheren Verdienst nun auch mit freundlicheren Gedanken das Osterfest herannahen lassen.

Die neuen Fahrpreise auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn

Vom 1. April ab gelten auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen folgende Fahrpreise: Einzelfahrten: R.-Preisstufe 2. Klasse 25 Pf., 3. Klasse 15 Pf., 1. Stufe 30 und 20 Pf., 2. Stufe 45 und 30 Pf., 3. Stufe 60 und 40 Pf., 4. Stufe 75 und 50 Pf., 5. Stufe 90 und 60 Pf., 6. Stufe 1,05 M. und 70 Pf. usw. Monatskarten: R.-Preisstufe 2. Klasse 11 M., 3. Klasse 6,50 M., 1. Stufe 12 und 8 M., 2. Stufe 16 und 10,15 M., 3. Stufe 20,50 und 13,05 M., 4. Stufe 24 und 16 M., 5. Stufe 27 und 18 M., 6. Stufe 30 und 20 M. usw. Schülermonatskarten kosten die Hälfte. Teilmonatskarten (nur 3. Klasse): R.-Preisstufe 1,70 M., 1. Stufe 2,30 M., 2. Stufe 3 M., 3. Stufe 3,80 M., 4. Stufe 4,50 M., 5. Stufe 5,10 M., 6. Stufe 5,60 M. usw. Arbeiterwochenkarten: R.-Preisstufe 1,30 M., 1. Stufe 1,50 M., 2. Stufe 2 M., 3. Stufe 2,50 M., 4. Stufe 3 M., 5. Stufe 3,40 M., 6. Stufe 3,80 M. usw. Für Bahnsteigtarten sind 10 Pf., für Fahrradkarten 30 Pf. zu errichten.

Niedrige Mehl- und hohe Brotpreise.

Wer die Berichte über die Getreidepreise und über die Mehlpreise in den letzten Wochen verfolgt hat, wird wissen, daß in den letzten Tagen ein gewaltiger Preissturz auf dem Mehl- und Getreidemarkt stattgefunden hat. Man sollte meinen, daß die Bäcker die Gelegenheit benutzen müßten, um das Gewicht des Brotes, das bei der Steigerung der Getreide- und Mehlpreise sehr stark zusammengeschrumpft ist, wieder etwas zu vergrößern. Die Hausfrauen werden von dieser Gewichtserhöhung nichts gemerkt haben. Die Bäcker sind sehr schnell bei der Hand, das Gewicht des Brotes zu verfeinern, wenn der Preis in die Höhe schnell. Warum zögern sie, bei sinkenden Mehl- und Getreidepreisen das Brotpreisgewicht zu erhöhen? Sicherlich werden sie jetzt mit dem Hinweis kommen, daß sie noch Reservierte aus den Zeiten haben, als die Preise hoch standen. Dieser Hinweis wäre vollkommen abwegig. Denn in dem Augenblick, in dem die Preise von Mehl in die Höhe gingen, hatten die Meßler sicherlich auch Vorräte, die billiger waren.

„Er schlug mich nicht,“ erwiderte Anthony, „nannte bloß meine Mutter eine Scheuerfrau. Sie fallen immer über mich her, rufen mir „Betteljunge“, „Armenkind“ nach.“

„Verdammt Schweinerei!“ brummte Herr Dobb, seine Religion vergessend.

„An mir ist etwas,“ meinte Anthony, „das mich reizt, die Knaben zu töten, einerlei, was nachher aus mir wird. Und dieses Gefühl fürchte ich. Könnte ich einige der Buben ordentlich verprügeln, so wäre alles in Ordnung.“

Herr Dobb kratzte sich den Kopf. „Wärs du doch vor einem Jahr zu mir gekommen, mein Junge, ehe deine Tante mir das Verprechen abnahm, allabendlich vor dem Schlafengehen ein Kapitel aus der Bibel zu lesen.“ Er betrachtete Anthony mit forschendem, sachmännlichem Blick. „Du hast die Schultern dazu und auch der Nacken geht an. Für deine Größe besitzt du einen guten Griff. Nur die Brust müßte etwas breiter sein. In zwei Monaten könnte ich dich trainiert haben.“

„Die Bibel gebietet uns, zu kämpfen,“ warf Anthony ein. „Ja, wirklich,“ fuhr er fort, als Herr Dobb ihn ungläubig anstarrte. „Gott befahl Saul, alle Amalekiter zu töten. Und Gott lehrte auch David kämpfen; David selbst berichtet dies. Gott half ihm, Goliath zu besiegen.“

Frau Newt hatte mit Rücksicht auf Herrn Dobbs Alter die Lektüre des Neuen Testaments empfohlen, und der Ex-bogger hatte eben die Lehrbücher der Apostel durchstudiert.

„Bist du dessen ganz gewiß?“ fragte Herr Dobb. Anthony fand Kapitel und Vers und las sie vor.

„Erstaunlich!“ brummte Herr Dobb. „Hier hat man ja für sein Geld die Auswahl.“

Da nun Herr Dobbs Strupeln eingeschläfert waren, gab er sich Anthonys Training mit der Begeisterung eines Künstlers hin. Anthony versprach, nicht eher zu kämpfen, bis er Herrn Dobbs Erlaubnis hierzu habe, und erlaubte schweigend das Fegefeuer der Schule. Am letzten Tag der Ferien erklärte Herr Dobb, nun sei sein Schüler genügend ausgebildet, und schon am folgenden Morgen hoffte Anthony gar bald eine Gelegenheit zu finden, seinen Verfolger Tolsoner beizubringen. Zu seiner großen Enttäuschung brachte dieser Tag keinen Zwischenfall. Etlliche Spottworte wurden ihm an den Kopf geworfen, aber unglücklicherweise von Knaben, deren Jugend und Schwäche sie für Anthonys Zweck ungeeignet machte.

(Fortsetzung folgt.)

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Der Kapitän der zweiten Fußballmannschaft betastete Anthonys Beine, untersuchte dessen Lungenkraft und erklärte sich für befriedigt. Jarvis, einer der Brimamer, hielt eine Rede, die äußerst freundschaftlich gehalten war, wenn gleich sie an die Herablassung Gottes gegenüber einem hoffnungsvollen Waisenknecht gemahnte. Anthony wurde aufgefordert, ebenfalls eine Rede zu halten. Er war nie verlegen und würde es auch nie sein. Er erklärte, es freue ihn, in die dritte Klasse zu kommen, weil ihm Billy Saunders ausnehmend gefalle. Auch freue er sich darüber, daß Herr Williamson glaube, er würde ein guter Fußballspieler werden, denn er liebe Fußball und könne kaum erwarten, das Spiel zu lernen; er bitte Herrn Williamson, ihm dabei behilflich zu sein. Ferner erklärte er, es sei äußerst gültig von den Herren Jarvis, Horrocks und Andrews, einen so kleinen Knaben wie ihn zu beachten, und er hoffe, daß er, wenn er die Prima erreicht habe, ihnen gleichen würde. Er sei sehr stolz darauf, nun einer der St. Adys-Schüler zu sein, denn sicherlich sei dies die beste Schule der Welt, und es sei unendlich freundlich von Herrn Letteridge gewesen, ihm zu dem Freispieler zu verhelfen. Damit setzte er sich, und alle riefen „Bravo!“ und schlugen auf den Tisch. Herr Jarvis erklärte herablassend, die Rede sei für einen so jungen Menschen ganz gut gewesen.

„Machte ich meine Sache gut,“ erkundigte sich Anthony, als die anderen gegangen waren.

„Famos,“ erwiderte der junge Letteridge und legte den Arm um Anthonys Schulter. „Du hast jeden von ihnen ermahnt.“

„Ja, ich dachte, das würde ihnen gefallen.“

Doch entdeckte Anthony gar bald, daß es in der Schule nicht nur freundschaftliche Gefühle gebe. Irgendwie kam es an den Tag, daß er ein „Kurzgeschorener“ sei. Der Stifter hatte — vielleicht aus hygienischen Gründen — bestimmt, daß die zwölf Freischüler ihr Haar kurz geschoren tragen sollten. Mit der Zeit war diese Bestimmung vernachlässigt worden; der Name jedoch blieb. Gelangten die Kurzgeschorenen in die oberen Klassen, so wurden sie gebildet, in den unteren jedoch ward ihnen das Leben sauer gemacht. Anthony wurde „Bettelnabe“, „Armenkind“ genannt. In der Schulbank rückten die Knaben von ihm fort, auf dem Spielplatz kummerte sich keiner um ihn. Die Tatsache, daß er nicht lernte und die

Lehrer ihn gern hätten, schadete ihm noch mehr. Zuerst trat der junge Saunders für ihn ein, als er jedoch bemerkte, daß er hierdurch ebenfalls unbeliebt werde, gab er es auf, wälzte die Schuld auf Anthony ab.

„Es ist ja nicht nur, daß du ein Freischüler bist,“ erklärte er eines Tages, da er Anthony an einen stillen Ort hinter eine Wasserbütte gewinkt hatte. „Aber du hättest mir sagen müssen, daß deine Mutter Schneiderin ist.“

„Auch die Mutter des jungen Harrington ist Schneiderin,“ rechtfertigte sich Anthony.

„Ja aber sie hat eine große Wertstatt und stellt Nähmädchen an,“ erwiderte der junge Saunders. „Deine Mutter jedoch wohnt in Snellings Row und arbeitet selbst. Du hättest es mir sagen müssen, es war nicht fair von dir.“

Somit sein Gedächtnis zurückreichte, war Anthony immer wieder auf Dinge gestoßen, die er nicht verstand. Früher hatte er sich damit gequält, diesbezügliche Fragen gestellt, doch konnte er niemals eine befriedigende Antwort erhalten. Die Folge war, daß er sich unbewußt zu einem Philosophen entwickelte. Der kluge Reisende, der in ein fremdes Land gelangt, nimmt die dortigen Sitten an und versucht, ihnen die beste Seite abzugewinnen. Anthony begnügte sich auch diesmal mit einem: Es tut mir leid.

Eines Tages auf dem Spielplatz deutete ein Knabe mit dem Finger auf Anthony, der inmitten einer kleinen Gruppe dem Cricket zusah. „Seine Mutter arbeitet als Scheuerfrau!“ brüllte der Knabe.

Anthony betrachtete den Knaben ohne sichtlichern Jörn. Tatsächlich ging die Mutter an den Tagen, da sie keine Näharbeit hatte, als Scheuerfrau. Der Knabe war gut gewachsen, muskulös und etwa drei Zoll größer als Anthony.

„Wißt du ihn nicht verprügeln?“ fragte ein kleiner Knabe Anthony und grinste erwartungsvoll.

„Koch nicht,“ entgegnete Anthony und wandte von neuem seine Aufmerksamkeit dem Spiel zu. Der Onkel hatte einen alten Freund, der früher Borkämpfer gewesen war. Anthony wandte sich an ihn. Herr Dobb geriet dadurch in ein Dilemma; erschüttert durch Frau Newts Warnungen und Predigten hatte er sich in der letzten Zeit „bekehrt“ und besah nun ein kleines Gasthaus in einem der vielen Bergwerkdörfer, die die Nachbarschaft von Millsborough bildeten.

„Es ist gegen die heilige Schrift,“ erklärte er, „Kämpfen ist eine Sünde; Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, so halte ihm auch die andere hin.“ Das hast du nicht versucht, nicht wahr?“

Die Katastrophe an der Oberweser.

50 Reichswehrjoldaten wahrscheinlich ertrunken.

Die Ursache des schrecklichen Unglücks, das sich am Dienstag vormittag zwischen Vellheim und Hausberg (Kreis Minden) an der Unterweser beim Ueberfahren von Reichswehrtruppen über eine Pontonbrücke zugetragen hat, ist noch nicht festgestellt. Wenn auch die ausföhrlich genaunte Zahl von 100 Toten glöcklicherweise nicht erreicht ist, so muß man doch nach den letzten Meldungen über damit rechnen, daß etwa 50 Reichswehrjoldaten den Tod in den Wellen der Weser gefunden haben. Dieses nationale Unglück trifft das gesamte Volk um so stärker und wirkt um so erschütternder, als bisher niemand daran gedacht hat, daß bei militärischen Uebungen im Frieden das Eintreten einer dergleichen unerhörten Katastrophe überhaupt möglich ist. Neben dem Tode noch Vermißten und der Sorge um die erkrankten Soldaten und die Hinterbliebenen wird es vornehmste Aufgabe bleiben, eine schnelle Aufklärung über ein etwaiges Verschulden zu schaffen. Der Reichswehrminister hat den Inspektor des Pionierwesens, Generalmajor Ludwig, zur Untersuchung des Unglücksfalles nach Vellheim bei Minden entsandt. — Bis zum späten Abend sind fünf ertrunkene Reichswehrjoldaten geborgen worden. Nach den bisherigen Feststellungen werden noch 46 bis 50 Leute vermißt, von denen anscheinend der größte Teil ertrunken ist. Besondere Kommandos suchen beide Flußufer ab.

Während und nach der Katastrophe.

Für den gestrigen Dienstag war im Bereich der 6. Reichswehrdivision eine eintägige Uebung in der Gegend des Weserhörens und der Borta Westfalica angelegt worden, an der die Ausbildungsbataillone der Reichswehregimenter 16 (Osnaabrück) und 18 (Detmold), ferner zwei weitere Infanteriebataillone, Artillerie, Kanallerie, Pionier- und Kraftfahrformationen dieser Division teilnahmen. Im Rahmen dieser Uebung war für den Vormittag des gestrigen Tages ein

Truppenübergang über die Weser zwischen Vellheim und Hausberg.

also über den zwischen den Bahnhöfen Minden—Köln und Hameln—Röhne liegenden Teil des Flußlaufes befohlen. Zu diesem Zweck wurde aber nicht eine Pontonbrücke geschlagen, sondern wurden aus Pontons und Bohlensbelag einzelne Fähren gebaut, die bis zu 100 Mann aufnehmen konnten und mit Hilfe der Ruder auf das jenseitige Ufer gebracht werden sollten. Der Uebung bei dem Flußübergang wohnte der Kommandeur der 6. Division Generalleutnant Freiherr v. Ledebour mit seinem Stabe bei. Das militärische Schauspiel hatte viele Neugierige aus Minden und Bielefeld angezogen. Der Flußübergang vollzog sich zunächst programmäßig. Fähre auf Fähre setzte hinüber, bis plötzlich sich die Katastrophe ereignete.

Eine vollbesetzte Fähre war gerade in der Mitte des Stromes angelangt, als plötzlich mit lautem Krach das Fahrzeug auseinanderbrach.

Im nächsten Augenblick kämpften die 100 Infanteristen, die sich auf dieser Fähre befanden hatten, unter den Entsehungsschreien der am Ufer versammelten Zuschauer mit den Fluten der Weser, die an dieser Stelle sehr reißend ist und in der Mitte des Flußlaufes eine ungefähre Tiefe von drei Metern aufweist. In größter Eile wurden die noch am Ufer liegenden Pontons mit Rettungsmannschaften besetzt, um den durch das schwere, feldmarschmäßige Gepäck am Schwimmen verhin derten Soldaten zu Hilfe zu kommen. Einem Teil der ins Wasser Gestürzten gelang es, sich vom Tornister, Koppelzeug usw. zu befreien und schwimmend das Ufer zu erreichen. Andere wurden von den Rettungsmannschaften aus dem Wasser gezogen und an Land gebracht. Ein Teil der verunglückten Soldaten aber wurde von dem reißenden Strom mit fortgerissen und von dem schweren Gepäck in die

Weise befällig werden. Aufgabe der obersten Polizeibehörde ist es aber auch, dem Treiben der Hakenkreuzer schnell ein Ende zu bereiten und die Bürgerschaft energisch zu schützen.

Der entwertete Regierungszuschuß.

In die Zeit der trassesten Inflation führte gestern ein Beleidigungsprozeß vor dem Potsdamer Amtsgericht. Kläger war der Kaufmann Konstantin Bette aus Berlin, Beklagte die Herren Dr. Richard Richter und Rittmeister a. D. von Jech, früher Kolonie Rehbrücke bei Potsdam. Kläger war im Jahre 1923 Vertrauensmann und Bevollmächtigter der Anstifter in der Kolonie Rehbrücke. Die Beklagten haben nun in einem Eisenbahnabteil auf der Fahrt von Rehbrücke nach Berlin gegen Bette den Vorwurf erhoben, daß er Siedlungsvoorshüsse der Regierung, welche er für die Siedler vom Gemeindevorsteher übernommen hatte, ungebührlich lange zurückgehalten habe. Beträge von 13 000 R. sollen, als sie in die Hände der Siedler gelangt waren, auf 25 R. entwertet gewesen sein. Die Beklagten widerholten vor Gericht den Vorwurf gegen den Kläger und führten mit Erfolg den Wahrheitsbeweis dafür durch. Demnach hat Bette den staatlichen Baukostenzuschuß sorglos in seiner Wohnung liegen lassen, ohne die Siedler in Kenntnis zu setzen. Der Vorsitzende machte dem Kläger daraufhin recht gründlich klar, daß er seine Pflichten als Vertrauensmann g r ö ß l i c h verletzt habe. Als das Geld von der Regierung ankam, hätte er nicht nur die Siedler benachrichtigen, sondern ihnen das Geld in die Wohnung bringen müssen. Den Beklagten wurden berechnigte Interessen zugesprochen und ihre Freisprechung erfolgte auf Kosten des Klägers.

Ordnung am Schlesiſchen Bahnhof.

Wie innerlich waren die Zustände in den Straßen um den Schlesiſchen Bahnhof bereits Gegenstand von Ermüdungen um Bezirksamt Friedrichshagen. Ebenso war, und zwar von parteiischer Seite, eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag eingegangen. Wie der Amtliche Preussische Pressebericht nunmehr mit-

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 1. April.
— Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Für unsere jüngsten Hörer: Grimm: Frau Holle — Krausbar: Tausend-schönchen — Weytars: Wie das Wieselchen gefangen ist — Sim-rock: Lustige Reime. (Die Funkprinzessin: Adele Prossler).
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40 Uhr abends: Magdalene Mulart: „Kindernot“. 7.15 Uhr abends: Einführung zum Sonderspiel. 7.30 Uhr abends: Sonderspielbahn. Abteilung: Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. XIII. Veranstaltung. „Alessandro Stradella“. Romantische Oper in drei Akten. Text von W. Friedrich. Musik von Friedrich von Flotow. Für den Rundfunk eingerichtet von Cornelis Bronsgeest. Dirigent: Selmar Meyrowitz. Alessandro Stradella, ein Sänger: Bernhard Bötel; Bassi, ein reicher Venezianer: Ernst Lehmann; Leonora, sein Mündel: Irene Eden; Barberino und Mal-volio, Banditen: Leo Schützendorf und Waldemar Henke; Schüler Stradellas, Masken, Diener, römische Landleute und Patrizier. Ort der Handlung: Im ersten Aufzuge Venedig, im zweiten und dritten Aufzuge Gegend bei Rom, drei Monate später. Zeit: Zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetter-dienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 Uhr abends: Ministerialrat Dr. Haentzschel: „Die Hauptfragen des deutschen Presserechts“. 4. Vortrag: „Der verantwortliche Re-dakteur und die Reform des Reichspressengesetzes“, III. Teil (Schluß).

Sie haben trotzdem Gewichtserleichterungen von dem Tage des Steigens der Preise vorgenommen und nicht so lange gewartet, bis sie ihre billigen Vorkaufspreise aufgebraucht haben. Das Risiko des Steigens und Fallens der Wehpreise können doch nicht die Konsumenten tragen, sondern zum Risiko eines Verlustes müssen auch die-jenigen besteuern, die bei günstiger Konjunktur die Gewinne ein-streichen. Die Konsumenten können also fordern, daß dem Brot das Gewicht gegeben wird, das ihm auf Grund der gefallenen Weh-preise gegeben werden kann.

Der Mord in der Garage. Lodesurteil für den Täter.

In dem Prozeß gegen den Mörder des Bäcklers Hochhaus, den Automobilist Fritz Durstewitz, erkannten die Geschworenen auf schuldig wegen Mord. Das Gericht verurteilte darauf den Mörder zum Tode. Dem wegen Beihilfe zum Mord Mitangeklagten Kurt Müller konnte die Beihilfe nicht nachgewiesen werden. Er wurde aber wegen Nichtanzeige eines Mordverbrechens zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, wobei ihm 6 Monate Untersuchungshaft ange-rechnet wurden. Der Mörder nahm sein Urteil gleichmütig hin. Ueber den Verlauf des Prozesses ist folgendes nachzutragen:

Der zweite Angeklagte, der noch nicht ganz 20 Jahre alte Kurt Müller, erklärte sich für schuldig. Durstewitz habe immer phan-tastische Pläne und Neigung zu Abenteuer gehabt. Er sprach immer davon, wie man viel Geld bekommen könnte. So habe er auch oft den Plan, einen Wächter zu ermorden und ein Auto über die Grenze zu bringen, besprochen. Er, Müller, habe das aber nie ernst genommen. Es sei auch falsch, daß sie sich durch Handschlag zu der Tat verabredet hätten. Am 30. Sep-tember habe er Durstewitz bis zur Garage gebracht. Durstewitz habe wieder gesagt, daß er es ausführen werde. Er selbst habe das auch wieder nicht ernst genommen und sich nicht vorstellen können, wie man so etwas tun könne. Dann sei er auch ruhig nach Hause ge-gangen, während Durstewitz zur Arbeit in die Garage ging. Staats-anwaltschaftsrat Volz in hielt Durstewitz des Mordes für schuldig und beantragte gegen ihn die Todesstrafe sowie 3 Jahre Zuchthaus und bauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Dem zweiten Angeklagten, Kurt Müller, hielt der An-walgsvertreter für schuldig der Beihilfe zum Mord und zum Diebstahl und beantragte 4 Jahre 1 Monat Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Für Müller bestanden keine Verteidiger irgend-eine Mißhandlung an dem Verbrechen des Durstewitz und verlangten seine Freisprechung.

Tante und Nefte.

Vor kurzem hat das Gericht einen zwanzigjährigen jungen Menschen zu 6 Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. In seine traurige Kindheit und Jugend leuchtete die Güte einer einsamen Frau, seiner Tante, hinein. Nun steigt er in ihre Villa, um sie zu besuchen. Sie überreicht ihm bei der Diebstahlarbeit, er stürzt sich auf sie, hält ihr den Mund mit der Hand zu, sie wehrt sich mit Händen und Füßen, er schießt durch das Fenster davon. Wie wäre es aber geworden, wenn die Frau sein Opfer geworden wäre, wenn er, vielleicht aus Furcht vor Entdeckung, sie erwürgt hätte? Die ungewollten Folgen seiner Tat wären ihm zur Last gelegt worden, ganz so wie seinem Gegenstück, dem 19jährigen Roff Hug in Wien. Auch der war bei seiner Tante, der bekannten psychoanalytischen Schriftstellerin, eingestiegen, um sie zu besuchen. Eschredt durch die Hilferufe der aus dem Schlaf Aufgeschreckten, erwürgte er sie, ohne diese Möglichkeit vorher erwogen zu haben. Er erhielt von seinen Richtern zwölf Jahre Kerker.

Der Fall Hug beschäftigt die Presse Österreichs und Deutsch-lands. Aus verschiedenen Gründen verdient er auch wirklich besondere Erwähnung. Der kleine Roff Hug war nicht allein ein jüdischer Nefte, der seine Tante abgöttisch liebte, er diente ihr auch als Forschungsobjekt: sie spürte seinen von den Vorahren ererbten Trieben nach, beobachtete sein heimlich-selbstsames Spiel, zerlegte die Gedanken und Gefühle des Jungen und mag auf diese Weise so manches in ihm zur Bewußtheit gebracht haben, was sonst ruhig im Schoße des Unbewußten, gleichsam in schützender Hülle, weiter geschlummert hätte. Ob er, größer geworden, nicht etwa sich selbst in dem Bilde seiner Tante „Aus dem Seelenleben eines Kindes“ gelesen hat? Es ist aber leichter psychologische Tatsachen festzustellen, sie falsch oder richtig einzuschätzen, als zu erzielen. Dazu gehört mehr als das Sezier-messer der Psychoanalyse. Hier bedarf es der erziehenden Liebe, die in later Gleichmütigkeit zielstrebig und geduldig, im Kinde gesunde Hemmungen schafft und seine schöpferischen Kräfte weckt. Die Kunst der Erziehung war der Schriftstellerin, die vor Eltern und Erziehern über das Seelenleben der Kinder sprach, nicht gegeben. Als der etwa 11jährige Roff nach dem Tode seiner Mutter in das Haus seiner Tante kam, fand hier sein ererbtes Triebleben, sein Hang zum Bösen und Stehlen nicht die erforderliche Begrenzung. Je älter er wurde, desto schlimmer wurde es. Die Zuneigung der Tante verwandelte sich in Angst vor dem Reffen; die Anhänglichkeit des Reffen zur Tante in Haß gegen sie. Auf Anraten seines Vormundes, des Psychoanalytikers Dr. Sadger aus der Schule genommen, und aus dem Hause gestochen verlor er den letzten Halt. Am 9. September wurde die Frau sein Opfer.

Auch im Leben des neuerdings berühmten Hochkapitlers Dertel von Galoffstein spielt eine Tante eine verhängnisvolle Rolle. Die obelisse geisteschwache Frau zog in dem Knaben Dertel alle die Charaktereigenschaften groß, die später für seine verderbliche Laufbahn mitbestimmend wurden. Er durfte als Kind nach seiner eigenen Pflanze haben, wurde er so mit viel zu reichlichem Taschengelde versehen, daß er Mittel-punkt seiner Kameraden war; er konnte ausgiebig den Kasinospielen, und allzufröhlich hemmungslos seinem Triebleben nachgehen. So entwickelte er sich unter dem Zutun der Tante zum Hochkapitler. Affenliebe oder noch so gut gemeintes laites psychologisches Inter-esse können in gleicher Weise verhängnisvoll werden. Allen ver-derblichen, erzieherischen Liebe, die richtig Schotten und Licht zu ver-teilen versteht, nutzen dem Kinde. Und wie selten wird ihm doch diese zuteil.

Und nochmals Kaulsdorf.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Kaulsdorf, das schon bekannt ist als der Ort, wo die Hakenkreuz-jünglinge ungeführt ihr Weien treiben, war auch am Wahlsonntag wieder Schauplatz wilden Wahlbetrugs. So erlaubte sich unter anderen ein hakenkreuzbeschworener junger Mann, seines Zeichens Radikaler aus der Dorfstraße, unter den Augen der Polizei im amtlichen Wahllokal bei der Auszählung der Stimmen die Reichsfarben in geradezu unerhörter und ge-meiner Weise zu beschimpfen. Dem Drängen unserer Ge-nossen ist es zu danken, daß dieser Mann, der sich schon oft in geradezu robus-tischer Weise bei Angriffen auf Republikaner (hat er doch erst vor kurzem einen Eisenbahner bei hellem Tage auf offener Straße nieder-geschlagen und sich auch bei dem Angriff auf die Arbeiterjugend her-vorgetan) belästigt, festgesetzt wurde. Bezeichnend für die Ge-finnungslosigkeit dieser Kreise ist es, daß dieser Hakenkreuzler den feststellenden Beamten der Schutzpolizei in gar nicht wiederzugebender Weise beleidigte. In der Haltung der Kaulsdorfer Bevölkerung liegt es hauptsächlich, daß diese Bürgchen so dreist ihr Haupt erheben. Die Bevölke-rung Kaulsdorfs, die auch bei der letzten Wahl wieder erwies hat, daß sie in ihrer großen Mehrheit republikanisch ist, darf sich in Zukunft die Provokationen der Schwarz-Weiß-Roten nicht mehr gefallen lassen. Sie darf nicht dulden, daß die Republik, ihre Farben und ihre Einrichtungen von Reuten beschimpft werden, von denen ein ganz Teil erst wenige Jahre die Schulbank verlassen hat. Sie darf nicht dulden, daß Republikaner in der übelsten Art und

Tiefe gezogen, bevor Rettung gebracht werden konnte. In den Augenblicken der ersten Verwirrung war es nicht möglich, die Zahl der Vermißten sofort zu ermitteln. Erst durch einen Appell des an dem Unglück fast ausschließlich beteiligten Ausbildungs-bataillons des Infanterieregiments 18 konnte festgestellt werden, daß nur die Hälfte der 100 Mann starken Besatzung der verunglückten Fähre zur Stelle war, daß aber über den Verbleib der übrigen 50 noch Ungewißheit herrschte. Allerdings war zu berücksichtigen, daß viele Getretete von Zuschauern mit Autos und Fuhrwerken alsbald abtransportiert

worden sind, um ihnen möglichst schnell trockene Kleider zu verschaf-fen. Den ganzen Tag über waren die Kommandostellen damit be-schäftigt, durch Ordnungen und Meldungen in der Umgegend auf Geheßen und Dörfern Nachforschungen nach getreteten Soldaten anzustellen. Auf diese Weise konnte ermittelt werden, daß mehrere als vermißt gemeldete Infanteristen in den Garnisonlazaretten in Bielefeld (20 Kilometer von der Un-glücksstelle entfernt) und Minden untergebracht waren, so daß die Hoffnung gerechtfertigt ist, daß sich noch mehr Lieberlebende dieses Unglücks einfänden werden. Von den militärischen Stellen wurde alsbald der Reichswasserföhrung und die Strombauverwaltung in Minden benachrichtigt, die die Nachforschungen nach den verunglück-ten Soldaten ebenfalls aufnahmen. Die Rettungsarbeiten wurden von dem Divisionskommandeur persönlich geleitet. Zurzeit ist man bemüht, die genaue Anzahl und die Namen der Vermißten, unter denen sich auch ein Offizier der Kraftfahrabteilung 6 befindet, festzustellen.

Beileidsfundgebungen von Reich und Staat.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons hat an den Reichswehrminister folgendes Telegramm ge-richtet: Tief erschüttert über das schwere Unglück beim Weserübergang bei Vellheim spreche ich Ihnen und der Reichswehr meine herzlichste Teilnahme aus; zugleich bitte ich Sie, den Angehörigen der ver-unglückten Soldaten sowie dem betroffenen Truppenteile den Ausdruck meines aufrichtigen Beileids zu übermitteln. Ueber das Ergebnis der Untersuchung der Ursachen dieses Unglücks bitte ich Sie, mich auf dem laufenden zu halten.

Reichskanzler Dr. Luther hat an den Reichswehrmini-ster Dr. Gessler folgendes Telegramm gesandt: Tief erschüttert über-mittle ich Ihnen das aufrichtig empfundene Beileid der Reichsregie-rung zu dem schweren Unglücksfall an der Weser, durch den so zahl-reiche Angehörige der Wehrmacht in treuer Dienst- und Pflicht-erfüllung den Tod fanden. Ich bitte Sie, auch den Angehörigen der Verunglückten der Reichsregierung und mein aufrichtigstes Mit-gefühl auszusprechen. gez. Reichskanzler Dr. Luther.

Der preussische Ministerpräsident Marx hat dem Reichswehrminister das folgende Telegramm gesandt: Das furchtbare Unglück bei den Detmolder Truppenübungen, das eine so große Anzahl blühender junger Menschenleben gekostet hat, wird im ganzen Lande Erschütterung und Trauer hervorrufen. Im Namen des preussischen Staatsministeriums versichere ich Sie, Herr Reichs-wehrminister, der aufrichtigen Teilnahme an diesem Schicksalsschlag, der unsere Reichswehr betroffen hat.

In der heutigen Sitzung des preussischen Staats-rates, der zu einer neuen Tagung zusammengetreten war, sprach der Vorsitzende Dr. Adenauer vor Eintritt in die Tagesordnung den Hinterbliebenen der in der Weser ertrunkenen Soldaten das Mitgefühl des Staatsrats aus. Den ertrunkenen Soldaten werde ein ehrendes Andenken bemehrt bleiben.

teilt, weist der Minister des Innern in seiner Antwort auf diese Frage darauf hin, daß den Auswüchsen des Dirnenweizens im Osten Berlins durch Vermehrung der für die Umgegend des Schlesiſchen Bahnhofs zur Verfügung stehenden Beamtschaft und durch Ver-stärkung des Straßenendienstes energisch entgegengetreten worden ist. Dadurch wird namentlich den Zuständen in der Lange-strasse ein Ende gemacht werden. Die verdächtigen Gast- und Schankwirtschaften sowie die Hotels werden scharf beobachtet. Gegebenenfalls wird Abhilfe geschaffen werden durch vorläufige Schließung der Wirtschaften und Einleitung der Konfiskations-erziehung sowie durch Beschagnahme der Räumlichkeiten für Wohn-zwecke.

Offene Lehrstellen für Jugendliche.

Dem Berufsamt Berlin-Süd ist eine große Anzahl von Lehrstellen für die verschiedensten Berufe gemeldet, die aber bisher wegen Mangel an geeigneten Jugendlichen noch nicht besetzt werden konnten. Eltern, die für ihren Sohn eine Lehrstelle zum baldigen Eintritt noch nicht gefunden haben, wird geraten, möglichst umgehend das Berufsamt Süd in Anspruch zu nehmen. Beratungsstellen sind in der Hauptgeschäftsstelle: Reutßen, Thomastraße, Holzhaus: Montag, Mittwoch und Donnerstag von 10½ bis 2½ Uhr, Dienstag und Freitag von 2 bis 6 Uhr; in der Nebenstelle, Neue Jakobstraße 127: Montag und Donnerstag von 2 bis 6 Uhr; in der Nebenstelle Tempelhofer, Dorfstraße 17: Mit-twoch von 12 bis 3½ Uhr.

Auch in Wien Archiwdiebstähle des Dr. Haus.

Der Fall Haus ist noch lange nicht abgeschlossen. Vor ein-igen Tagen wurde in einer Wiener Bank in Gegenwart des Ber-liner Kriminalkommissars Treitin ein Safe geöffnet, der von Dr. Haus gemietet war und in dem 125 Schriftstücke, meist Hand-schriften aus dem 16., 17. und 18. Jahrhundert, gefunden wurden. Sie sollen in der Mehrzahl hohen Seltenheitswert besitzen. Soweit festgestellt werden konnte, stammt der größte Teil dieser beschlag-nahmten Schriftstücke aus dem Wiener Staatsarchiv. Dr. Haus hat im Jahre 1918 angeblich zu Studienzwecken in Wien ge-weilt. Der Schlüssel zu dem Safe war schon seinerzeit im Berliner Safe des Dr. Haus gefunden worden. Die Berliner Kriminal-polizei wußte aber nichts mit ihm anzufangen, bis sie von ihren Wiener Kollegen die Nachricht erhielt, daß auch in Wien ein Safe des Privatgelehrten aufgeföhrt worden sei.

Bei der Bannerweihe des Reichsbanners Charlottenburg, die am kommenden Sonntag stattfindet, wird der Begründer und Leiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Oberpräsident Genosse Hö-r-ling, Magdeburg, selbst die Festrede halten.

Die Betriebsräte des Reichsbahns finden am 7. und 8. Mai statt.

Zusammen-, Mitwen- und Balkenreiter! Große öffentliche Proben-veranstaltungen Mittwoch, den 1. April, nachm. 3 Uhr, in Altem Reih-then, Pulverstraße, Donnerstag, den 2. April, nachm. 2 Uhr, im Gemein-dehalla, Engländer 15, Donnerstag, den 2. April, nachm. 3 Uhr, in den Brodthallen des Offens, Kranfurter 48, Donnerstag, den 2. April, nachm. 4½ Uhr, in der Stadthalle, Gna. Klosterstraße, Freitag, den 3. April, nachm. 3 Uhr, in der Stadthalle, Turmstr. 89, Freitag, den 3. April, nachm. 5 Uhr, in den Oberbäumen, Währstr. 142, Freitag, den 3. April, nachm. 5 Uhr, im Seimendauer Gesellschaftshaus, Seimendauer-Strasse 41. Tagesordnung: Protest gegen die jetzige Regierung unter Berücksichtigung der Verhältnisse: Raltes, Robbe, Reichsstaabg. Karsten, Eisenbeiß. Zentralverband der Arbeitsschaffenden und Bienen.

Extra-Angebot



Weidensessel

Voll-Weide, mit breitem Wulst . . . 7.25

Sessel aus Naturrohr,

vollausgedüch., dicht. Rollenstuhl, wetterfest . . . 14.50

Wulststuhl Peddigrohr

mit Streifen, in guter Ausführung 9.85



Hocker Peddigrohr . . . 5.25

Hocker Hartholz, zusammenlegbar 0.95

Feldstuhl Sitzhöhe ca. 50 cm 0.75



Liegestuhl mit gutem Jutebezug 2.65

Liegestuhl mit gutem Jutebezug mit Armlehne 4.95

Liegestuhl mit Armlehne und Fußstütze 6.25

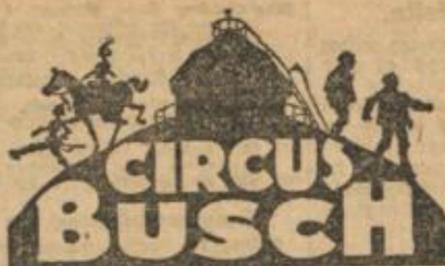
Holzbank zusammenlegbar . . . 8.75

Armlehnsessel Holz, zusammenlegbar . . . 5.75

Holzstuhl zusammenlegbar . . . 3.95

JANDORF

Beile-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr. Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str.



Mittwoch, den 1. April, 7 1/2 Uhr:

Gala-Premiere

DIE ERSTE GROSSE CIRCUS-REVUE
Kusch Kusch
3^u Busch

20 lustige Bilder aus 20 Alt- u. Neu-Berlin 20 von Adolf Sieinmann.

Musik von Franz Adam und Hermann Steff
Inszenierung: Adolf Sieinmann u. Georg Burkhardt-Footitt
Tänze: Richard Biigel und Hans Litzow.

Hauptdarsteller:

Heinrich Bötzel

der 72jähr. Ritter vom hohen „C“, der Senior der Weiden, als Gast, singt abendlich seinen

Postillon von Lonjumeau

Gertrud Seewald - Schälze a. G., die berühmte Hamburger Operetten-Diva
Anna Müller-Linbe a. U., die unverwundliche Berliner Typen
Fritz Beckmann, der witzigste Berliner Komiker
Hans Lipschütz als Klammotto-Edo
Max Toben, der Schreiber-Platz
Gräfin Käthe Szaray-Traute Tietz
Kenny Pless - Richard Grober

Besonders hervorzuheben:
Auf dem Alexanderplatz
Auf dem Mars
Das Fest der Venus
Auf der Circuskuppel

Gr. Gala-Vorstellung im Circus Busch
in Anwesenheit Sr. Maj. Herz L.
Ein auserlesenes
Circus-Sport-Programm
mit
100 Clowns in der Manege 100
Die Venus zu Pferde.

Hans Gilbert-Lützow
!! mit 24 berühmten Girls!!
Der Kongress der Denkmäler
Alt-Berlin an der Fischerbrücke
An der Jannowitzbrücke

Auf zur Baumbühne nach Werder
Familie Weckermeyer, Gesangsverein „Reuchnusten“,
Die Motor-Girls usw.

!! Circus unter Wasser!!
Das lustige Teufelsrad in der Wasser-Manege!

Alles ruht und alles kracht
Alles schwimmt und alles lecht!

Parole:
Kusch Kusch
3^u Busch

Sprechmaschinen
Gelegenheitskauf!
Riesensposten!
Konzertapparate, trichterlos.
Nr. 4 5 7 9
M. 9, 6 11, - 13, - 1K-
Hörbuchapparate, echt Elche:
Nr. 11 12 14 16
M. 26, - 35, - 45, - 58, -
Schrankapparate, echt Elche:
Nr. 19 20 24 26
M. 89, - 110, - 128, - 160, -
Vollkommenste Wiedergabe
Platten wieder billig! 30 cm 1,50 M.
Schulz & Gundlach Berlin C.,
29 Mark echt Elche Münzstr. 17

Ziehung 1. Klasse schon 17. u. 18. April

Preuß. Staats-Lotterie
38 Millionen Rm.

Höchstgewinn auf ein Doppelloos:
2 Millionen Rm.

4 mal 500 000

2 mal 300 000

2 mal 200 000

10 mal 100 000

Los: Haupt 48, 1/2 24, 1/3 12, 1/4 6, 1/5 3 M.
Originallosse em fecht
St. Lotteriedeckungsamt
P. Raddatz & Co.
Leipziger Straße 122-123.

Postcheck-Konto Berlin 41 537

WALHALLA Theater

Weinbergsweg 19-20, a. Rosenthal. Tor
Fahr-Verbindungen:
Stadtbahn-Bahnhof Hötter - Untergundbahnhof
Schönhauser Tor - Straßenbahn-Linien: 1, 8, 11,
35, 36, 40, 41, 44, 29, 68, 1 & 99, 192

Täglich 7 1/2 Uhr Ab heute 7 1/2 Uhr

Ensemble-Gastspiel
des
Metropol-Theaters

mit dem größten
Operetten-Schlager der Saison

Gräfin Mariza

Musik von Emmerich Kálmán
in der Original-
Besetzung und Ausstattung

Lori Leux, Gustav Matzer, Elli Hoffmann
Paul Hofmann, Emil Hoffmann, Inge Dietrich
Max Hansen, Reinhold Pasch, Konrad Bradsky

Regie: Emil Hoffmann - Musikalische Leitung:
Arthur Hoffmann u. Hans Julius Salter.
Bisher über 200 Aufführungen!

Preise der Plätze:
Kleiner als Friedenspreise!!
Balken - 75 Parkett 2.50
Orchestra-Boxen 4.50

Garderobe 20 Pf. Programm 10 Pf.
Sämtliche Vergünstigungen aufgehoben.
Vorverkauf ab heute ununterbrochen
an der Theaterkasse.

Auf Teilzahlung!

Herren- und Damen-Garderobe
fertig und nach Maß

Herren-Anzüge | Damen-Mäntel
Paleots | Kostüme, Kleider
Gummimäntel | Blusen, Röcke
Kleinste Anzahlung / Geringste Abzahlung

Waren-Kredithaus „Groß-Berlin“
Neukölln, Berliner Str. 107 Eckhaus
Hermannplatz

Wann wird bei Anzahlung sofort ausbezahlt

Ziehung 1. Klasse am 17. u. 18. April
Preussische Staats-Lotterie

550 000 Lose, 195 000 Gewinne
im Gesamttrage von über
38 000 000 Reichsmark

Höchstgewinn:
2 Millionen Reichsmark

4 x 500 000 Reichsmark

2 x 300 000 Reichsmark

2 x 200 000 Reichsmark

10 x 100 000 Reichsmark
jedes dritte Los gewinnt.

Lospreise: 1/5 1/4 1/3 1/2 1 Doppellos
für die 1. Klasse 3,- 6,- 12,- 24,- 48,- R.-M.
für alle Klassen 15,- 30,- 60,- 120,- 240,- G.-M.
Los empfiehlt u. versendet auch unter Nachnahme die
staatl. Lotterie-Einnahme
Max Dombrowsky
Berlin S 14, Neue Jakobstr. 26
Fernruf Mor tzpl 14 528 - Postcheckkonto Berl 141 994

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Intermozzo
Opernhaus
am Königplatz
7 Uhr: Zar und
Zimmermann
Schauspielhaus
7 Uhr: Stiefel
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Charleys Tante

Gr. Volksoper
im Theat. d. Westend
7 1/2 Uhr:
Zar und
Zimmermann
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schneid-Wibel

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr:
Zum 128. Male
Die heilige Johanna
Kammerspiele
7 1/2 Uhr:
Sechs Personen
suchen
einen Autor
Die Komödie
Karlstadt 104/107
8 Uhr:
Der Krampus

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die
versunk. Glocke
Deuts. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Zar und
Zimmermann
Metropol-Theater
8 Uhr: Tausend
und 666 Beischend

Th. in Kommand. Str.
Täglich 8 Uhr
USCHI
von Jean Gilbert
Deutsch. Künstlerbühne
8 Uhr:
„Riquette“
Operette von Oscar Straus
Lustspielhaus
8 Uhr: Goldstücke
D. wahre Jakob
Operettenhaus
am Theaterplatz
8 Uhr:
Der blöde Traum

Waller-Theater
7 1/2 Uhr:
Romeo u. Julia
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Graupenmüller

Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr
BUNBURG
Vetto, Ehaer,
Kassner
Th. in Th.
8 Uhr:
Der blonde Engel

Ufa-Palast
am Zoo
7 und 9 Uhr:
Wege zu Kraft
und Schönheit
Vorverkauf
11-2 Uhr

Kleines Th.
Tägl. 8 Uhr:
Leop. Konstantin
in
Die Großfürstin
und der Zimmerkellner
Th. i. Admiralspalast
Nur 2 Tage
Heute u. morgen
8 Uhr:
Karsavina
tanzt

Romische Oper
8 U. Dir: James Klein 8 U.
Ueber
200 mal
Der Sensationserfolg d.
Berliner Theaterlebens
Die gewaltigste aller
Revueen:

Das hat die Welt
noch nicht geseh'n
Ueber 100 Mitwirkende:
Wiederauftreten:
Br. Kastner, P. Westermoler
Lotte Werkmeister, H. Gorina
Spanische Tanztruppen
Französ. Tanzpaare usw.
Herabgesetzte Preise!

Parkett 6 Mk.
Sonntags 3 1/2 U. halbe Preise
Jed. Erwachsene 1 Kind
frei!

Theater am Kottbuser Tor
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elle - Sänger.
Kolosales April-Programm
Schlager auf Schlager.
Volkstümliche Preise.

Apollo-Theater
8 U. Dir: James Klein 8 U.
Die Nächte v. Paris
Gr. Ausstattungsoperette
Ueber 100 Mitwirkende
Preise 2 bis 10 Mk.
Vorverk. ununterbr. geöffnet

Reichshallen-Theater
Allabendl. 8 U. u. Sonntagsnachm. 3 Uhr
Stellener Sänger
Neu! Sport-Müller Neu!
Nachm. halbe Preise, volles Pro. f.
Dönhoff-Brett!
Das Lenz-Programm!
Ant. 7 1/2 U. Sonnt. 3 1/2 U.

WINTERGARTEN
das führende Variété
bringt im April-Spielplan
Höchstenleistungen artist. Kunst
Enrico Basselli sowie
10 erstklass. Neudeuten 10
Rauschen desiatet!

Trabrennen
Mariendorf
Mittwoch, den 1. April
nachmittags 2 Uhr

Auf Teilzahlung
Bett- und Leibwäsche, Inlette, Gardi-
nen, Teppiche, Stopp-, Bett- und
Divandecken, Strickwesten usw.
gegen
kleine Anzahlung
und bequeme Teilzahlung
von 1 M. die Woche an
Ware wird sofort ausbezahlt
Waren-Credithaus
M. Nagoschiner
Neukölln, Schönstedtstraße 9
in der Kaiser-Friedrich-Str. 6

A. Beheim - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatbank
(Inh. F. Egner)
Neukölln, Anmeldung, Gunglhoferstr. 1
und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
Leihgänge. - Fernspr.: Neukölln 1063

Die Renten in der Unfallversicherung.

Sozialpolitische Aussprache im Reichstag.

Präsident Loh eröffnete die gestrige Reichstags-Sitzung mit der Mitteilung vom Ableben des Abg. Horn (Soz.). Er hebt hervor, daß der Verstorbene aus dem Remelände stammte, das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges vom Reiche losgerissen ist. Neu eingetreten in das Haus ist Landrat Bülow-Stettin (Soz.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes über Änderungen in der Unfallversicherung.

Staatssekretär Gehl leitet die Verhandlungen ein. Es handelt sich in der Hauptsache um einen Ausbau der Leistungen. Besonders die Sachleistungen werden in den Vordergrund gestellt, der Unfallschutz wird verstärkt, die Berufsfürsorge ausgedehnt, die Wiederverwendung des Verletzten in die Wege geleitet. Auch vorbeugende Maßnahmen werden getroffen. Der Entwurf beseitigt das Zulagenwesen und stellt die alten Renten am Reichsmarkt um. Unberührt läßt der Entwurf den bisherigen Umfang der Versicherung. Diese Frage soll ein besonderer Entwurf, der dem Reichstage bald zugehen wird, entscheiden.

Abg. Janschel (Soz.):

Seit vielen Jahren gehen die Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei dahin, den Arbeitern den vollen Schaden durch die Rente zu ersetzen. Nach dem Haftpflichtgesetz mußte beim Vorliegen einer Verschuldung auch der ganze Schaden vergütet werden. Die Unfallversicherung ist auch aus der Haftpflichtgesetzgebung abgeleitet worden, aber man hat damals nicht den vollen Schadenersatz übernommen. Damals wurde das Unfallversicherungsgesetz geschaffen, um die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei abwendig zu machen. Das ist allerdings nicht gelungen und erst der vorige Sonntag hat den Beweis erbracht, daß die Arbeiter fast zu unserer Partei fliehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotz aller Versprechungen hat man sich nicht dazu aufschwingen können, den vollen Ersatz des Schadens zu übernehmen. Damals hätte die deutsche Wirtschaft diese Aufgabe sehr wohl übernehmen können. Inzwischen sind aber durch die Inflation in der Unfallversicherung himmelstreichende Zustände geschaffen worden. Die Arbeiter, die bei ihrer Tätigkeit für die deutsche Wirtschaft die schwersten Schäden davontragen, beziehen nur lächerliche Renten. Der vorliegende Gesetzentwurf bietet wohl für einen Teil der Verletzten gewisse Verbesserungen, sie werden aber ausgewogen durch die Verschlechterungen für die minder Schwerverletzten. Der Herzenswunsch der Unternehmer, daß möglichst wenig Renten gezahlt werden, wird dadurch erfüllt, daß die Unfallschäden bis zu 20 Prozent überhaupt nicht entschädigt werden sollen. Das ist nicht Aufbau, sondern Abbau. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Redner zeigt an Beispielen aus dem Bergbau, wie die Arbeiter geschädigt werden, wenn sie durch einen Unfall eine weniger gut bezahlte Arbeit übernehmen müssen. Es wäre nur gerecht, daß der Lohnausfall durch eine erhöhte Rente wettgemacht wird. Jetzt sollen die Renten zu einem Drittel ganz ausfallen, zu einem Fünftel sollen die Rentenbezieher schlechter und nur der Rest aufgebessert werden. Wie will man damit die Anerkennung der schweren Arbeit der Arbeiter für die Wirtschaft in Verbindung bringen?

Die schwere Schädigung der Rentenbezieher soll sogar noch weiter gehen; es war geplant, die Renten bis zu 25 Prozent, ja sogar bis zu 30 Prozent zu beziffern.

Nun wird behauptet, daß man eine Steigerung der Erwerbsfähigkeit erzielen würde, wenn die kleinen Renten beseitigt werden. Aber gerade durch die Entziehung der Renten werden die Krankheitsziffern erhöht werden, besonders wenn keine Rücksicht auf die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit genommen wird. (Sehr wahr bei den Soz.)

Wir sind allerdings der Auffassung, daß der Kampf für die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter besser ist, als die beste Rente. Die Hauptsache bleibt die Vorbeugung von Unfällen. Aber wo durch das Prämienystem der Erfolg der Arbeit gesteigert wird, dort werden die Bedingungen für die Erhaltung der Gesundheit beseitigt. Es ist schlimm um einen Kulturstaat bestellt, wenn in dem Gesetzentwurf erst vorgeschrieben werden muß, der Unternehmer bei Unfällen für Führer zum Transport der Verletzten zu sorgen hat. (Sehr wahr bei den Soz.) Auch wir wünschen, daß die Berufsfürsorge zu einem festen Bestandteil der Unfallversicherung gemacht werde, aber unter den heutigen Umständen kann die Pflicht zur Berufsausbildung der Verletzten zu einem Fluche werden. Nur mit Hilfe der Versicherung kann sie ein wirklicher Fortschritt in der Fürsorge sein. Aber solange die Berufsausbildung die Möglichkeit gibt, die Renten zu kürzen und die Arbeiter auf die Straße zu setzen, ist sie alles eher als ein Fortschritt. Die entsprechenden Bestimmungen

müssen durch bessere ersetzt werden. Die Sozialdemokratie wird sich bestreben, im Ausschuss darauf hinzuwirken, daß wir unseren Ziel so nahe wie möglich kommen, damit der Arbeiter sich sagen kann: Du gehst zur Arbeit, Du willst im Interesse der Wirtschaft tätig sein, dann mußt Du aber auch erwarten, daß Du gegen allen Schaden geschützt bist. Der Arbeiter will nicht der Allgemeinheit zur Last fallen, er will ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft sein. Helfen Sie uns, das Gesetz so zu verbessern, wie wir es im Interesse der Arbeiter erstreben müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Andre (Z.) bedauert die wenig zustimmende Haltung des Vorredners. Durch die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung sei doch ein erheblicher Fortschritt erzielt worden. Die bisherigen schematischen Bestimmungen des bestehenden Gesetzes müßten verbessert werden. Der Redner wünscht die Einbeziehung der sogenannten versicherungsfreien Berufe in die Unfallversicherung. Die kleineren Renten müssen in ihrem früheren Umfang wieder hergestellt werden. Im allgemeinen ist die Vorlage eine gute Grundlage für weitere Verhandlungen.

Abg. Dr. Moldenhauer (Dsp.) bezeichnet den Entwurf als ein Zeichen des ernsten Strebens des Reichsarbeitsministeriums, den schwierigen Verhältnissen der Wirtschaft Rechnung zu tragen und die der Unfallversicherung aus der Inflationszeit noch anhaltenden Mängel zu beseitigen.

Abg. Ködel (Komm.) lehnt die Vorlage als völlig unzureichend ab.

Abg. Jiegler (Dem.) begrüßt besonders die neuen Vorschriften zur Unfallversicherung. Der Wegfall der sogenannten kleinen Renten sei nicht tragbar, sie müßten vielmehr ausgewertet werden. Bedenklich sei auch die Differenzierung des Jahresarbeitsverdienstes.

Die Vorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuss. In allen drei Lesungen angenommen wird ein von den Abgg. Dr. Beder-Hessen (Dsp.) und Dr. Lesemann (Dnat.) eingebrachter Gesetzentwurf, wonach die Vorschriften des Kapitalfluchtgesetzes und des Einkommensteuergesetzes bis zur Neuordnung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung, spätestens bis zum 30. Juni 1925, in Kraft bleiben.

Anträge aller Parteien, die die Steuerung der Not der stellenlosen Junglehrer und Junglehrerinnen betreffen, werden ohne Aussprache dem Bildungsausschuss überwiesen.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird das Handelsabkommen mit Guatemala.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen wird zur nochmaligen Beratung an den Rechtsausschuss zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. den Lehrgang der Grundschule. Das Haus wiederholt zunächst die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuss, bei der beifällig in der letzten Sitzung Beschlußunfähigkeit herbeigeführt wurde. Der Antrag wird abgelehnt.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen. Mittwoch 2 Uhr: Grundschulgesetz, Lichtspielzeit, keine Vorlagen. — Schluß 6.10 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Ausschuss des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung die Tagesordnungen für die nächsten Tage folgendermaßen in Aussicht genommen: Am Mittwoch sollen die dritte Lesung des Grundschulgesetzes, der Gesetzentwurf über die Rheinischfahrlapotenten und Anträge zum Lichtspielgesetz erledigt werden. Von Donnerstag bis Sonnabend wird sich das Haus mit dem Bericht des Rechtsausschusses über die Amnestiefragen, mit dem Haushalt der Reichspostverwaltung und mit den Anträgen zur Wohnungsfrage beschäftigen. Darauf tritt die schon angekündigte Pause in den Plenarsitzungen bis zum 28. April ein.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zur Besprechung der Sicherheitsfrage auf Donnerstag vormittag 10 Uhr einberufen worden.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Ruhrrentschädigungen tritt ebenfalls am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen. Der Kreditausschuss des Reichstages nimmt seine Verhandlungen erst nach Ostern wieder auf, und zwar am 15. April. Der Kreditausschuss des Landtags und der Preussische Untersuchungsausschuss für die Angelegenheiten der Landesbrandbriefanstalt werden gleichfalls erst nach den Osterferien sich wieder versammeln.

„Nationalgesinnte“ Zeugen in Magdeburg. Sie wissen von nichts, aber sie haben „vaterländische“ Pflichten.

Magdeburg, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Sitzung schloß mit der Vernehmung des Zeugen Hermann Lüdtke, „Nationalgesinnter“ Mitglied des Arbeiterschusses der Spandauer Werke. Er stellte die Behauptung auf, daß die SPD-Leute seines Betriebes ihre Bewilligungen aus der Lindenstraße in Berlin bekommen hätten. Der Schwerinwalde Eugen Lüdtke wird von der Verteidigung nach Magdeburg bemüht, um ihr ebenfalls zu bezeugen, daß Ebert in der Treptower Versammlung stark beschimpft und als Streikführer bezeichnet worden sei. Auch nach der Versammlung habe man allgemein über Ebert „hergezogen“. Sich selbst als Zeuge angeboten hat sich der Versicherungsinspektor Max Büttge aus der Müllerstraße in Berlin. Er ist ein Bekannter des Pfarrers Koch. Er weiß aus eigener Erfahrung gar nichts, sondern hat nur erzählen hören, was andere wissen wollten. Aber er habe es für seine „vaterländische“ Pflicht gehalten, dieses Gerücht weiterzugeben, weil man zur Klärung der Wahrheit beitragen müsse. Die Staatsanwaltschaft erklärt dann, nicht vor Donnerstag zu den neuen Beweisanträgen der Verteidigung Stellung nehmen zu können. Infolgedessen wurde die Verhandlung mittags gegen 12½ Uhr abgebrochen und auf Donnerstag vormittag vertagt.

Einen dieser „nationalgesinnten“ Zeugen knöpfte sich unser Danziger Parteiblatt vor. Von dort war ein gewisser Affeld nach Magdeburg gekommen, um zu bezeugen, daß Scheidemann im September 1917 in Danzig gesprochen habe, und zwar in einer Versammlung, zu der durch Handzettel eingeladen war. In dieser Versammlung habe er an den Friedensbedingungen von Breitenow Kritik geübt und erklärt, daß gegenüber den blutrünstigen Bedingungen der Deutschen der Krieg mit allen Mitteln zu Ende geführt werden müsse. Dazu seien vor allem die Rüstungsarbeiter auszurufen, die als letztes und wirkungsvollstes Mittel den Streik gebrauchen müßten. Er, der Zeuge, habe darauf den Zwischenruf „Schweierei“ gemacht, worüber ein großer Tumult entstanden sei.

In dieser „nationalgesinnten“ Zeugenansage schreibt die „Danziger Volksstimme“:

Scheidemann hat mit der Streikbewegung im Januar 1918 in Danzig nicht das geringste zu tun gehabt. Wie unwarhaft die Aussagen des deutschnationalen Zeugen Affeld sind, geht daraus hervor, daß Scheidemann weder 1918 noch 1917 in Danzig gewesen ist. Er war vielmehr am 1. September 1916 hier, wo er in einer Massenversammlung in der „Nistbahn“ in Ddra sprach. Eine eklatante Lüge ist die Behauptung dieses Zeugen, daß Scheidemann in dieser Versammlung zu einem Streik der Munitionsarbeiter gesehrt habe. In Wirklichkeit hat Scheidemann in dieser Versammlung gerade den Gedanken der Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung propagiert. Die Unterbrechungen seiner Rede kamen nicht von dem deutschnationalen Zeugen Affeld, sondern von den in der Versammlung anwesenden späteren unabhängigen Sozialisten und Kommunisten. Auch die bürgerliche Presse Danzigs, sogar nicht einmal das hiesige deutschnationale Organ, nahm gegen die Rede Scheidemanns Stellung, was doch sicherlich geschehen wäre, wenn Scheidemann in dem von dem deutschnationalen Kronzeugen angeführten Sinne gesprochen hätte. Im übrigen war diese Versammlung nicht heimlich durch Handzettel einberufen, wie es der ehrenwerte Herr Affeld darzustellen beliebt, sondern öffentlich durch Zeitungsanzeigen und Plakate. Sie war außerdem von der Kommandantur genehmigt.

Es genügt, hinzuzufügen, daß im September 1916 selbstverständlich von Verhandlungen in Breitenow noch gar keine Rede sein konnte. Was dieser „nationalgesinnte“ Affeld da unter seinem Eide in Magdeburg als Wahrheit ausspricht, steht auf derselben Höhe wie die Verteidigung, die mit dem Massenangebot solcher Zeugen Eindruck schinden will.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Volks-Frühbesuchungsverein Groß-Berlin, Bezirk 18 (Charlottenburg), Mittwoch, den 1. April, abends 8½ Uhr, Versammlung im Schiller-Neptunpark, Schillerstr. 3.
- Arbeiter-Klubverband, Gruppe Kordens, Bes. Mittwoch, 7½ Uhr, im Stadtbad, Gerichtstraße, Vortrag: „Das Gemeinwohlwahrheitsrecht“.
- Verband Volksgenossen, Ortsverein Berlin, Tennentstr., den 2. April, abends 8 Uhr, in der Schule, Hildstr. 9-11, Mütterlicher Versammlung, Erhellung aller Wesen ist notwendig.
- Vereinigung für Kultur und Erziehung, Berlin-Treptow, Freitag, den 3. April, abends 8 Uhr, im Festsaal der 6. Treptower Gemeindegemeinde, Hildstr. 9-11, Vortrag: „Das neue Bild in Haus und Schule“, Referent: Prof. Dr. Döcker, Eintritt frei.
- Schüler-Verein „Kühnheit“, Charlottenburg, Musikanten des Gemischten Chors jeden Freitag 8½ Uhr bei Grimm, Kallert-Str. 6, Sonntag, Freitag, Samstag und Sonntags werden noch aufgenommen. Sonntag, den 3. April, 7½ Uhr, außerordentliche Versammlung, Gahr mitkommen.



Servus

muss man benutzen zum Stiefel putzen



Rahm

MARGARINE

buttergleich

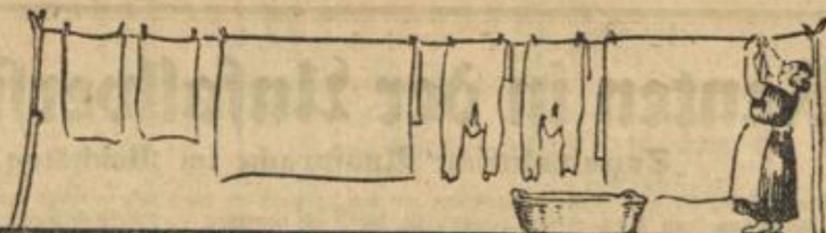
Feinste Nahrkraft! — Größte Sparkraft! Die Beste wahrhaft! ½ Pfd. nur 50 Pfg.

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung“ für liebe kleine Kinder.

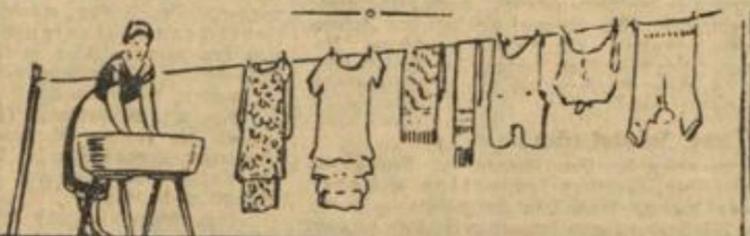
Zum
 Hausputz
 eingeführt

Persil



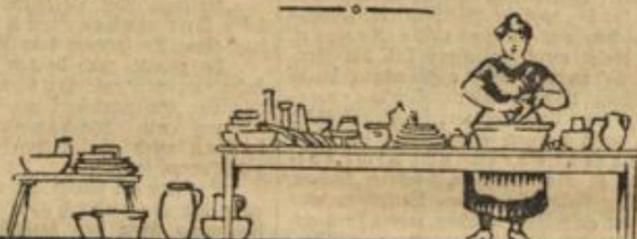
Für die Weisswäsche!

Sie kennen die großen Annehmlichkeiten, die Persil bietet: **In einmaligem Kochen** ist die Wäsche blütenweiß, duftig und frisch! Waschen Sie auch Ihre **Gardinen** nur mit Persil. Sie haben Freude an dem herrlichen Aussehen und an der appetitlichen Frische!



Für Wolle, Seide u. Buntsachen!

Säubern Sie diese Sachen in einfacher **kalter Lauge**. Sie brauchen kein Eingehen zu befürchten und kein Auslaufen der Farben. Jedes Stück, das klares Wasser verträgt, kann unbedenklich auch mit Persil behandelt werden!



Für Glas u. Porzellan!

Ob Kristall, Steingut, Marmor — immer haben Sie den besten Erfolg mit Persil! Die Reinigung ist leicht und angenehm: Persil löst selbsttätig allen Schmutz und läßt die Sachen in neuer Schönheit erstehen!



Für Holz u. Fliesen!

Stühle, Tische, Fensterrahmen, Wände, was es auch sei — Sie waschen die Teile nur mit warmer Lauge ab und spülen mit klarem Wasser nach. Ein angenehmeres Reinigen gibt es nicht als mit Persil!



Für Teppiche u. Läufer!

Teppiche, Fellvorlagen, Matten, alles läßt sich mit Persil säubern! Auf Wunsch erfolgt kostenlose Zusendung praktischer Anleitungen durch den Verlag Henkel & Cie. A.-G. Düsseldorf.

Persil ist das ideale Wasch- u. Reinigungsmittel
 vielseitigster Anwendungsmöglichkeit!

HENKEL & CIE. A.G. DÜSSELDORF

Zum Einweichen der Weißwäsche ist Henkel's Wasch- und Bleich-Soda unübertroffen; hervorragend geeignet auch für jeden Scheuerzweck.

Der Bundschuh und der Arme Konrad.

Von Franz Lauffötter.

Die steigende Bedrückung des deutschen Landvolks durch die geistlichen und weltlichen Grundherren im 15. Jahrh. erzeugte eine steigende Erbitterung. Wenn der Bauer sehen mußte, daß man ihm immer neue Lasten und Frondienste aufbürdete, daß man ihm die Gemeindefelder einfaß wegnahm und in den Besitz der Grundherren überführte, daß man seine Söhne zu landlosen Profetariern machte, die im Dienste des Grundherren fronden mußten, so ist es erklärlich, daß er sich dagegen innerlich und äußerlich empörte. Es kam zu zahllosen heftigen Zusammenstößen, bei denen der Bauer aber immer den kürzeren zog. Wenn er sein Recht bei den Gerichten suchte, so wurde er abgewiesen, legte er sich körperlich zur Wehr, so wurde er in den Bloß gesperrt oder in den Turm geworfen und seines Eigentums gewaltsam beraubt. Auf diese gewalttätigen, allen Rechts- und Moralbegriffen Hohn sprechende Weise sind Tausende von Bauern enteignet worden. Hier haben wir die erste Quelle des Großgrundbesitzes, der das Kapital Deutschlands ist, hier stoßen wir auf die Anfänge jenes himmelstreichenden Unrechts, auf dem die geistlichen und weltlichen Fürsten ihren Besitz an Ländereien aufgebaut haben. Die Vorfahren jener Herren, die noch heute Jehntausende von Morgen Land ihr eigen nennen, haben ihren Besitz durch Hinterlist und Betrug, durch Raub und Diebstahl, durch gemeine Verbrechen aller Art zusammengekauft.

Als die Bauern nirgends ihr Recht finden konnten, als sie erkannten, daß ihnen kein Herrgott und Kaiser helfen werde, blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu dem Mittel der Selbsthilfe zu greifen. In ihrer großen Not wandten sie jenes Mittel an, das geeignet ist jenen Menschen Hilfe und Rettung zu bringen, deren Einzelkraft versagt, die sich aus eigener Kraft nicht zu retten vermögen: sie gründeten Organisationen, das heißt sie suchten ihre zerplitterten Einzelkräfte zu jener Massenkraft zusammen, die sie auf ein gemeinsames Ziel, die Befreiung des Landvolks aus tiefer Not, richteten. Um das Jahr 1500 wird uns von bäuerlichen Organisationen berichtet, die den Kampf um Recht und Freiheit aufnahmen und planmäßig führten. Besonders handelt es sich um zwei Bauernbünde, den Bundschuh und den Armen Konrad.

Es lebte damals in Süddeutschland ein tüchtiger Mann, ein von seinem Hab und Gut vertriebener Bauer, der aus Liebe zu seinen Standesgenossen den Bundschuh ins Leben rief. Der Name dieser Vereinigung rührte davon her, daß die Bauern jener Zeit gebundene Schuhe trugen, im Gegensatz zu den Rittern, die lange Reiterstiefeln trugen. Deshalb führten die Bauern einen Bundschuh in ihrem Wappen, während die Ritter einen Reiterstiefel im Wappen hatten. Der Gründer dieses Bauernbundes hieß Joch Fritz, er wird von den Chronikenschreibern jener beweihten Tage als ein ungewöhnlich tüchtiger Mann geschildert. Nach alten Berichten, die wir über ihn haben, erscheint Joch Fritz als einer der hervorragendsten Agitatoren und Organisatoren aller Zeiten. Er verstand es in wunderbarer Weise, den Bauern ihre bedrückte Lage zu schildern, die Ungerechtigkeiten und Unbilden, die sie zu erleiden hatten, ins rechte Licht zu rücken, er verstand es, den Uebermut der Herren zu zerschlagen und der hoffnungslosen Verzweiflung der unterdrückten Bauern ergreifenden Ausdruck zu verleihen. Mit begeisterten Worten sprach er von den früheren, glücklicheren Zeiten des Bauernlandes, von jenen Tagen, als noch Recht und Gerechtigkeit auf Erden walteten, und er weckte in den Gemütern seiner Zuhörer, deren Augen leuchteten und deren Herzen pochten, eine glühende Sehnsucht nach einer helleren Zukunft. Er wies darauf hin, daß die Herren sich zusammengeschlossen hätten, um ihre Macht zu festigen, und er folgerte daraus, daß auch für die Bauern einzig und allein der Zusammenschluß eine Handhabe biete zur Befreiung aus Armut und Elend. Vorsichtig, in dunklen Andeutungen, machte er Mitteilung davon, daß sich bereits zahlreiche ehrliche, rechtliche Männer dem Bunde angeschlossen hätten. Wenn sie Beredsamkeit bewährten und das Geheimnis nicht verraten wollten, werde er die Anwesenden ebenfalls einweihen und in den Bund aufnehmen. Diese Aufnahme geschah, wie es stets bei Geheimbünden der Fall gewesen ist, unter geheimnisvollen Zeremonien. Der Sitz des Bundes war im Dorfe Wehen bei Freiburg im Breisgau, wo Joch Fritz seinen Wohnort hatte, die Gründung geschah im Jahre 1312 auf der Hartmatte, einer einsamen Waldwiese in der Nähe von Wehen. Die Verschworenen hielten geheime Abzeichen und Losungswörter, an denen sie sich erkannten. Neben dem Gründer des Bundes wirkte besonders ein Mann, der Stoffel aus Freiburg genannt wurde, der als Ritter hoch zu Koh erschien und überall Mitglieder für den Bund warb. So breitete sich der Bundschuh immer weiter aus, an allen Orten wurden Zweigvereine gegründet, auch arm ge-

Der fliegende Frosch.



Wenn einer, der mit Mühe kaum Schon meint, daß er ein Vogel wär —
Betroffen ist auf einen Baum,

So irrt sich der.

wordene Edelleute und frühere Kriegsteute traten dem Bunde bei. Es ist ein tiefer Zug in der menschlichen Natur, daß dort, wo sich Menschen zu gemeinsamen Zwecken zusammenschließen, das Bedürfnis aufsteigt, ein äußeres Symbol, ein Abzeichen oder eine Fahne, zu besitzen. Auch die Mitglieder des Bundes wollten eine Fahne haben. Trotz ihrer Armut brachten sie eine Summe Geldes zusammen, und Joch Fritz wurde beauftragt, die Fahne zu besorgen. Sie sollte als Symbol einen Bundschuh im weichen Felde tragen. Die Ausführung dieses Auftrags war nicht leicht, denn alle Kaiser, an die sich Joch Fritz wandte, weigerten sich, eine solche Fahne zu malen, weil das Gerücht von einem neu gegründeten „revolutionären“ Bunde bereits zu den Ohren der Obrigkeiten gedrungen war, die strenge Warnungen erteilen hatten. Zuletzt gelang es dennoch, einen Maler in Heilbronn unter allerlei fälschlichen Vorwänden zur Herstellung der gewünschten Fahne zu veranlassen. Hocherfreut eilte Joch Fritz mit der Bundesfahne, die er unter seinem Bruststück verborgen trug, nach Wehen zurück. Unterwegs bekam er die erschreckende Nachricht, daß der Geheimbund entdeckt und auseinander gesprengt sei. Die Mitglieder waren zu unvorsichtig gewesen, und so wurde das Geheimnis verraten. Die Obrigkeiten schritten sehr rasch ein: Die Häuser des Bundes, dessen es nicht gelang zu fliehen, wurden ergriffen und bingerichtet, einige wurden geistlich, andere mit der Art vom Leben zum Tode gebracht, andere wurden zum Schwerte „begnadigt“, die gemöhnlichen Mitglieder wurden an ihrem Verwunden bestraft. Aber selbst auf der Folter wahrten die Verschworenen ihr Geheimnis. Joch Fritz selbst entkam seinen Häschern und Henkern, er wurde flüchtig und laubfremd, bald hier, bald da tauchte er in den nächsten Jahren auf, bis er zuletzt im Dunkel des Schwarzwaldes verschwand, wo sich keine Spur verliert.

Damit war aber die Bewegung der Bauern noch nicht zu Ende. Im geheimen bestanden Splitter des Bundschuh weiter, die aber bald den Namen „Der arme Konrad“ führten. Die Herkunft dieser Bezeichnung ist umstritten, gemeinhin nimmt man an, daß ein Bauer namens Konrad, der durch seine drohenden Einfälle bekannt war, als Laupate des Bundes gestanden hat. Als im Jahre 1314 in Bücktenberg eine neue hohe Steuer ausgegraben wurde, hielt der Hauptmann des Bundes, Peter Gelsch aus Beutelspach, eine Versammlung auf freier Felde ab. Er zog mit dem Spaten einen Ring und forderte jeden, der die Steuer perweigern wollte, auf, in den

Ring zu treten. Es traten zweitausend Bauern und Bürger in den Ring und leisteten den Bundesseid. Unter den Mitgliedern befanden sich auch Amtspersonen und wohlhabende Leute. Die Zahl der Verschworenen, von denen viele bewaffnet waren, schwoll immer mehr an. Der Bauernhaufen, der von Bantelhans, einem früheren Kriegsmann, geführt wurde, rückte zunächst gegen die Stadt Schorndorf, ließ sich aber vom Herzog Ulrich besänftigen und zog wieder heimwärts. Da die Erregung der Bauern immer größer wurde, bielten sie bald hier, bald da Versammlungen ab, erhoben ihre Forderungen und drohten mit offenem Auffstand. Auch in den Städten garte es, und die Obrigkeiten hatten alle Hände voll zu tun, um die Gemüter zu beruhigen.

Die revolutionäre Bewegung des „Armen Konrad“ machte sich bald auch nach außen hin bemerkbar, aus einem Geheimbund wurde nunmehr ein offener Aufstand. Leider fehlte es an einem einheitlichen Plane und an einer einheitlichen Leitung, es herrschte eine bedauerliche Uneinigkeit und Zerplitterung unter den Bauern. Der Herzog Ulrich suchte vergebens, die vor der Stadt Schorndorf erschienenen Verschworenen, an die 7000 Bewaffneten, zu besänftigen, er wurde angegriffen und mußte sein Heil in der Flucht suchen. Die Herren und Obrigkeiten, denen die Bewegung allmählich über den Kopf zu wachsen drohte, verständigten sich untereinander und hielten zu einem entscheidenden Schloße aus. Auch die Städte legten die Unterstützung zu. Herzog Ulrich sammelte ein starkes Heer, zu dem Grafen, Adlde und Städte ihre Hilfstruppen schickten, der Kurfürst Ludwig von der Pfalz, der Markgraf Philipp von Baden, die Bischöfe von Konstanz und Würzburg sowie der Truchseß Georg von Haldenburg stießen mit ihren Reitern und Knappen zu dem Herzog. Das Heer der Herren war mit Geschütz ausgerüstet, während das Bauernheer noch mit Äxten und Sensen kämpfte. Nachdem man die Bauern durch Versprechungen und Scheinverträge wochenlang hingehalten und dadurch Zeitverloren in ihre Reihen getragen hatte, war es eine Leichtigkeit, die Bauern zu überwältigen. Das Bauernheer wurde auseinander gesprengt, die Führer verfielen der Rache der Sieger. Wie immer in den sozialen Kämpfen, legten auch hier die fliegenden Herren eine geradezu bestialische Grausamkeit an den Tag: mit Folter und Rad, mit Galgen und Schwert wurde die Ruhe wiederhergestellt. Eine beliebte Methode war, die gefangenen Bauern reihenweise in die Erde einzugraben und ihnen die Köpfe mit der Sense abzumähen.

Auf der Schwelle des Lebens.

Von Eugen Ickritow.

(Autorisierte Uebersetzung von Abels Sampert.)

Wanja verteidigte seinen Bruder, so gut er nur konnte. Es war aber schwer mit ihnen fertig zu werden, sie waren so viele, und er war allein. Und die Streitigkeiten im Hof über Aljoscha endigten immer mit Tränen. Wanja kam nach Hause mit totem, vor Tränen nassen Gesicht und tief schmerzhaften zur Mutter.

„Mutti! Sie sagen, daß Aljoscha nie... nie...“

„Sprich nicht mit ihnen!“

„Sie sagen, daß... Aljoscha hingerichtet wird... Ritterchen!... Sag mir, Sie lügen? Ja?“

Die Mutter beruhigte Wanja, aber wenn er zu weinen aufhörte und über Aljoscha zu fragen anfing, senkte sie wieder den Kopf und — Wanja fühlte es — verberg etwas in ihrem Herzen.

„Du sprichst nicht die Wahrheit... Und sagst doch, man darf nicht lügen...“

Eines Abends sah Wanja, daß die Mama vor einem geöffneten Koffert stand und packte... In den Händen hielt sie Aljoschas Jackett, darum erriet Wanja.

„Was machst du?“

„So...“

Und wozu Aljoschas Jackett?... Ah! Ich weiß, ich weiß! Du führst zu Aljoscha?... Ja?...“

„Ja, ich führe...“

„Und wolltest mich foppen... So bist du!... Und warum weinst du denn?...“

„So... soll ich ihn von dir küssen?“

„Ja, gib ihm einen Kuss! Sag ihm, der Woffa, des Hausmanns Sohn, hat ihn Sozialist geschimpft, und ich hab' ihn dafür durchgehauen...“

„Das soll man nicht, Wanja...“

„Ah! Und warum schimpft er auf Aljoscha? Das ist es!... Du lachst und weinst doch dazu!...“

Rama war verreckt. Still und langweilig wurde es in den Zimmern. Tante Sascha führte die Wirtschaft. Sie ging so langsam durch die Zimmer, war so traurig und müde, wickelte sich fest in ein dickes Tuch, blieb immer vor Aljoschas Bild stehen und sah es lang, lange an. Dann ging sie ans Fenster und schaute hinaus.

Und Wanja sah, wie im nahenden Abenddunkel in der Tante Hände ein kleines weißes Täschlein schimmerte...

„Was ist dir, Tante?...“

„Nichts...“

„Du weinst doch!...“

„Nein, ich habe Schnupfen, Wanja...“

„Ist nicht wahr... Ich hab's gesehen. Warum weinst du?“

„Langweilig ist's...“

„Ohne Rama?... Ohne Rama und Aljoscha ist es langweilig... Tut dir Aljoscha leid?“

„Ja...“

„Wie meinst du, er ist doch gut?“

„Gut...“

„Warum sitzt er denn im Gefängnis?“

„Dieses im Gefängnis? Wer hat dir...“

„Du' nur nicht so... Der Hausmann selbst hat's gesagt...“

„Wanja! Reiß nicht an den Lapeten!“

„Tante, komm in Aljoschas Zimmer! Willst du?“

„Ja...“

Sie gingen in Aljoschas Zimmer. Sie zündeten Aljoschas Lampe an und setzten sich auf Aljoschas Sofa. Ein kleines Zimmer. An der Wand eine Gitarre, ein Studentenrock, ein feines Tisch — rotes Tischpapier, ganz in Buchstaben und Tintenklecken, ein Bild von einem Schädel, mit Zigarettenstümpfen — Aljoscha hat sie geraucht.

„Tantchen! Sieh' doch — ein Hahn! Aljoscha hat ihn gezeichnet... Ich war bei ihm auf dem Schoß und er zeichnete...“

Die Tante betrachtete aufmerksam das Tischpapier auf Aljoschas Tisch, als ob sie mit Hilfe dieser Tintenzeichnungen etwas erraten wollte, dann, den Kopf auf die Hand gestützt, versank sie in Nachdenken und hörte nicht mehr was Wanja sprach...

„Tante, du hörst nicht!“

„Was?“

„Wenn ich nur groß wär, ich hätt' ihnen schon was gegeben! Ich wüßte...“

„Bist du...“

„Wenn ich nur groß wär, ich hätt' ihnen schon was gegeben! Ich wüßte...“

„Bist du...“

„Wenn ich nur groß wär, ich hätt' ihnen schon was gegeben! Ich wüßte...“

„Bist du...“

„Wenn ich nur groß wär, ich hätt' ihnen schon was gegeben! Ich wüßte...“

„Bist du...“

„Ich zieh den Sabel und heb ihn auf! Sie bekommen Angst und laufen davon... Aber, nein! Vor mir lauft ihr nicht fort! Ich hol' euch ein und hau' feste drauf! Sie werden um Verzeihung bitten... Tante, nicht wahr, ich will ihnen nicht verzeihen?“

„Was denn, Kleinkind?“

„Ich soll nicht verzeihen? Nicht wahr?“

„Ja, weiß nicht...“

„Gar nicht nötig, solchen Leuten zu verzeihen!... Nein, ich verzeihe um keinen Preis... Sieh mal: Aljoscha hat seine Gitarre vergessen!... Und Rama hat vergessen, sie ihm zu bringen...“

„Wann kommt Aljoscha?... Bald?“

„Ja, schon bald...“

„Zu Ostern?“

„Bist du...“

„Wenn sie ihn zu Ostern nicht gehen lassen, dann werd' ich ihnen was geben...“

Und wieder phantasierte Wanja und drohte mit furchtbarer Rache für Aljoscha.

Mit dem Sabel grad' in den Bauch!... Ah! Und warum hab' ich Aljoscha fortgebracht? Bau! Bau! Bau! Auf den Hals, über die Beine!... Aljoscha hat ihnen nichts getan... Sie machten die Rama weinen... Da hab' ihr! Da! Da! Da!

Und Wanja hämmerte grimmig mit beiden Fäusten aufs Kissen los.

III.

Die Rama kam wieder... Sie und Tante Sascha stiegen sich in die Arme und weinten beide... Dann hörten sie auf zu weinen, setzten sich auf Aljoschas Bett, senkten beide die Köpfe auf die Brust und schliefen lange... Wanja bekam auch Lust zu weinen... Gemüth ist Aljoscha etwas zugestoßen...“

„Ich habe dich gar nicht erkannt, Rama... Du kamst zur Tür herein, und ich dachte — es wär' eine Fremde...“

„Du mußt schon schlafen gehen, mein Junge...“

„Warum hast du dir einen schwarzen Schwanz an den Hut gehängt?“

„Sie antwortete nicht...“

„Hast Aljoscha gesehen?“

„Wohin geht du?...“

„Gleich...“

Wanja sah Tante Sascha an, kam an sie heran und blickte ihr in die Augen. Tante hob ihn schweigend in die Arme und presste ihn fest an sich...

(Fortsetzung folgt.)

GROSSER

Frühjahrs

VERKAUF

Mengenabgabe vorbehalten

Korsette

- Häufhalter aus halblebiger Dreif. 1 Paar 1.95
- Häufhalter aus weichen Jacquardstoff, mit br. Gürtel; 2 Paar Häufhalter 3.75
- Gummischlüpfer mit we. ohne Medaillen 5.50
- Mod. Korsett aus Drell u. Gummil. ohne Schenktrög; 2 Paar Häufhalter 6.50
- Büstenhalter aus elast. 1 Paar Häufhalter 95 1.25 1.95

Strümpfe

- Strümpfe für Damen, Maké, Seidenstoff, mit we. farb. Doppeln. Nadeln 95
- Strümpfe für Damen, Wollschleife, Seidenstoff, maké, farb. Nadeln 1.45 1.25
- Strümpfe für Damen, Seidenstoff, Seidenstoff, maké, farb. Nadeln 1.95 2.45
- Strümpfe für Damen, Kunstseide, mit Nadel, moderne Farbe 1.95 2.95
- Socken für Damen, Kunstseide, mit Nadel, moderne Farbe 55 75
- Socken für Damen, Kunstseide, mit Nadel, moderne Farbe 1.25 1.45

DAMEN-WÄSCHE

- Trägerhemd aus Stoff, mit Streifen 1.45
- Fassonhemd viereckige Form, mit Streifen 1.55
- Nachthemd Schlafertform, aus feinen Stoffen, mit Hobbeisen 3.35
- Hemd hose amerikanische Form, mit reicher Hobbeisenbestattung 2.95
- Prinzerock moderne Form, wie Hemdhose passend 3.50

- Kleiderstoffe Blauwoll, 100 cm breit, spärle Stellagen, Mtr. 3.60
- Streifen in den meisten Mstr. 3.90
- Wollmusselina ca. 100 cm br., 1.10 mtr. 4.90
- Crépe elegant, Qualität, 100 cm br., in Sortiments 6.90
- Eolienne

- Seidenstoffe
- Damassé doppeltbreit, 1.10 mtr. 3.35
- Bastseide gestreift, für Oberhemden 3.90
- Japonselde ca. 100 cm br., 1.10 mtr. 4.20
- Kunsts. Trikot sehr Qual., ca. 100 cm br., 1.10 mtr. 5.90

- Hemd hose aus Kunstseide, gut sitzender, maké, kanische Windelform 4.90
- Unterleid aus Kunstseide, moderne Form 4.90
- Garnitur aus Kunstseide, gut sitzender, maké, kanische Windelform 8.50
- Beinkleid Schlafertform, mit verstellbarer Mitr. und breitem Hobbeisen 4.50
- Untertaillen aus feinen Stoffen, in verschiedenen Anfertigung, von 2.75 bis 9.50

- Stoffe für Sportbekleidung, 140 cm breit, 1.10 mtr. 3.50
- Crépe de Chine doppeltbreit, gute Qualität, 1.10 mtr. 6.90
- Foulard reine Seide, neue Muster, 1.10 mtr. 7.25

Morgenröcke

- Morgenröcke aus Musselin, moderne Formen 6.90
- Morgenröcke neue Schalkr. Ärmel, garn. Gürtel, fesch verarb. 8.75
- Morgenröcke aus Foulardine, weite elegante Klimolieren 13.50
- Morgenröcke Muss. J. Schalkr. Ärmel, antsch. Tasche behälter 16.50
- Morgenjacke Muss., a. als Friseurjacke zu tragen, fesch verarb. 4.50

Trikotagen

- Herren-Netzjacken naturfarben, Größe 4, 95
- Herren-Netzjacken vorn halboffen, geblickt, Gr. 4 1.45
- Herren-Jacken makéfarbig, 1/2 Arm, Größe 4, 2.35
- Herren-Hosen makéfarbig, Größe 4 2.55
- Damen-Schlüpfert extra weite 3.25 2.45
- Turnbeinkleider Satin, f. Mädchen, Größe 45, 3.00

Enorm billiges Angebot in Damen-Mäntel, -Kleider, -Jackenkleider, Kasaks usw.

MERDMANN TIETZ

Bekleidungsvertrieb des Westens
 Inh. Max Pitzels
 in den neuen, bedeutend erweiterten Räumen
jetzt Potsdamer Str. 132
 zwischen Potsdamer Platz und Hildebrandstr.
 Damen-Kleider Herren-Paletots
 Gesellschaftskleider Ulster
 Kostüme Mäntel Pelze usw.
 Anzüge Smoking- und Gesellschaftsanzüge
 Gummimäntel
 vom Einfachsten bis zum Eleganteren.
Teilzahlung ohne Preisauflschlag gestattet!
 Ware kann gegen Anweis sofort mitgenommen werden.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Nordost
 Auf Grund des § 10 Absatz 1 Satz 2 des Reichsversicherungs-Gesetzes vom 10. März 1925 ist die Kasse für Berlin-Nordost mit Wirkung vom 1. April 1925 in die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Nordost eingegliedert.
 Die Beiträge sind wie folgt festgesetzt:
 1. Beiträge ohne Gehalt und Beihilfe mit einem Beitrag bis 1.50 Mtr. 1.20
 2. Beiträge mit einem Gehalt über 1.50 bis 3.00 Mtr. 2.40
 3. Beiträge mit einem Gehalt über 3.00 bis 4.50 Mtr. 3.60
 4. Beiträge mit einem Gehalt über 4.50 bis 6.00 Mtr. 4.80
 5. Beiträge mit einem Gehalt über 6.00 bis 7.50 Mtr. 6.00
 6. Beiträge mit einem Gehalt über 7.50 bis 9.00 Mtr. 7.20
 7. Beiträge mit einem Gehalt über 9.00 bis 10.50 Mtr. 8.40
 8. Beiträge mit einem Gehalt über 10.50 bis 12.00 Mtr. 9.60
 9. Beiträge mit einem Gehalt über 12.00 bis 13.50 Mtr. 10.80
 10. Beiträge mit einem Gehalt über 13.50 bis 15.00 Mtr. 12.00
 Diese Beiträge sind mit dem 1. April 1925 in Kraft. Aus die erhöhten Beiträge auf Grund der erhöhten Beiträge, haben die Mitglieder ab 1. April 1925 Anspruch. Berlin, den 25. März 1925.
 Der Vorstand: F. Haasberg, M. Köpp, Vorsitzender, Schriftführer.
 Bis wieder für alle Krankenkassen eingewiesen.
Dr. med. Freymann
 prakt. Arzt
 Charlottenburg, Invalidenstr. 4.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend.
 Auf Grund des § 10 Absatz 1 Satz 2 des Reichsversicherungs-Gesetzes vom 10. März 1925 ist die Kasse für Adlershof und Umgegend mit Wirkung vom 1. April 1925 in die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Nordost eingegliedert.
 Die Beiträge sind wie folgt festgesetzt:
 1. Beiträge ohne Gehalt und Beihilfe mit einem Beitrag bis 1.50 Mtr. 1.20
 2. Beiträge mit einem Gehalt über 1.50 bis 3.00 Mtr. 2.40
 3. Beiträge mit einem Gehalt über 3.00 bis 4.50 Mtr. 3.60
 4. Beiträge mit einem Gehalt über 4.50 bis 6.00 Mtr. 4.80
 5. Beiträge mit einem Gehalt über 6.00 bis 7.50 Mtr. 6.00
 6. Beiträge mit einem Gehalt über 7.50 bis 9.00 Mtr. 7.20
 7. Beiträge mit einem Gehalt über 9.00 bis 10.50 Mtr. 8.40
 8. Beiträge mit einem Gehalt über 10.50 bis 12.00 Mtr. 9.60
 9. Beiträge mit einem Gehalt über 12.00 bis 13.50 Mtr. 10.80
 10. Beiträge mit einem Gehalt über 13.50 bis 15.00 Mtr. 12.00
 Diese Beiträge sind mit dem 1. April 1925 in Kraft. Aus die erhöhten Beiträge auf Grund der erhöhten Beiträge, haben die Mitglieder ab 1. April 1925 Anspruch. Berlin, den 25. März 1925.
 Der Vorstand: F. Haasberg, M. Köpp, Vorsitzender, Schriftführer.
 Bis wieder für alle Krankenkassen eingewiesen.
Dr. med. Freymann
 prakt. Arzt
 Charlottenburg, Invalidenstr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wahrung! Chirurgische Brande!
 Die am Donnerstag, den 2. April, um 11 Uhr, ausgelegte Brandversicherungsumlage findet im Barchenfest des Verbandslokales, Caren-Röcke 83 85, statt.
Wahrung! Metallarbeiter Wahrung!
 Die am Donnerstag, den 2. April, im Gewerkschaftshaus, Rindfleisch-Brandversicherungsumlage beginnt schon am 5 Uhr.
 Die Ortsverwaltung.

Auf Teilzahlung!
Kinderwagen Sportwagen
 Kleine Anzahlung + Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82, 1 am Hochbahnhof Nordring

Auf Teilzahlung!
MOBEL
 Kleine Anzahlung + Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82, 1 am Hochbahnhof Nordring
 Besonders billige Möbel sind die CAMNITZER in der Luxus-Ausgabe für "Jugend" und werden unterirdisch billig!

Ostern im Schuh-Lokal Behndt



Spangenschuhe oder Schnürschuhe
 bewährtes, gutes Fabrikat, gute Ledersohle
3.90

Affenhaut (Vädelleder imit.) Schnür-, Spangenschuhe, braun, grau und schwarz, mod. Formen, Serie I 4.90, Serie II 6.90
Braun echt Chevreau Schnür- u. Spangenschuhe, mod. Formen, gutes Material 7.90
Lackschnürschuhe, mod. Form., sehr fesch 9.90
Ein Posten feine Mustertachen in Boxkalf, Stauschleder etc. etc., sehr fesch, Sadies, Größe 55-58, Serie I 7.90, Serie II 4.90
Neueste Frühjahrsmodelle, grau u. braun, Nubuk u. Boxkalf mit u. ohne Besatzverzierg., erstkl. Luxusfabrikate, ca. 30 Sorten

bei uns billig!
Echt Boxhind, Makkey-Ausführung, rund Form 6.90
Braune Herrenstiefel, echt Boxhind, moderne Farben und Formen 12.80 10.90
Arbeitsstiefel, kräftiges Spaltleder 5.90
Braune und schwarze Kinderstiefel und -Halbschuhe 31-35 6.90, 27-30 5.90
Kleinere Kinderstiefel 1.90
Konfirmantenstiefel Größe 31-40 11.90, 9.90, 8.90, 7.90 6.90

Wir bringen der Groß-Berliner Bevölkerung wieder eine große Anzahl günstiger Angebote in guter Ware, so daß es jedem möglich ist, sich für wenig Geld 1 Paar gute Schuhe bei uns zu beschaffen.
 Hier nur einige Beispiele:

Original Good-year-Well-Stiefel u. -Halbschuhe, Spitze u. rde. Form 14.80
11.90

Lackschnürschuhe echt Louis XV. oder amerikanischer Absatz, sehr fesch, sehr leiche Sohlen
11.90

Damen-Schnür- oder Spangenschuhe, echt Chevreau- u. Chromleder, mod. Formen 6.90, 5.90
Braun u. schwarz, echt Boxkalf u. Chromleder, Spangenschuhe in verschied. modern. Ausführungen mit geschweiftem oder amerikanischem Absatz 9.90
Pantoffel für Herren Pl. 75, für Damen Pl. 65
Herren-Halbschuhe, Rand weiß gedopp. 9.90
 dto. m. gram 58, mittelst. Einsätze 12.80

Braune Herren-Halbschuhe, moderne Form, echt Boxhind 11.90
 dto. amerik. S. in-Boxkalf, weiß gedopp. 14.90
 Moderne Formen

Wirtschaft

Großbanken und Wiederaufbau.

Das Jahr 1924 war in jeder Hinsicht das entscheidende Jahr für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft. Das gilt auch für jenen Ausschnitt aus der Volkswirtschaft, den der Kapital- und Geldmarkt darstellt. Wie allgemein und überraschend schnell dem Chaos im Herbst 1923 die Konsolidierung in der Volkswirtschaft überhaupt folgte, so auch auf dem Kapital- und Geldmarkt. Zwar muß der Kapitalbedarf wesentlich noch im Ausland gedeckt werden, aber die ausländische Kapitalvermittlung wird doch zunehmend von den deutschen Banken besorgt. Auf der anderen Seite ist der deutsche Geldmarkt, besonders für den Betriebskapitalbedarf zwar noch ziemlich schwach, aber die Kreditorganisation der deutschen Banken ist doch wieder so intakt, daß man von einer verhältnismäßig geordneten Kreditwirtschaft sprechen kann.

Das kommt auch in den Geschäftsabzügen und -berichten der sieben Berliner Großbanken deutlich zum Ausdruck. Was zunächst die verhängnisvolle Ueberorganisation der Banken in der Inflationszeit betrifft, so scheint diese heute mindestens mit Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Angestellten überwunden. Während das Angestelltenheer in der Inflationszeit, wo auf jede Familie fast ein Bankangestellter kam, bei den sieben Großbanken allein auf 135 000 Personen angewachsen war, sind heute weniger als die Hälfte dieser Zahl, nämlich 64 200 Angestellte, in den Großbanken tätig. Das ist immer hin gegenüber 1913, wo die Zahl der Angestellten auf 20 000 (einschließlich der Fusionsbanken) angenommen werden kann, noch über das Doppelte. Wenn man aber berücksichtigt, daß die Zahl der Filialen seit 1913 sich mindestens verdreifacht hat (heute insgesamt 815 Filialen), so scheint die Angestelltenziffer keineswegs zu hoch.

Die Abschlässe.

Normal scheint auch der Geschäftsumfang der Banken zu sein. Die Banken scheinen im Laufe des Jahres 1924 wieder alles in ihren Geschäftsbereich gezogen zu haben, was in der Vorkriegszeit zu ihm gehörte. Allerdings kommen die ungeheuerlichen Verstärkungen des Volkswirtschafts seit 1913 in den Zahlen auf das schärfste zum Ausdruck. Am auffälligsten in zwei Bankgeschäftszweigen, die scheinbar nichts miteinander zu tun haben, aber doch nur der Ausdruck voneinander sind, im Report- und Effektenbeleihungsgeschäft und im Depostengeschäft.

	Bankeinlagen		Report u. Effektenbeleih.	
	Goldbil.	Abz. u. Bil.	Goldbil.	Abz. u. Bil.
Deutsche Bank	849 Mill.	659 Mill.	7,2 Mill.	10,2 Mill.
Disconto-Ges.	216	494	—	2,4
Dresdner Bank	153	526	0,7	8,7
Darmst. u. Nat.-B.	195	580	4,8	9,7
Comm. u. Pr.-B.	144	312	4,2	14,8
Berl. Handels-Ges.	82	131	0,2	0,9
Mitteld. Credit-B.	15	49	0,8	2,8
zusammen	1 104 Mill.	2 731 Mill.	17,4 Mill.	44,0 Mill.

gegenüber mehr als 5000 Mill. Einlagen 1913 gegenüber 900 Mill. 1913

Das Report- und Effektenbeleihungsgeschäft hat sich im Jahre 1924 zwar um mehr als das Zweieinhalbfache gesteigert, aber gegenüber 1913 beträgt es noch nicht ein Zwanzigstel. Das ist die Reihenfolge einmal der zerstörten Staats- und Gemeindeanleihen, Industrieobligationen und der im Krieg abgestohlenen oder verlorenen Auslandseffekten, zum anderen des heute viel niedrigeren Kurswertes der inländischen Discontopapiere. Ebenso haben sich die Bankeinlagen um das Zweieinhalbfache vermehrt, erreichen aber gegenüber dem Depostbestand von 1913 mit über 5 Milliarden nur etwas mehr als die Hälfte und sind zudem noch zu erheblichen Beträgen aus den sogenannten Bereitschaftsgeldern der Auslandskredite gespickt. Das Depostengeschäft der Banken kann aber heute nicht größer sein als es ist, weil ein sehr großer Teil der Deposten von 1913 eben aus den Zinsen und Dividenden der seit 1913 zerstörten, verlorenen oder im Wert gesunkenen Wertpapiere gebildet wurde.

Ein für die heutigen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands eben-

falls durchaus normales Bild bieten die Wechselgeschäfte, die Ausleihungen auf laufendes Konto und die Warenvorschüsse.

	Wechselbestand		Ausleihungen im Kontokorrent		Warenvorschüsse	
	Gold- u. Wechselbilanz	(in Millionen Reichsmark)	Gold- u. Wechselbilanz	(in Millionen Reichsmark)	Gold- u. Wechselbilanz	(in Millionen Reichsmark)
Deutsche Bank	11,5	229	153	889	23,3	72,1
Disconto-Gesellschaft	9,8	151	107	853	8,5	44,3
Dresdner Bank	6,5	153	83	312	23,3	77,5
Darmst. u. Nat.-B.	5,6	166	96	291	17,0	41,9
Comm. u. Privat-B.	5,6	184	70	170	4,0	37,1
Berl. Handels-Ges.	2,6	35	15	57	—	—
Mitteld. Credit-Bank	0,4	19	10	84	—	0,8
zusammen	42,0	917	564	1668	76,1	243,1

gegenüber mehr als 2000 Mill. 1913 gegenüber mehr als 8000 Mill. 1913 gegenüber mehr als 600 Mill. 1913

Der Wechselbestand der sieben Großbanken, der in der Goldöffnungsbilanz vom 1. Januar 1924 noch nicht ein Fünftel des Wechselbestandes von 1913 betrug, ist während 1924 der Hälfte des Bestandes von 1913 nahe gekommen. Das dürfte dem tatsächlichen Aufkommen von Warenwechseln im Inland im Verhältnis entsprechen, wenn man bedenkt, daß der Inlandsumsatz sowohl an Produktions- als auch an Verbrauchsgütern gegenüber 1913 enorm gesunken ist und die gleichzeitige sehr starke Konzernbildung in der Industrie die direkte Verrechnung zwischen den Werken weit verbreitet hat. Ähnlich verhält es sich mit den Ausleihungen im Kontokorrentverkehr und den Warenvorschüssen. Beide haben sich in 1924 verdreifacht und sind der Hälfte von 1913 angenähert.

Die Konfortialbeteiligungen, die dauernden Beteiligungen und die eigenen Wertpapiere zeigen gegenüber den Goldöffnungsbilanzen kein wesentlich verändertes Bild, höchstens daß inzwischen stattgefundene Fusionen die Beteiligungen niedriger erscheinen lassen und der veränderte Kursstand die Bewertung der Effekten verändert hat. Im Posten Bankgebäude und Immobilien haben die Fusionen die umgekehrte Wirkung gehabt. Diese Posten konnten sich um so weniger stark verändern, als ihre Bewertung zwar zum 1. Januar 1924 erfolgt ist, aber doch erst kurz vor Abschluß des Geschäftsjahres vorgenommen wurde, als sich die Entwicklung der Dinge schon ganz deutlich übersehen ließ.

Die Politik der Großbanken.

Wenn man auch die Abschlußbilanzen selbst keine besonderen Ueberwachungen geboten und keinen besonderen Anlaß gegeben hätten, Kritik zu üben, weil alles klar zutage lag, was sie bringen konnten, so steht es ganz anders mit den Gewinn- und Verlustrechnungen der Berliner Großbanken und den Kommentaren, den die Geschäftsberichte dazu geben. Etwas ganz anderes nämlich ist es, ob die Banken ihre normalen volkswirtschaftlichen Funktionen überhaupt wieder ausüben und ob die Banken diese Funktionen auch in volkswirtschaftlich rationaler Weise ausüben. Deutschland ist nicht mehr die gesunde, in sich durch Jahrzehnte ruhiger und stetiger Entwicklung vollständig ausbalancierte Volkswirtschaft von 1913, sondern eine nach einem beispiellosen Zusammenbruch im Sanierungsstadium befindliche Volkswirtschaft, bei der aber auch alles auf die Vernünftigkeit und Angemessenheit der wirtschaftlichen Grundzüge und geringstmögliche Kosten des volkswirtschaftlichen Apparates ankommt. Das gilt auch für die rationelle Organisation und Funktion des Bankenapparates und ganz insbesondere des Apparates der Berliner Großbanken. In diesem Punkte aber sind die Geschäftsberichte der Großbanken vielfach von einer Gedankenlosigkeit der Kritik, die um so peinlicher berührt, als die Gewinn- und Verlustrechnungen bei sorgfältiger Prüfung und Vergleichung mit 1913 auch die Großbanken erkennen lassen müßten, daß die noch immer zu hohen Zins- und Provisionsätze, die sie fordern, und ihre Klagen über zu hohe Steuer-, Sozial- und Gehälterlasten bei ihnen selbst, nicht aber beim Staate und den Beamtenorganisationen ihre Gründe haben.

Die Zins- und Provisionsätze liegen heute bei 14 Proz. in der zweiten Hälfte 1924 lagen sie bei 16 1/2 Proz., obwohl der Reichsbankdiskont nur 9 bzw. 10 Proz. betrug. Die Banken behaupten nun einseitlich, daß sie mit diesen Sätzen nicht herunter könnten, weil sonst ihrem Kapital die Rentabilität entzogen würde, mit der

Rentabilität die Banken aber die Möglichkeit verlieren, die so wichtige Funktion als Vermittler für die Auslandskredite wahrzunehmen. Nun ist es zwar richtig, daß die Großbanken heute einen Geschäftsumfang von nicht mehr als der Hälfte der Vorkriegszeit haben. Aber sie beruhen dazu einen Apparat von Bankgebäuden, Filialen und Filialpersonal, der ein Mehrfaches des Vorkriegsapparates ausmacht und infolgedessen auch ein Mehrfaches an Geschäfts- und Leerlaufkosten verschlingt. Die Großbanken haben zwar ihr Personal auf jenen Stand gebracht, den ihre 815 Filialen unbedingt erfordern, aber sie haben ihren Gebäude- und Filialenapparat nicht auf den Stand gebracht, der dem heutigen Geschäftsumfang entspricht. Wenn nun die Großbanken erklären, ihr Kapital müßte seine Dividenden haben, so ist das richtig. Aber dieses Kapital findet seine Dividenden nicht nur über hohe Zinssätze und Provisionen, sondern auch über die Barringen der Selbstkosten, die in ganz erheblichem Maße durch den Abbau des Gebäudebestandes und des Filialnetzes erfolgen können.

Bruttogewinn, Geschäftskosten und Reingewinn.

(in Mill. Mark)	Bruttogewinn		Geschäftskosten		Reingewinn
	1924	1913	1924	1913	
Deutsche Bank	126,6	68,8	109	35	18,5
Disconto-Gesellschaft	65,6	39,8	55	16	10,6
Dresdner Bank	76,7	43,1	68	18	8,4
Darmstädter Bank	76,0	38,9	67	20	9,1
Comm. u. Privat-Bank	59,2	24,1	54	13	5,1
Berliner Handels-Ges.	10,1	15,1	7,5	3,5	2,6
Mitteld. Credit-Bank	10,2	8,8	8,8	4,2	1,4
zusammen	424,4	287,6	368,3	100,7	60,4

Man muß erstaunt sein über die Höhe des Bruttogewinns der Großbanken. Obwohl ihr Geschäftsumfang kaum die Hälfte von 1913 ausmacht, ist der Bruttogewinn fast doppelt so hoch. Auf der anderen Seite sind die Geschäftskosten bei halbiertem Geschäft, auch bei Berücksichtigung der Fusionen, fast dreimal so hoch. Das muß natürlich für die Banken ein unerträglicher Zustand sein. Er ist vor allem auch unerträglich für die Volkswirtschaft selbst. Aber dieser Zustand hat seine Gründe nicht, wie die Großbanken behaupten, in den Steuer-, Sozial- und Gehälterlasten, sondern in der Ueberorganisation der Banken.

Und die Steuerlasten?

Vergleicht man nämlich die Steuerlasten mit den Bruttogeschäftskosten von 1913, so stehen 12 Millionen Mark Steuern 100 Millionen Mark Gesamtgeschäftskosten gegenüber; das ist ein Anteil von 11 Proz. Die Steuerlasten sind 1924 auf 31,3 Millionen gestiegen. Im Verhältnis zu den Geschäftskosten von 1924 mit 368,3 Millionen aber machen sie nur 1/12 oder 8 1/2 Proz. aus. Im Verhältnis der Geschäftskosten sind die Steuerlasten also nicht gestiegen, sondern um 2 1/2 Proz. gesunken. Ähnliches gilt für die reinen Geschäftskosten (ohne Steuern und Abschreibungen), die hauptsächlich von Löhnen und Betriebserhaltungskosten gebildet werden. Im Verhältnis zum Bruttogewinn von 1913 (287,6 Millionen) machen die reinen Geschäftskosten von 1913 (88,6 Millionen) nur etwa 30 Proz. aus, 1924 aber (424,4 und 329,2 Millionen) etwa 80 Proz. Nun ist die Angestelltenzahl auf über das Doppelte erhöht. Die Beamteneingehälter sind von bekannter Niedrigkeit. An den Gehältern kann die hohe Belastung des Bruttogewinns mit Geschäftskosten nicht liegen. Sie kann im wesentlichen nur in den verschärferten Filialen, den unrentabel ausgenutzten Bankgebäuden und den hohen Kosten daraus ihre Gründe haben.

Die Behauptung der Großbanken, sie können wegen der hohen Steuer- und Gehälterbelastung mit ihren Zinsen und Provisionen nicht heruntergehen, ist also offensichtlich falsch. Die hohe Spannung zwischen Reichsbankfuß und Bankfußsatz, die so außerordentlich schwer auf dem gesamten Wirtschaftsleben lastet, ist vielmehr die natürliche Folge der Diskrepanz zwischen Geschäft und Apparat bei den Großbanken. Daraus ergibt sich auch die vornehmste Aufgabe der Großbanken in der Zukunft und zugleich das Mittel. Sie müssen ihre Zins- und Provisionsätze durch den Abbau ihres materiellen Bestandes und durch die Konzentration ihres Apparates ebenso herunterbringen, wie sie die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten heruntergebracht haben. Das ist der nächste und größte Beitrag, den sie dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu leisten haben.

WO-KHI-Einreibung-Embrocation

Von unerreichter Wirkung bei Behandlung von:
**Rheumatischen u. nervösen Gliederschmerzen,
 Ischias, Zerrungen und Verstauchungen**

Unübertreffliches Sportmassagemittel

Für Heilzwecke in Apotheken, für Massage und Kräftigung in Sportgeschäften, Drogerien, Apotheken 1/2 Fl. M. 5.-, 1/2 Fl. M. 8.- • Wo-Khi-Werk, Berlin, Wilhelmstrasse 121



Endlich haben wir
 die besten
3M
 ZIGARETTE

Fabrikniederlage Berlin, Invalidenstrasse 130
 Fernsprecher: Norden 11 120, 11 121

LANDE WOOG ZIGARETTEN

